

Jahresbericht

2009

Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik
an der Universität Hamburg (IFSH)
20144 Hamburg · Beim Schlump 83

Impressum

Das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) besteht seit Juni 1971 und ist eine unabhängige Einrichtung in Form einer Stiftung des Bürgerlichen Rechts. Laut Satzung ist es Zweck der Institutsarbeit, „sich im Rahmen der Friedensforschung speziell mit sicherheitspolitischen Problemen zu befassen und dabei die Kriterien von freier Forschung und Lehre, Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und Publizierung der Forschungsergebnisse zu erfüllen“. Darüber hinaus erstellt Institut einen Jahresbericht.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des IFSH.

Bestellungen können nur in begrenztem Umfang angenommen werden. Anfragen bitte an:

Institut für Friedensforschung
und Sicherheitspolitik
an der Universität Hamburg
Beim Schlump 83
20144 Hamburg
Fax 040 866 36 15

Redaktion: Susanne Bund

ISSN 0936-0026



Inhalt

1. Zur Arbeit des IFSH 2009 – Vorwort des Direktors	4
2. Aktuelle Themen der Institutsarbeit 2009	8
2.1 Effektivität von Waffenembargos	8
2.2 Piraterie	14
2.3 Global Zero	20
3. Arbeitsbereiche – Forschungs- und Beratungsprojekte	25
3.1 Zentrum für OSZE-Forschung (CORE)	25
3.2 Zentrum für Europäische Friedens- und Sicherheitsstudien (ZEUS)	29
3.3 Interdisziplinäre Forschungsgruppe Abrüstung, Rüstungskontrolle und Risikotechnologien (IFAR ²)	35
3.4 Institutsübergreifende Projekte	40
4. Übergreifende Aktivitäten	41
4.1 Arbeitsgruppe Wirkungsforschung	41
4.2 Kommission „Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ am IFSH	41
4.3 Ausgewählte Veranstaltungen, Tagungen und Besucher	42
4.3 Forschungskolloquium 2009	43
4.4 Vorträge von Fellows, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern	44
4.5 Funktionen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des IFSH in Fachgremien	47
5. Lehre und Nachwuchsförderung	50
5.1 Studiengang „Master of Peace and Security Studies (M.P.S.)“ an der Universität Hamburg	50
5.2 Europäischer Studiengang „Human Rights and Democratization“ (Venedig)	53
5.3 Lehr- und Doktorandenkooperation mit der East China Normal University (ECNU), Schanghai	54
5.4 Doktorandenbetreuungsprogramm	54
5.5 Lehrveranstaltungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des IFSH 2009	54
6. Service	57
6.1 Öffentlichkeitsarbeit	57
6.2 Verein zur Förderung des IFSH	58
6.3 Bibliothek, Dokumentation und Homepage des IFSH 2009	58
7. Personal und Gremien	61
7.1 Kuratorium	61
7.2 Wissenschaftlicher Beirat	61
7.3 Institutsrat	61
7.4 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 2009	62
8. Veröffentlichungen	64
8.1 IFSH-Reihen	64
8.2 Friedensgutachten	65
8.3 OSZE-Jahrbuch	66
8.4 Veröffentlichungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	68
9. Statistischer Anhang	77

Zur Arbeit des IFSH 2009 – Vorwort des Direktors

Die Verleihung des Friedensnobelpreises an US-Präsident Barack Obama im Oktober 2009 löste eine kontroverse Diskussion über Friedens- und Sicherheitspolitik aus, die auch für die Arbeit des IFSH von großer Bedeutung ist. Obama erhielt den Preis für „die Stärkung der internationalen Diplomatie und die Zusammenarbeit zwischen den Menschen“ sowie seine Ankündigung, sich aktiv für das Ziel einer atomwaffenfreien Welt einzusetzen. Gleichzeitig ordnete er die Aufstockung der Zahl der US-Truppen in Afghanistan an, mit der absehbaren Folge einer Intensivierung der Kämpfe. Und wie seine Rede anlässlich der Verleihung des Preises deutlich machte, ist er nicht gewillt, auf Krieg als Mittel zur Verfolgung als legitim erachteter Ziele zu verzichten.



Wie viel Gewalt und Zwang sind akzeptabel, unter welchen Bedingungen und für welche Ziele? Wie weit kann mit Angeboten der Zusammenarbeit gegangen werden, wann sind sie nicht vertretbar oder erschöpft? Diese Fragen stellten sich 2009 für die bewaffnete Auseinandersetzung in Afghanistan, an der auch die Bundeswehr beteiligt ist – auch in zahlreichen Beiträgen aus dem IFSH. Sie stellten sich auch im Streit um das iranische Atomprogramm, mit dem sich Mitarbeiter des IFSH seit 2003 beschäftigen und stehen darüber hinaus im Hintergrund der Auseinandersetzungen um kooperative und konfrontative Verfahren bei den Bemühungen um die Kontrolle der Weiterverbreitung rüstungsrelevanter Technologien – Thema eines 2008 am IFSH begonnenen Projekts, das von der Deutschen Stiftung Friedensforschung gefördert wird.

In den Stellungnahmen aus dem IFSH im Jahre 2009 überwiegen kritische Einschätzungen der US-amerikanischen Afghanistanpolitik. Gleichzeitig wird den Ansätzen für einen „Neustart“ der Beziehungen zu Russland und für globale nukleare Abrüstung erhebliches Potenzial beigemessen. Daher wurde diesen beiden Themenfeldern – Beziehungen zu Russland und Rüstungskontrolle/Abrüstung – im Jahre 2009 im IFSH besondere Aufmerksamkeit gewidmet, vor allem mit dem Ziel, neue Projekte zu entwickeln. In beiden Themenfeldern konnte auf erhebliches Know-how im IFSH zurückgegriffen werden, sind Europäische Sicherheit und Rüstungskontrolle doch „klassische“ Themen der Arbeit des Instituts der vergangenen Jahre und Jahrzehnte. Daneben wurde aber auch eine Reihe weiterer Aktivitäten verfolgt, von der Teilnahme an internationalen Foren bis zur Herausgabe von Büchern.

In diesem Zusammenhang soll vor allem ein im Juni 2009 mit sehr kurzer Vorbereitungszeit produzierter Sammelband hervorgehoben werden. Auf Bitte des Auswärtigen Amtes stellten Wolfgang Zellner und Götz Neuneck in Kooperation mit Hans-Joachim Schmidt von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung eine Veröffentlichung mit 24 Beiträgen hochrangiger internationaler Autorinnen und Autoren zum Stand der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa zusammen, der für eine internationale Tagung der Vertragsstaaten des Vertrags für Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) als Grundlage diente.

Angesichts der knappen Ressourcenausstattung des IFSH kollidiert die Aufnahme aktueller Themen zumindest potenziell mit der Bearbeitung von Fragestellungen, die mit einer längerfristigen Perspektive entwickelt wurden, wie sie sich im Arbeitsprogramm „Transnationale Gewalttrisiken“ aus dem Jahre 2008 niederschlagen. Dieser Herausforderung sucht das IFSH durch eine Balance zu entsprechen, die sowohl die Erhaltung der Fähigkeit, auf in seinen traditionellen Themenfeldern liegende aktuelle Entwicklungen eingehen zu können, als auch die wissenschaftliche Beschäftigung mit den im Arbeitsprogramm beschriebenen „neuen“ Themen im Umfeld der Bearbeitung transnationaler Gewalttrisiken, insbesondere durch internationale Organisationen angemessen berücksichtigt.

Zur Beförderung der wissenschaftlichen Arbeit über transnationale Gewalttrisiken führte das IFSH im Frühjahr 2009 eine internationale Tagung durch, deren Ergebnisse 2010 veröffentlicht werden sollen. Außerdem wurden zwei Anträge im Rahmen des Sicherheitsforschungsprogramms der Bundesregierung gestellt. Beide wurden in der ersten Runde positiv begutachtet und befinden sich Anfang 2010 in der Ausarbeitung für die endgültige Genehmigung. Eines der Projekte befasst sich mit Piraterie und maritimem Terrorismus als Herausforderungen für die Seehandelssicherheit, das andere mit Indikatoren für den Zusammenhang zwischen deutscher Außenpolitik und islamistischer Radikalisierung bis hin zu terroristischen Anschlägen. Das IFSH hat auch, erstmalig in der Geschichte des Instituts, in Federführung einen großen Forschungsantrag im Rahmen des Forschungsrahmenprogramms der Europäischen Union erarbeitet – im thematischen Umfeld von islamistischer Radikalisierung und Deradikalisierung.

Neben der thematischen ist eine zweite Balance, die das IFSH immer wieder zu finden hat, die zwischen den verschiedenen in der Satzung des Instituts festgeschriebenen Aufgabenfeldern der Forschung, Politikberatung, Lehre und Öffentlichkeitsarbeit.

2009 nahm die Zahl der Interviews und anderer direkt messbarer Medienkontakte des IFSH ab. Dies hat mehrere Gründe. Einer liegt in einer gewissen Verschiebung der Schwerpunkte des Instituts hin zu wissenschaftlicher Forschung, was weniger unmittelbare Öffentlichkeitswirksamkeit nach sich zieht. Ein anderer Grund war, dass im Jahre 2009 die Zahl von Kriegen mit hoher Medienaufmerksamkeit geringer war als im Vorjahr. Auch der Wechsel von Hans Joachim Gießmann, der in der Vergangenheit besonders viel zum öffentlichen Profil des IFSH beigetragen hatte, ans Berghof Zentrum für Konstruktive Konfliktbearbeitung dürfte zu einem Rückgang des Medieninteresses beigetragen haben. Schließlich könnte auch die auf Anregung des Wissenschaftlichen Beirats ab Ende 2008 begonnene Serie von kurzen Stellungnahmen auf der Webseite des IFSH dazu geführt haben, dass Journalisten weniger häufig direkt Kontakt zu Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern des IFSH aufgenommen haben, sondern sich über diese Stellungnahmen über Ansichten aus dem IFSH informierten. Insgesamt ist der Rückgang deshalb nicht besorgniserregend, die Zahl der Interviews ist für ein wissenschaftliches Institut der Größe des IFSH immer noch sehr hoch.

Erstmalig nahm das IFSH 2009 an der „Nacht des Wissens in Hamburg“ teil. Dies erfolgte in enger Kooperation mit dem Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung der Universität Hamburg (ZNF) und in Zusammenarbeit mit den beiden anderen Instituten im Haus Beim Schlump 83, der Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg (FZH) und dem Institut für die Geschichte der deutschen Juden (IGdJ). Den Gästen wurde ein vielfältiges Programm geboten. Die öffentliche Resonanz war mit über 600 Besucherinnen und Besuchern gut. Die gemeinsame Organisation durch die vier Institute signalisiert das produktive Verhältnis der Institute untereinander, wobei die mit Abstand meisten inhaltlichen Schnittstellen mit dem ZNF bestehen.

Für die Lehre des IFSH hat der Studiengang Master of Peace and Security Studies (MPS), den das IFSH gemeinsam mit der Universität Hamburg und 17 Kooperationspartnern in Deutschland organisiert herausragende Bedeutung. 2009 schlossen 25 Absolventinnen und Absolventen den Studiengang erfolgreich ab, 28 Studierende, davon die Hälfte aus dem Ausland, nahmen ihr Studium auf. IFSH-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter sind auch an einer Reihe anderer Studiengänge der Universität Hamburg beteiligt, darunter das Programm Master of European Studies, der Nebenfachstudiengang Osteuropastudien und der MSc Integrated Climate System Sciences (ICSS). Ein weiteres Element der Nachwuchsförderung ist das strukturierte Doktorandenbetreuungsprogramm, an dem 2009 23 Graduierte teilnahmen. Drei Promotionen wurden erfolgreich abgeschlossen. In Kooperation mit dem Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung der Universität Hamburg (ZNF) und weiteren Partnern aus dem Bereich der Friedens- und Konfliktforschung wurde im Frühjahr ein Antrag für eine Landesgraduiertenschule gestellt, der leider nicht erfolgreich war. Das IFSH ist aber als Partner der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Hamburg sowie des GIGA an der im Rahmen der Landesexzellenzinitiative geförderten „Hamburg Interna-

tional Graduate School on Regional Power Shifts“ beteiligt. Ein Antrag im Rahmen der Bundesexzellenzinitiative ist geplant. Ein weiteres Betätigungsfeld des IFSH ist die Weiterbildung von Diplomaten und Experten in spezifischen OSZE-relevanten Themen. Im Jahre 2009 wurde ein Trainingsprogramm für kasachische und litauische Diplomaten – Kasachstan hat 2010 den OSZE-Vorsitz inne, Litauen 2011 – in Wien durchgeführt. Auch das Baudissin-Fellowship-Programm wurde fortgesetzt.

Der erwähnte Zuwachs des politischen Interesses an Themen europäischer Sicherheit und der Rüstungskontrolle führte zu vermehrter Nachfrage im Feld der Politikberatung. Naturgemäß konzentriert sich derartige Nachfrage vor allem auf erfahrene Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Neben dem genannten KSE-Band sind in diesem Rahmen vor allem die vielfältigen Aktivitäten von Götz Neuneck im Bereich nuklearer Rüstungskontrolle und die von Wolfgang Zellner im Rahmen des „Korfu-Prozesses“ zu nennen. In beiden Feldern umfasste die Beratung sowohl deutsche als auch internationale gesellschaftliche, politische und staatliche Akteure.

Die wissenschaftliche Arbeit des IFSH wird durch die in diesem Jahresbericht aufgelisteten Projekte abgebildet. Der Jahresbericht listet im Folgenden alle 2009 am IFSH durchgeführten wissenschaftlichen Projekte in derselben Form auf, wie sie im jährlichen Forschungsplan des IFSH (der, wie das Mittelfristige Arbeitsprogramm unter <http://www.ifsh.de/IFSH/profil/forschung.htm> einzusehen ist) aufgeführt sind. Die Gegenüberstellung von Forschungsplan 2009 und Jahresbericht 2009 zeigt, dass die große Mehrzahl der Projekte in der geplanten Form durchgeführt worden ist. Bei einigen Projekten mit Finanzierungsvorbehalt konnten die geplanten Fremdmittel nicht eingeworben werden. Wie erwähnt wurden einige wenige Projekte zu aktuellen Themen zusätzlich in das Programm des IFSH aufgenommen. Insgesamt sind die Abweichungen vom Forschungsplan 2009 gering.

Die drei inhaltlichen Einführungsartikel dieses Jahresberichts sollen einen Eindruck des Spektrums der wissenschaftlichen Arbeit am IFSH vermitteln. Während der Beitrag von Götz Neuneck einen wichtigen Strang des Diskurses um „global zero“ nachzeichnet, nämlich die Stellungnahmen politisch gewichtiger Persönlichkeiten in verschiedenen Ländern in Form von Leitartikeln in führenden Zeitungen, berichten Patricia Schneider und Thorsten Geise über die Grundlagen für ein am IFSH geplantes Projekt zur Piraterie als Sicherheitsproblem. Michael Brzoska fasst Ergebnisse eines abgeschlossenen Projekts zur Steigerung der Wirksamkeit internationaler Waffenembargos zusammen.

Ein wichtiger Ausweis der wissenschaftlichen Arbeit des IFSH sind die Veröffentlichungen. Insgesamt haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Jahre 2009 170 eigenständige Textbeiträge veröffentlicht (ohne Doppelzählungen von Beiträgen mit mehr als einer Autorin oder Autor aus dem IFSH) und damit ähnlich viele wie 2008 (167). Darunter waren 14 Sammelbände und vier Monographien. Sechs der Sammelbände erschienen in internationalen Verlagen und haben ein Begutachtungsverfahren durchlaufen. Als ein besonders beachtenswerter Qualitätsausweis wissenschaftlicher Forschung können die 27 referierten, das heißt von unabhängigen Gutachtern beurteilten, Veröffentlichungen gelten. 12 Veröffentlichungen wurden in einem doppelt anonymisierten Begutachtungsverfahren beurteilt, und 15 in Verfahren wo die Autorenschaft den Gutachterinnen oder Gutachtern ersichtlich war.

Die wissenschaftliche Arbeit des IFSH erfolgt vielfach in Kooperation mit Partnern, in Hamburg, in Deutschland und international. Von besonderer Bedeutung ist die Kooperation mit der Universität Hamburg, die in verschiedenen Projekten sowie in der Lehre intensiv ist. Von besonderem Gewicht im Jahr 2009 war die Beteiligung des IFSH am Exzellenzcluster „Integrated Climate Systems Analysis and Prediction“ (CLISAP), die sich unter anderem in der Aufnahme von drei neuen Promotionen am IFSH niederschlug. Weitere Ansatzpunkte der Kooperation CLISAP-IFSH ergeben sich durch die Berufung von Jürgen Scheffran auf die Professur „Klimawandel und Sicherheit“ an der Universität Hamburg. Erstmals führte das IFSH 2009 eine Studie in Kooperation mit der Akademie der Wissenschaften in Hamburg durch. Das IFSH ist, gemeinsam mit dem ZNF, führend daran beteiligt, die in Hamburg vorhandenen Interessen, Initiativen und Fähigkeiten im Umfeld der Friedensforschung und Sicherheitspolitik besser zu vernetzen. Besonders intensiv ist die internationale Zusammenarbeit in

den beiden von der EU geförderten Projekten EUSECON und MULTIPART, hervorzuheben sind aber auch die vom DAAD geförderten Kooperationen mit Partnern in Südosteuropa und in Zentralasien, die sich sowohl in gemeinsamen Veranstaltungen als auch Gastforscheraufenthalten zeigen.

Auch im Jahre 2009 konnte das IFSH ein sehr gutes Ergebnis bei der Einwerbung von Drittmitteln erzielen. Mit 1,258 Millionen Euro wurde zwar das Ergebnis von 2008 (1,356 Millionen Euro) nicht ganz erreicht, aber auch das 2009 erzielte Volumen liegt mehr als 50 Prozent über dem Durchschnitt der fünf Jahre vor 2008. Die 2009 bewilligten Drittmittel entsprechen in ihrer Höhe in etwa 90 Prozent der Zuwendung durch die Freie und Hansestadt Hamburg (FHH) in Höhe von 1,4 Millionen Euro. Hauptquellen für das hohe Niveau sind unter anderem ein neu bewilligtes DFG-Projekt („Rechtfertigung nach gleichem Muster? Eine Untersuchung von Argumenten für die Einschränkung von Menschen- und Bürgerrechten bei der Terrorismusbekämpfung in den USA, der EU und Russland“), ebenfalls von der DFG stammende Mittel, die in einem kompetitiven Verfahren mit externen Gutachten durch den Klimaforschungs-Exzellenzcluster CLISAP dem IFSH zur Verfügung gestellt wurden, Mittel für Beratungs- und Fortbildungsprogramme von CORE – vom Auswärtigen Amt und den Außenministerien anderer OSZE-Teilnehmerstaaten – und durch den DAAD geförderte internationale Kooperationen. Nicht alle Zusagen werden sofort umsatzwirksam. Deshalb lag der durch Drittmittel finanzierte Umsatz mit 730.100 Euro deutlich unter der Höhe der Einwerbungen neuer Mittel, dürfte aber in den nächsten Jahren zunehmen.

Auch bei hohen Drittmiteleinwerbungen bleibt die institutionelle Grundförderung für das IFSH von unverzichtbarer Bedeutung, um eigenständig Forschung durchführen zu können. Auch ein Gutteil der Drittmiteleinwerbung wäre ohne die institutionelle Förderung nicht möglich. Gegenwärtig erfolgt die institutionelle Förderung ausschließlich durch die FHH, wofür das IFSH sehr dankbar ist. Insbesondere soll hier die Genehmigung einer zusätzlichen Stelle für fünf Jahre im Bereich Abrüstung/ Rüstungskontrolle Erwähnung finden. Eine auf mehrere Schultern verteilte breitere Förderung würde einen weiteren Ausbau des IFSH ermöglichen. Am IFSH haben deshalb Diskussionen über eine längerfristige Perspektive in der Wissenschaftsgemeinschaft Leibniz (WGL) begonnen, in der Institute von Bund und Ländern gemeinsam gefördert werden. Es besteht Einigkeit, dass eine Antragstellung erst dann in Frage kommt, wenn die Chancen für eine positive Begutachtung sehr hoch sind. Dafür müsste das IFSH aber noch in mehrfacher Hinsicht gestärkt werden. Die nächsten Jahre müssen zeigen, ob dies erreicht werden kann.

Der Jahresbericht 2009 präsentiert ein aktives Institut, mit vielen Facetten und dem gemeinsamen Willen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, hervorragende wissenschaftliche Arbeit zu leisten.

Hamburg, Februar 2010

Michael Brzoska



2. Aktuelle Themen der Institutsarbeit 2009

2.1 Effektivität von Waffenembargos

Michael Brzoska



Effektivitätssteigerung von Waffenembargos

Internationale Sanktionen sind ein zentrales Instrument internationaler Politik. Waffenembargos nehmen unter den internationalen Sanktionen eine herausgehobene Stellung ein. Von den elf Ende 2009 in Kraft befindlichen Sanktionsregimen der Vereinten Nationen waren oder beinhalteten zehn Waffenembargos. Die Europäische Union und ihre Beitrittskandidaten sowie die Vereinigten Staaten – alle spielen auf dem internationalen Rüstungsmarkt eine bedeutende Rolle – haben wiederholt bei zahlreichen Gelegenheiten angekündigt, Rüstungsverkäufe und -lieferungen zu beenden. Angesichts der Vielzahl von Waffenembargos auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene gibt es verhältnismäßig wenige systematische Untersuchungen zu den Bedingungen für deren Erfolg oder Scheitern bzw. zu den mit Waffenembargos in Zusammenhang stehenden Problemen.

Dieser Beitrag fasst die wesentlichen Ergebnisse einer Studie über die Effektivität von Waffenembargos zusammen, die von George Lopez, University of Notre Dame, USA und dem Autor durchgeführt wurde.¹ Der Schwerpunkt liegt auf den handlungspolitischen Implikationen dieser Ergebnisse – auf der Frage, wie die Effektivität von Waffenembargos verbessert werden kann.

Die hier zusammengefasste Untersuchung setzt sich aus acht Fallstudien – Afghanistan, Angola (UNITA), Burma/Myanmar, Eritrea/Äthiopien, Irak, Liberia/Sierra Leone, Pakistan, Ruanda/Demokratische Republik Kongo und Jugoslawien – sowie einer quantitativen Analyse von 74 Fällen von Waffenembargos zusammen. Die Ergebnisse verdeutlichen die Probleme, die die Öffentlichkeit, aber auch viele Entscheidungsträger mit Waffenembargos haben: Waffenembargos bewirkten selten eine Kriegsbeendigung oder verändern das Verhalten der sanktionierten Staaten oder Gruppen. In den meisten Fällen sickerten Waffen weiter ein und Kriegsparteien mussten in den seltensten Fällen aus Nachschubmangel die Kampfhandlungen einstellen.²

Die vorhandene Literatur folgert häufig aus den allgemeineren Einschätzungen über Sanktionen, dass Waffenembargos nicht funktionieren können.³ Der Eindruck weitgehender Wirkungslosigkeit beruht jedoch zumeist auf der Untersuchung unzusammenhängender Einzelfälle und dem Umstand, dass selten sowohl die Dynamik des Rüstungsmarktes als auch die unterschiedlichen Ziele von Waffenembargos ausreichend gewürdigt werden. Die Studie bietet einen differenzierteren Rahmen für die Analyse von Waffenembargos, da sie – zusätzlich zu einer konventionellen Untersuchung der Auswirkungen auf Rüstungszuflüsse – die verschiedenen Ziele derjenigen, die die Embargos verhängen, ebenso herausarbeitet wie die Auswirkungen auf die Sanktionierten.

Vor allem belegt die Studie, dass Waffenembargos in einer ganzen Reihe von Fällen deutliche Auswirkungen auf die Struktur von Rüstungsbeschaffungen haben. Waffenembargos der Vereinten Nationen oder andere multilaterale Embargos führen normalerweise zu einigen, in manchen Fällen substanziellen Reduzierungen von Rüstungsimporten der sanktionierten Staaten oder Gruppen. Unter Zugrundelegung des Potsdam-Oslo-Kriteriums, eines Standards, der für die Messung der Effektivität von Umweltregimen entwickelt wurde, war eine Erfolgsquote von nahezu 30 Prozent Rückgang von Rüstungslieferungen in allen untersuchten Fällen zu beobachten. Die Auswirkungen

1 Michael Brzoska/George Lopez (eds), *Putting Teeth Into the Tiger. Improving the Effectiveness of Arms Embargoes*, Bingley 2009.

2 Siehe u.a. OXFAM, amnesty international, IANSA, *UN arms embargoes: an overview of the last ten years*, London, März 2006.

3 Vgl. z. B. Domic Tierney, *Irrelevant or malevolent? UN arms embargoes in civil wars*, in: *Review of International Studies* 4/2005, S. 645-664.; Arne Tostensen/Beate Bull, *Are Smart Sanctions Feasible?*, in: *World Politics* 3/2002, S. 373-403.



lassen sich auch in den Mustern der Rüstungsbeschaffungen beobachten. Rüstungsbeschaffungen verschieben sich von etablierten Rüstungsexporteurern zu solchen Quellen, die im Allgemeinen weniger moderne und technisch komplexe Waffenarten anbieten. Beschaffungen verlaufen heimlich und auf Umwegen, statt wie zuvor über freien Handel. Darüber hinaus gibt es deutliche Anzeichen dafür, dass sich die Implementierung von Waffenembargos seit Mitte der 1990er Jahre verbessert hat. Waffenembargos zeigen vermehrt Wirkung.

Die Veränderung der Art der Waffenbeschaffungen beeinflusst die Kriegführung vor Ort. Bewaffnete Kräfte kämpfen zunehmend mit weniger modernen Waffen und in vereinzelt, kurzen Scharmützeln. Zivilisten werden immer häufiger zum Ziel. Waffenembargos führen also zu ähnlichen Auswirkungen wie sie auch in den „neuen Kriegen“⁴ zu beobachten sind. Einerseits ist das nicht verwunderlich, da viele dieser „neuen Kriege“ – wie etwa die im ehemaligen Jugoslawien, in Angola, Sierra Leone und Liberia – unter Waffenembargos ausgetragen wurden. Andererseits sind Waffenembargos nur eines der Elemente, das die Veränderungen in der Kriegführung bewirken, die „neue Kriege“ ausmachen, wie das Überwiegen des Einsatzes von Kleinwaffen und leichten Waffen, sporadische Kämpfe und die hohe Zahl an zivilen Kriegsopfern. In einigen der archetypischen „neuen Kriege“, z.B. in der Demokratischen Republik Kongo, wurden multilaterale Waffenembargos erst nach vielen Jahren „schmutziger Kämpfe“ verhängt.

Die Verlagerung auf solche Formen der Kriegführung vermindert die Abhängigkeit von Waffenlieferungen aus dem Ausland. Wie jedoch vor allem der Fall der Sanktionen gegen die UNITA in Angola zeigt, beseitigt sie den Bedarf an Nachschub nicht. Streitkräfte können ihren Bedarf an Waffennachschub weitgehend reduzieren und dennoch weiterkämpfen, allerdings nicht auf Dauer. Daher ist die Frage, ob Waffenembargos Waffenlieferungen unterbinden können, weiterhin von Relevanz; die Wahrscheinlichkeit, dass dadurch Kämpfe tatsächlich beendet werden, sinkt jedoch mit der Übernahme einer Strategie niedriger Intensität der Kämpfe.

Waffenembargos haben bislang jedoch nur geringe Auswirkungen auf das inkriminierte Verhalten der Sanktionierten gehabt. Sie haben nur in Ausnahmefällen dazu beigetragen, einen Krieg zu beenden oder einen Sanktionierten zur Verhaltensänderung bewegt. Die Erfolgsquote bei Verhaltensänderungen liegt unter zehn Prozent (wiederum nach dem Potsdam-Oslo-Kriterium).

Wie soll es also mit Waffenembargos weitergehen? Sind sie sinnvoll, wenn ihre hauptsächlichsten Auswirkungen darin liegen, die Art der Waffenlieferungen und der Kriegführung zu verändern, sie jedoch äußerst selten die verfolgten politischen Ziele befördern, nämlich Kriege zu beenden und das Verhalten der Sanktionierten zu beeinflussen? Wie können Waffenembargos von denjenigen, die über ihre Verhängung beschließen, so verbessert werden, dass sie die erwünschte Wirkung erzielen?

Wie lassen sich die politischen Ziele von Waffenembargos erreichen?

Waffenembargos an sich können politische Ziele nicht erreichen. Zumindest haben sie in der Vergangenheit kaum jemals Kriege beendet oder das politische Verhalten der sanktionierten Staaten oder Gruppen verändert.

In keinem der untersuchten Fälle korrelierten Einschränkungen von Waffenlieferungen unmittelbar mit Kriegsbeendigung. Darüber hinaus ist es fraglich, ob Waffenembargos Kriege verkürzt und Gewaltanwendung vermindert haben, z.B. in den Fällen Angola, Liberia und Sierra Leone. Von größerer Bedeutung in diesen Fällen war wahrscheinlich, dass die Waffenembargos mit weiteren politischen Maßnahmen, darunter weitergehende Sanktionen, Hand in Hand gingen. Die Kriege in Angola, Liberia und Sierra Leone wurden durch eine Reihe internationaler Maßnahmen verkürzt, wobei Waffenembargos eine wichtige Rolle zukam. Die erste Reaktion auf Waffenembargos bestand jedoch darin, die Bemühungen, Waffen zu kaufen, zu verstärken und, wenn Waffenembargos energischer durchgesetzt und um finanzielle Sanktionen ergänzt wurden, folgten Änderungen der Kriegführung mit dem Ziel, die Abhängigkeit von externen Waffenlieferungen zu reduzieren.

4 Siehe z.B. Mary Kaldor, *New and old wars: organized violence in a global era*, 2. Aufl., Cambridge 2006.



Wichtige Lehren lassen sich aus den wenigen Fällen ziehen, in denen Waffenembargos mit dem Erreichen politischer Ziele in Verbindung gebracht werden können:

- Waffenembargos führten eher zum Erreichen politischer Ziele, wenn sie mit anderen Sanktionen kombiniert wurden. Als Teil politischer Maßnahmenpakete, die auf Verhaltensänderungen abzielen, hatten Waffenembargos bessere Aussichten auf Erfolg.
- Verminderungen von Waffenlieferungen sind wichtig. Sie sind ein Element bei der Entscheidung über die Fortsetzung des sanktionierten Verhaltens. Diese Entscheidung wird jedoch von mehr Faktoren beeinflusst, als von Problemen beim Waffennachschub. Internationale Maßnahmen, die auf Verhaltensänderungen von Staaten oder Gruppen abzielen, können daher nicht ausschließlich auf Waffenembargos bauen, diese müssen vielmehr von anderen Maßnahmen flankiert werden.
- Kombinationen von Sanktionen sind ein Instrument, das die Effektivität von Waffenembargos erhöhen kann. Pakete „intelligenter“ Sanktionen, die finanzielle Sanktionen, Reisebeschränkungen, Handelsrestriktionen und – im Falle Liberias – „sekundäre Sanktionen“ umfassen, trugen dazu bei, die Politikziele in Angola, Liberia und Sierra Leone zu erreichen. Umfassende Wirtschaftssanktionen, einschließlich Waffenembargos, zeigten ebenfalls Wirkung in die gewünschte Richtung; das gilt für Jugoslawien vor dem Rahmenabkommen von Dayton und den Irak.
- Die Wahrscheinlichkeit, dass Waffenembargos zum gewünschten Politikziel führten, war dann größer, wenn sie asymmetrisch verhängt wurden, d.h., wenn nur eine der Konfliktparteien mit einem Embargo belegt wurde, während die andere weiterhin Waffen beschaffen durfte. Auf diese Weise gerieten die sanktionierten Gruppen in Angola, Liberia und Sierra Leone militärisch zunehmend unter Druck. Darüber hinaus erhöhen vorhergehende Sanktionen die Aussichten, dass nachfolgende externe Militärinterventionen schneller zum Erfolg führen. Die Regierungen Saddam Husseins im Irak und der Taliban in Afghanistan wurden zum Teil auch deshalb so schnell gestürzt, weil ihre Truppen schlecht bewaffnet waren, als die Angriffe begannen. Im Kosovokrieg von 1999 waren die serbischen Truppen nach jahrelangen Waffenembargos ebenfalls ungenügend bewaffnet.

Rüstungslieferungen stoppen

Waffenembargos sollen durch die strenge Begrenzung des Zugangs zu Waffen für sanktionierte Staaten oder Gruppen wirken. Die Sanktionierten stellen sich jedoch darauf ein.

Eine der häufigen Folgen von Waffenembargos ist daher ein Anstieg der Ausgaben für Waffenkäufe, wenn die sanktionierten Staaten über entsprechende Mittel verfügen. Die zugrundeliegende mikroökonomische Theorie geht davon aus, dass die erhöhte Nachfrage nach und ein geringeres Angebot an Waffen zu Preissteigerungen und einer Abnahme der gehandelten Mengen führt, wobei die genauen Mengen von den Veränderungen der Nachfrage- und Angebotskurven sowie deren Anstieg abhängen. Die Fallstudien bieten einige Hinweise, wenn auch keine belastbaren Daten, dass die Waffenpreise für sanktionierte Staaten und Gruppen steigen. Was hingegen eindeutig belegt ist, ist, dass Waffenlieferanten unterschiedlicher Provenienz von der Aussicht auf Profite durch illegale Waffenlieferungen, die Waffenembargos bieten, angezogen werden.

Die Verlagerung der Waffenlieferanten auf solche Quellen ist am ehesten bei UN-Waffenembargos zu beobachten. Embargos der EU und der USA zeigten ebenfalls einige Wirkung – Waffenlieferungen aus diesen sanktionierenden Einheiten wurden in allen relevanten Fällen weitgehend unterbunden – die sich nur allmählich ausbreitende Wirkung verhindert jedoch, dass unilaterale Waffenembargos genauso effektiv sind wie multilaterale.

Unter den in den untersuchten Fällen erkennbaren „Embargobrechern“ sind drei Gruppen hervorzuheben:



- *Mit den Sanktionierten verbündete Regierungen.* Die meisten der sanktionierten Staaten oder Gruppen hatten Verbündete, die bereit waren, – zumindest verdeckt – Waffen zu liefern, als Transitland zu fungieren oder in anderer Weise zu helfen. Beispiel hierfür sind Pakistan im Falle des Afghanistan-Embargos, Burkina Faso für die Sanktionen gegen Liberia und China in Bezug auf das Myanmar-Embargo. Regierungen haben kaum jemals zugegeben, Waffenembargos gebrochen zu haben, allerdings nicht, weil sie Maßnahmen des UN-Sicherheitsrats oder anderer Initiatoren von Waffenembargos zu befürchten hatten. Bis heute wurde nur eine Regierung, die Liberias im Jahr 2002, vom Sicherheitsrat für die Verletzung oder für die fehlende nationale Implementierung eines UN-Waffenembargos mit Zwangsmaßnahmen belegt. Hingegen wurden keine sekundären Sanktionen verhängt, als die Expertengruppe, die das Waffenembargo gegen Angola (UNITA) untersuchte, eine Reihe von Regierungen beschuldigte, darunter Burkina Faso, Elfenbeinküste und Ruanda. Nach seinem bisherigen Vorgehen zu urteilen, ist die Gefahr gering, dass der UN-Sicherheitsrat eine Regierung für die Verletzung eines Waffenembargos tatsächlich maßregelt. Was Regierungen am meisten fürchten, ist die öffentliche Enthüllung von Embargoverletzungen. Eine ganze Reihe von Regierungen hat die Macht von NGOs und Medien, die sie öffentlich angeprangert haben, zu spüren bekommen. Verstöße gegen Waffenembargos sind immer für Schlagzeilen gut und können die internationale Wahrnehmung gegenüber dem außenpolitischen Verhalten einer Regierung beeinflussen.
- *Private Waffenhändler und -vermittler.* Der Bruch von Waffenembargos geht überwiegend auf das Konto von Waffenhändlern, die in kleinem Maßstab operieren. Einige von ihnen, z.B. Victor Bout, erlangten in den 1990er Jahren eine gewisse Berühmtheit. Er war in den Transport und Verkauf von Waffen an verschiedene mit Embargos belegte Gruppen und Staaten in Afrika verwickelt. Privatpersonen und kleine Firmen waren zwar die hauptsächlichen Embargobrecher, sie haben jedoch von mangelnder staatlicher Aufsicht und Kontrolle – in einigen Fällen sogar direkter Unterstützung der Regierung – profitiert. Offizielle Erklärungen, dass Regierungen keine Kenntnis von irgendwelchen Verstößen gegen Waffenembargos durch Privatpersonen hätten, sind mit Skepsis zu betrachten. Allerdings sind in vielen Ländern die Möglichkeiten der Kontrolle und Durchsetzung überaus begrenzt.
- *Länder, die Waffen produzieren, ohne angemessene Exportkontrollen.* Die meisten der unter Umgehung von Waffenembargos in den 1990er Jahren gelieferten Waffen stammten aus osteuropäischen Staaten wie Bulgarien, Serbien und der Ukraine. Die Waffen wurden dann von privaten Waffenhändlern zu den mit Embargos belegten Staaten und Gruppen transportiert. Die mangelnde Kontrolle beginnt häufig bei den Armeebeständen und erstreckt sich von Rüstungsunternehmen bis hin zu den Grenzkontrollen. Nicht alle Staaten haben sich wirklich bemüht, UN-Waffenembargos durchzusetzen. Embargoverletzungen gehen allerdings mit größerer Wahrscheinlichkeit von solchen Ländern aus, in denen der wirtschaftliche Druck Waffen zu exportieren besonders groß ist. Bulgarien und der Ukraine, beides Staaten mit umfangreicher Rüstungsindustrie und schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen, wird häufig unterstellt, Ausgangspunkt von Waffenlieferungen zu sein, die mit Embargos belegte Staaten oder Gruppen erreichen. Schlupflöcher in nationalen Gesetzen, mangelhafter Vollzug der Gesetze und Lücken in den Grenzkontrollen sind die Hauptprobleme bei der Umsetzung aller Waffenembargos. Angesichts der begrenzten verfügbaren Daten kann nicht mit Sicherheit behauptet werden, dass sanktionierte Staaten und Gruppen mehr Mittel für Rüstungsimporte aufwenden, wenn sie einem Embargo unterliegen. Die angolische UNITA ist ein Beispiel, in dem die Rüstungsausgaben anscheinend im Laufe der Zeit deutlich angestiegen sind. In anderen Fällen wie Myanmar und Afghanistan scheint das nicht so gewesen zu sein; die sanktionierten Staaten waren vielmehr in der Lage, sich der Situation anzupassen, ohne Aufpreise zahlen zu müssen.

Ein möglicher negativer Faktor für die Effektivität von Waffenembargos ist eine einheimische Rüstungsindustrie im sanktionierten Gebiet. Allerdings hatten nur wenige der untersuchten Länder die Kapazitäten, um vom Import auf heimische Produktion umzustellen. Aber selbst in diesen Fällen, z.B. in Serbien und im Irak, gibt es keine belastbaren Anzeichen dafür, dass das viel an der Situati-



on änderte. In beiden Fällen konnte anscheinend die heimische Rüstungsindustrie einiges an Ausrüstung herstellen, allerdings keineswegs alles, was die Streitkräfte benötigten. Zumindest war das Militär beider Staaten nach jahrelangen Sanktionen schlecht ausgerüstet, wie der Kosovo- und der zweite Irakkrieg zeigten.

Sowohl die Fallstudien als auch die quantitative Analyse weisen darauf hin, dass sich die Implementierung von Waffenembargos im neuen Jahrhundert verbessert hat. Ein Grund dafür ist, dass Staaten, die Waffen besitzen oder produzieren, ihre Exportkontrollen verbessert haben. Es existieren zwar immer noch Quellen, aus denen private Waffenhändler schöpfen können, sie sprudeln allerdings bei weitem nicht mehr so üppig wie in den späten 1990er Jahren. Darüber hinaus werden private Waffenhändler in den meisten Ländern strenger überwacht als noch vor einigen Jahren. Ein weiterer Grund ist, dass die UN-Überwachung der Waffenembargos, die das internationale Bewusstsein für den Bruch von Sanktionen schärft, durch die Arbeit tatkräftiger Sanktionsausschüsse und besonderer Untersuchungskommissionen zunehmende Bedeutung gewinnt. Diese begleiten UN-Waffenembargos inzwischen regelmäßig. Ein Wendepunkt in Bezug auf die internationale Aufmerksamkeit für die Befolgung von Sanktionen war der Bericht des UN-Generalsekretärs über Konflikte in Afrika aus dem Jahr 1998 (S/1998/318). Die Überwachungsmöglichkeiten der UN werden jedoch auch weiterhin durch die fehlende Bereitschaft von Regierungen, Informationen preiszugeben, vor allem geheimdienstliche Informationen, zu geringe Mittel und durch die Geschäftsordnung, die Einstimmigkeit in vom Sicherheitsrat eingesetzten Sanktionsausschüssen verlangt, behindert.

Am geringsten war die Effektivität von Waffenembargos in Afrika in den 1990er Jahren. Auf den Schwarzmärkten in zahlreichen Ländern des Kontinents gab es ein breites Angebot an Kleinwaffen und Nachbarstaaten hatten nur sehr begrenzte Möglichkeiten, den Handel zu stoppen, soweit sie das überhaupt versuchten. Die Realitäten des Marktes für Kleinwaffen und überschüssige Großwaffen hätten in vielen Ländern weitaus größere Investitionen in die Fähigkeiten zur Durchsetzung von Embargos erfordert, durch Maßnahmen, die z.B. verhindern, dass korrupte Beamte falsche Endnutzerzertifikate ausstellen, bis hin zu besseren Grenzkontrollen.

Verbesserungsvorschläge

Die offensichtlichen Defizite bei der Implementierung von Waffenembargos haben den Sicherheitsrat Ende der 1990er Jahre veranlasst, eine Reihe von Maßnahmen zu verabschieden, die darauf abzielen, die Wirksamkeit von Embargos zu erhöhen; dazu gehören Veränderungen in der Tätigkeit von Sanktionsausschüssen und die Einsetzung von Sonderkommissionen. Weitergehende Vorschläge, von denen einige weiter oben vorgestellt wurden, hat der Sicherheitsrat jedoch nur schleppend umgesetzt, selbst wenn sie von Institutionen unterbreitet wurden, die er selbst ins Leben gerufen hatte, wie die Internationale Untersuchungskommission zu Ruanda, oder als Teil eines Maßnahmenpakets mit größerer Reichweite wie seine Resolution über die Förderung dauerhaften Friedens und einer nachhaltigen Entwicklung in Afrika (UN Sec Res 1196/1998).

Eine große Zahl von Maßnahmen könnte UN-Waffenembargos zu größerer Geltung verhelfen, z.B. größeres Engagement, Einigkeit hinsichtlich der Bedeutung von Resolutionen, bessere nationale Implementierung, Schließen von Schlupflöchern in nationalen Gesetzen, Stärkung der Justiz und der Verwaltung in Liefer- und Nachbarländern, bessere Grenzüberwachung, effektivere Informationsbeschaffung und -sammlung in den UN, bessere Koordination mit entsprechenden Aktivitäten von NGOs auf staatlicher und regionaler Ebene sowie der Einsatz von Untersuchungsmissionen, um Verstöße gegen Waffenembargos aufzudecken und öffentlich zu machen. Das Ausmaß der notwendigen Reformen mag unter Experten umstritten sein, ihre Richtung ist jedoch eindeutig: stärkeres Engagement der UN-Mitgliedstaaten, bessere staatliche Überwachung und mehr Ressourcen für die Vereinten Nationen.

Das erste Problem, das sinnvollerweise gelöst werden muss, ist das politische Engagement für die Durchsetzung von Waffenembargos. Die meisten Reformvorschläge gehen davon aus, dass Regierungen tatsächlich *wollen*, dass Waffenembargos Wirkung zeigen. Ist dies nicht der Fall, wie bei-



spielsweise in Jugoslawien 1998 oder bei unilateralen Waffenembargos, sind Verbesserungen der Effektivität kaum zu erreichen, da die wesentlichen Akteure – die nationalen Regierungen –, die diese Effektivitätssteigerung erreichen können, kein oder nur sehr begrenztes Interesse daran haben, sich dafür einzusetzen. Die besten Reformvorschläge nutzen nichts, wenn sie nicht die politische Unterstützung der Regierungen haben, die die einzigen Akteure sind, die den Handel mit Waffen und Rüstungsgütern wirksam regulieren können.

Gelegentlich wird der Standpunkt vertreten, der politische Wille sei das einzig Ausschlaggebende: Ist er vorhanden, müssen die Regierungen lediglich die vorhandenen Instrumente effektiv anwenden. Diese Ansicht unterschätzt jedoch die Komplexität multilateraler Beschränkungen des Waffenhandels ebenso wie die praktischen Probleme der Implementierung. Regierungen müssen genau darüber Bescheid wissen, welche Güter und Empfänger ein Embargo abdeckt. Kein Land mit einer nennenswerten Rüstungsindustrie wird freiwillig den Export über das durch das Embargo vorgeschriebene Minimum hinaus beschränken. Regierungen müssen außerdem in der Lage sein, ein Embargo auch umzusetzen – sowohl in rechtlicher Hinsicht als auch in Bezug auf praktische Implementierungsmaßnahmen wie beispielsweise Grenzkontrollen. Reformvorschläge können den politischen Willen nicht ersetzen, sie können jedoch der Effektivitätssteigerung von Waffenembargos, die der Sicherheitsrat beschlossen hat, dienen.

Gesetze und Verordnungen müssen wirksam durchgesetzt werden, und viele Regierungen, beispielsweise in Afrika, sind dazu nicht in der Lage. Das Gesetz, selbst dort, wo es in verbindlicher Form niedergelegt ist, wird bedeutungslos, wenn keine vernünftigen Lizenzierungsverfahren für Waffenverkäufe und keine Kontrolle von Endnutzerzertifikaten existieren, Grenzkontrollen nachlässig durchgeführt und internationale Flughäfen nicht überwacht werden.

Zusätzlich zu einigen Verbesserungen in den Vereinten Nationen bei der Überwachung haben NGOs zunehmend Interesse und die Fähigkeit an den Tag gelegt, die Einhaltung von Waffenembargos zu verbessern. NGOs wie z.B. *Human Rights Watch* haben sich zu einer wichtigen Informationsquelle für den Bruch von Sanktionen entwickelt. Da Embargobrüche für öffentliches Anprangern taugen, zeigen inzwischen auch die Medien an deren Aufdeckung und Veröffentlichung Interesse.

Die von NGOs vorgelegten Informationen und die Medien hatten zwar große Wirkung in den Vereinten Nationen, z.B. in den Fällen Demokratische Republik Kongo und Somalia, und gaben Impulse zur Entsendung von UN-Sondermissionen, ihren Möglichkeiten der Informationsgewinnung sind jedoch Grenzen gesetzt. Darüber hinaus haben NGOs weitergehende Ziele als die Überwachung von Embargos, was die Richtung ihrer Aufklärungsbemühungen beeinflusst.

Waffenembargos bleiben ein potenziell wirkungsvolles Instrument der internationalen Gemeinschaft bei der Verhinderung, Deeskalation und Beendigung von Kriegen, wenn die Sanktionen ernstgenommen werden. Die Embargos gegen Jugoslawien und den Irak sind typische Beispiele hierfür. In den 1990er Jahren gerieten Waffenembargos in den Ruf, sie seien eher kosmetischer Natur, da in einigen Fällen Implementierung und Durchsetzung stark zu wünschen ließen, aber auch aufgrund der Veränderungen in der Kriegführung und beim Nachschub. An beiden Fronten sind inzwischen einige Fortschritte erkennbar: Implementierung und Durchsetzung werden ernstgenommen und der Handel mit Kleinwaffen und leichten Waffen erfährt große internationale Aufmerksamkeit. Weitergehende Bemühungen, einschließlich besserer Rüstungsexportkontrollen in zahlreichen Lieferländern, verstärkte Grenzüberwachung in Nachbarländern sanktionierter Staaten und eine effektivere Beobachtung sind jedoch unabdingbar, damit sich die Chancen erhöhen, dass alle Waffenembargos Wirkung zeigen.



2.2 Piraterie

*Torsten Geise/Patricia Schneider**

Piraterie vor Somalia als sicherheitspolitische Herausforderung



Die Gewässer am Horn von Afrika zählen seit Jahren zu den unsichersten Seegebieten der Welt. Nirgendwo sonst durchqueren die heutigen Seehandelsflüsse ein in der Intensität der Gefahren feindlicheres Terrain, prallt die Globalisierung von Handels- und Wirtschaftsinteressen derart heftig mit den Folgen lokalen Staatsversagens zusammen. Der UN-Sicherheitsrat hat sich des Sachverhalts angenommen. Viele der Handel betreibenden Staaten haben Kriegsschiffe entsandt. Der langfristige Erfolg eines solchen Vorgehens muss sich erst noch erweisen, liegen die weiter reichenden Ursachen doch nicht auf See, sondern an Land.

„Somalia“: Die lang vergessene Krise

Somalia wird in der Literatur gemeinhin unter dem Schlagwort eines *failed state* diskutiert. Schon zu Zeiten des Diktators Siad Barre war die politische Lage im Land alles andere als unproblematisch. Seit seinem Sturz im Jahr 1991 hat sich die Situation in Somalia in vielerlei Hinsicht verschärft: Es herrschen Krieg, Gewalt, Zerstörung, Hunger und Armut. Die Loyalitäten der Menschen gelten Clanstrukturen und der radikalere Islamismus gewinnt an Kraft. Der international anerkannten Regierung fehlt es an Einfluss. Es ist niemand in Sicht, der das Land von innen zu stabilisieren vermag. Der frühere Staat Somalia ist heute de facto ein *Nichtstaat*, dessen geostrategische Lage ihn zu etwas Besonderem macht: Sein Scheitern strahlt aus, nicht nur an Land, sondern auch seewärts – und erst durch die Folgen der Piraterie ist die internationale Gemeinschaft aus ihrer Lethargie gegenüber der somalischen Krise erwacht.

Als nach Verhandlungen zwischen einigen der verfeindeten Gruppen – unter Ausschluss der Islamisten – 2004 das *Transitional Federal Government* (TFG) gebildet wurde, geschah lange Zeit viel zu wenig, um dieses Gremium zu unterstützen. Das TFG gilt als schwach, korrupt und in sich zerstritten. Sein Einfluss und seine Kontrolle gelten als allenfalls vage und brüchig. Es verfügt nicht über die Mittel, um das Machtvakuum zu füllen. Insbesondere war es nicht in der Lage, im Konflikt gegen die islamistischen Kräfte der *Union of Islamic Courts* (UIC) zu bestehen, die vom Süden her nach Zentralsomalia zu drängen begannen, um bald schon die frühere Hauptstadt Mogadischu und weite Teile des umliegenden Kernlands zu kontrollieren.

Die Piraterie vor Somalias Küsten ist ein Auswuchs der verfahrenen Lage an Land. Die „Friedensprozesse“ haben das Land nicht befriedet. Auch nach der Einbindung der moderateren UIC-Kräfte in das TFG bleibt die Situation in Somalia angespannt. Die al-Shabaab-Milizen streben von ihrer Basis im Süden nach der Ausweitung des von ihnen kontrollierten Gebiets. Erfolgreich waren sie in 2007 und 2008 unter anderem in Gegenden südlich der Provinz Puntland, die bis vor Kurzem noch als „regierungsnah“ eingestuft worden sind. Gemeinsam mit dem ans autonome Somaliland grenzenden Puntland im Nordosten sind diese Regionen Somalias „Piratengebiet“. Allerdings sind Islamisten bisher eher als Gegner denn als Verbündete der Piraten aufgetreten. Piraterie verstößt prinzipiell gegen den islamischen Glauben und islamisches Recht.¹

* Dr. Patricia Schneider ist wissenschaftliche Referentin am IFSH, Kontakt: schneider@ifsh.de. Dipl.-Pol., MPS, Torsten Geise ist Doktorand und wissenschaftlicher Mitarbeiter am IFSH. Im Rahmen des Zentrums für Europäische Friedens- und Sicherheitsstudien befasst er sich mit Fragen der globalen See- und Seehandelssicherheit.

1 Zur Ironie der Entwicklungen zählt, dass der Macht- und Einflussgewinn der UIC vor 2006 mit einem zwischenzeitlichen Rückgang der Piraterie vor den Küsten Somalias verbunden war. Erst nachdem die UIC militärisch besiegt und in ihrer „Autorität“ zurückgedrängt worden war, verlor auch das Steuerungspotenzial des islamischen Rechts an Bedeutung und stieg die Piraterie in den regionalen Gewässern abermals an.



Piraterie vor Somalia: Einflussfaktoren

Die Verbreitung der Piraterie vor Somalia geht nicht ausschließlich auf innersomalische Faktoren zurück. Zwar sind wesentliche Problemdimensionen direkt mit der Situation in Somalia verbunden, doch rücken neben den lokalen Folgen der dortigen Krise auch Fehler der internationalen Gemeinschaft in den Blick.

Erstens: *Verbrechen wie die heutige Piraterie verbreiten sich dort, wo ein Staat nicht willens oder in der Lage ist, seine Kontroll-, Ordnungs- und Sicherheitsfunktionen nach innen und nach außen zu erfüllen.* Blickt man nicht nur auf Somalia, wird schnell deutlich, dass sich die Piraterie auf den südlichen Teil der Welt konzentriert.² Viele betroffene Seegebiete grenzen an schwache Staaten, Somalia ist der *worst case* staatlicher Prekarität. Anders als etwa die südostasiatischen Staaten verfügt Somalia über keine funktionierenden staatlichen Institutionen. Diplomatischer Druck und/oder die Stärkung maritimer Ordnungspräsenzen bilden kurzfristig mithin keine realistischen Handlungsoptionen. Während es den Staaten Südostasiens heute in weiten Teilen gelungen ist, ihre Seeordnungskräfte zu stärken und deren Vorgehen zu koordinieren, gilt mit Blick auf Somalia, dass Vergleichbares im Land nicht zu finden ist – es fehlt die Basis, um den Schutz und die Überwachung der lokalen Seewege zu intensivieren. Der „Staat“ Somalia verfügt über keine Küstenwache. Auch ist es der schwachen Regierung nicht möglich, von Land her gegen die Piraterie vorzugehen. „Strafverfolgung“ – nicht nur von Piraten – ist weniger Praxis als ein mit Blick auf die fernere Zukunft anzustrebendes Ziel.

Zweitens: *Piraterie ist zuvorderst ein Verbrechen, das auf persönliche Bereicherung abzielt.* Was sich anfänglich als „Gelegenheitspiraterie“ aus primär individuellen Notlagen entwickelt, wird bei anhaltender Armut und Straflosigkeit schon bald zu einer Form des organisierten Gewaltverbrechens auf See. Die Piraterie vor Somalia hat ihr Frühstadium schon lange überschritten. Sie ist über Grenzen, wenn nicht gar Kontinente hinweg strukturiert. Die Hintermänner und Auftraggeber bleiben beflissen in Deckung. Für die schmutzige Arbeit auf See werden „Glücksritter“ rekrutiert. Der vor Ort verbleibende „Erlös“ sorgt für Loyalitäten. Er besteht nur aus einem Teil des gewaltsam erpressten „Gewinns“. So lassen sich Basen schaffen und Rückzugsräume etablieren. Die Korruption der lokalen Führer stellt überdies sicher, dass diese nach aller Voraussicht nicht in das Treiben intervenieren.

Neben der Abwesenheit staatlicher Institutionen ist mithin auch die desaströse Wirtschaftslage im Land ein Faktor, der als maßgeblich für die Verbreitung der Piraterie vor Somalia herausgestellt werden kann. Transparency International spricht von Somalia als einem der ärmsten und korruptesten Räume der Welt. Die Wirtschaft des Landes liegt seit vielen Jahren am Boden und ist weitgehend der Logik zeitgenössischer „Bürgerkriegsökonomien“ unterstellt. Zugleich hat die humanitäre Not, verstärkt auch durch Dürren, in Somalia vielerorts ein katastrophales Ausmaß erreicht.

Drittens: *Die internationale Staatengemeinschaft hat die Verbreitung der Piraterie in ihren Ursprüngen mit provoziert und durch ihr Verhalten eine Basis dafür geschaffen, die Piraterie im Selbstbild vieler somalischer Küstenbewohner als einen vertretbaren Akt der Notwehr und des Selbstschutzes gegenüber externen Verletzungen ihrer Rechte zu sehen.* In ihrer frühen Phase, etwa ab Mitte der 1990er Jahre, war die Piraterie vor Somalia nicht zuletzt ein Reflex auf das, was mit einigem Recht als „decades of (...) illegal fishing and dumping of toxic waste in Somali waters“ kritisiert worden ist (zit. nach EU Observer: 21.04.2009). Vor allem europäische Fischereiflotten haben sich jahrelang an den Thunfischbeständen bereichert und den somalischen Küstenbewohnern ihre Lebensgrundlagen weggefischt. Dass die Industriestaaten darüber hinaus in großem Umfang Giftmüll in somalischen Gewässern entsorgt haben, vertiefte das Gefühl, ungerecht behandelt zu werden noch. Es mangelte keinesfalls an Protesten, geschehen ist allerdings nichts – weshalb die Piraterie vor Somalia heute gewiss eine andere, ihre Rechtfertigung jedoch dieselbe geblieben ist.

2 Vor allem auf Afrika, den Indischen Subkontinent und Südostasien; vereinzelte Zwischenfälle wurden und werden auch für die Karibik und Südamerika registriert (vgl. IMB 2007, 2008, 2009).



Die Angriffe der Piraten richten sich kaum mehr gegen die Trawler, die inzwischen auf andere Seegebiete ausgewichen sind. Dafür werden Luxusyachten, Stück- und Massengutfrachter, Containerschiffe, Öl- und Gastanker attackiert und sind auch Kreuzfahrtschiffe, die den Golf von Aden durchqueren, wiederholt ins Visier der Piratenbanden gerückt, die nicht mehr einfach nur rauben, was die Gelegenheit ihnen bietet, sondern Schiffe und Besatzungen zu Lösegeldzwecken entführen. Dabei präsentieren sich Teile des Bandengewerbes als *Somali National Volunteer Coast Guard*. Die Staatengemeinschaft, beklagen sie, messe noch immer mit zweierlei Maß. Ihnen ginge es darum, so behaupten sie, den Schaden zu kompensieren, den die Kombination von Raubfischerei und Entsorgung giftigen Abfalls innerhalb der Ausschließlichen Wirtschaftszone Somalias für die heimischen Fischer und Küstenbewohner verursacht hat.

Und viertens: *Die Fokussierung der Staatengemeinschaft auf die Bedrohung des Terrorismus spätestens seit 2001 hat dazu geführt, die Verschärfung der Piraterie in den regionalen Gewässern als eine nachrangige Herausforderung anzusehen.* Maßnahmen internationaler Akteure, soweit sie überhaupt ergriffen wurden, zielten in erster Linie auf die Terrorbekämpfung ab, wobei bereits die Regierung von US-Präsident Bill Clinton den Süden Somalias als einen Rückzugsraum der al-Qaida-Operateure hinter den Anschlägen auf die US-amerikanischen Botschaftsgebäude in Kenia und Tansania 1998 wahrgenommen hat. Nach „9/11“ hat sich dieses Wahrnehmungsmuster verstetigt. Es war leitend für das Vorgehen der US-Regierung George W. Bushs. 2007 gerieten islamistische Stellungen in den Südpfeilen Somalias wiederholt unter massiven US-Raketenbeschuss.

Doch auch auf See wurde die westliche Staatengemeinschaft unter Führung der USA militärisch gegen den Terrorismus aktiv. Im Rahmen der nach „9/11“ beschlossenen *Operation Enduring Freedom* (OEF) wurden die regionalen Gewässer von Kriegsschiffen patrouilliert, deren Auftrag darin bestand, die Logistik des Terrorismus empfindlich zu schwächen und als Abschreckung gegenüber Anschlägen auf den Seehandel zu fungieren.

Obwohl seither OEF-Schiffe im Seegebiet patrouillierten, entwickelte es sich zum Hauptaktionsraum der Piraterie. Ein Mandat auch zu ihrer Bekämpfung wurde lange bewusst vermieden und erst diskutiert, als sich die Situation vor Somalia sukzessive verschärfte und im Jahr 2008 schließlich außer Kontrolle geriet.

Eskalation und Reaktionen

Seit etwa 2005 nahm die Gefahrenlage vor Afrika neue Ausmaße an: Somalia wurde zum *Hot Spot* an den ostafrikanischen Küsten – Nigeria zu seinem westafrikanischen Pendant.³ 2005 hielten somalische Piraten über Wochen einen Frachter in ihrer Hand, der sich im Auftrag des *World Food Programme* (WFP) der Vereinten Nationen mit Hilfsgütern auf dem Weg nach Somalia befand. Im selben Jahr wurde ein Kreuzfahrtschiff angegriffen. Die *Seaborne Spirit* fuhr weit vor den Küsten, sie entkam unter Beschuss. Die Beispiele zeigen, dass man spätestens seit 2005 mit Blick auf Somalia mit weiteren Verschärfungen rechnen musste und muss. 2006 wurden „nur“ sechs, 2007 dann schon ein Dutzend, in 2008 insgesamt 42 und 2009 – trotz der militärischen Sicherungsmissionen – gar 49 Schiffe entführt. Allein 46 Entführungen fanden 2009 im Golf von Aden und in somalischen Gewässern statt. Insgesamt haben somalische Piraten 2009 196 gemeldete Angriffe durchgeführt. Waren es 2007 lediglich 44 Attacken gewesen steigerte sich die Zahl der Angriffe in 2008 bereits erheblich auf 111. Vor allem im Golf von Aden hat sich die Lage dramatisch verschärft: Nach „nur“ 13 Übergriffen 2007 wurden für 2008 92 Fälle notiert und steigerte sich die Zahl der Übergriffe im Jahr 2009 auf 116 Fälle⁴. Betroffen hiervon waren in erster Linie Seehandelsschiffe. Auch Schiffe des WFP gerieten wiederholt ins Visier.

3 Resultiert die Brisanz der Situation vor Somalia aus der Bedeutung des Golfs von Aden für das globale Handelssystem, sind mit Blick auf Nigeria (und Westafrika insgesamt) primär die Ölindustrie und ihre Förderinteressen betroffen. Auch hier lässt sich für die zurückliegenden Jahre eine Verschärfung (inklusive erster Entführungen) feststellen. Überdies wurden vereinzelte Übergriffe und Akte der Sabotage gegen in Küstennähe gelegene Ölförderplattformen verübt.

4 Zahlen aus: ICC International Maritime Bureau: Piracy and armed robbery against ships – annual report: 1 January - 31, December 2009.



Das Interesse der Staatengemeinschaft nahm deutlich zu. Der UN-Sicherheitsrat hat in verschiedenen Resolutionen dazu aufgerufen, alles für den Schutz der Seewege vor Somalia und zur Sicherung der humanitären Hilfslieferungen zu tun. Mit den Resolutionen 1814, 1816, 1838 und 1846 legte das höchste Sicherheitsgremium der internationalen Gemeinschaft die Basis für die Androhung und Anwendung militärischer Gewalt. Noch 2007 war im System der Vereinten Nationen vor allem die *International Maritime Organization* (IMO) mit der Problematik befasst. 2008 hat sie Eingang in die höchsten UN-Hierarchien gefunden: Die Lethargie hatte ein Ende, „Somalia“ erhielt seinen Platz in den Medien und politischen Arenen. Als Folge haben zahlreiche Staaten Seeordnungskräfte entsandt. Darunter sind China, Indien, Malaysia, Japan und Russland. Die USA haben die Zahl ihrer Kriegsschiffe in der Region erhöht. Die NATO beteiligt sich mit der *Operation Allied Protector*,⁵ die EU ist mit der *Operation Atalanta* aktiv.⁶

Wirkungen und Planspiele

Die Erfolge der Militäreinsätze blieben in ihrer Wirkung punktuell: Piratenschiffe wurden versenkt, Angreifer konnten abgeschreckt werden, Täter wurden verhaftet und ihre Waffen sichergestellt. Unter dem Strich allerdings bleibt deutlich: Somalia bleibt auch trotz der kurzfristigen Erfolge der militärischen Operationen vor der Küste längerfristig ein Quell immer neuer An- und Übergriffe auf Schiffe. Beobachter führen hierfür verschiedene Gründe ins Feld. Sie nennen die Weite des Raums und die Knappheit verfügbarer Mittel, die Vielfalt der Ziele und die Notwendigkeit, zügig zu intervenieren.⁷ Haben Piraten ihr Zielschiff gekapert, erübrigt sich fast jedes Handeln, ist man nicht willens, Leib und Leben der Besatzungen zu riskieren. Darüber hinaus sind die Piraten selbst im Vorgehen äußerst flexibel: Technisch gut ausgestattet, wissen sie meist genau, wo sich die Kriegsschiffe der Gegenseite befinden und weichen entsprechend in andere Operationsgebiete aus. Auch ihre Taktiken wurden angepasst und verfeinert. Mutterschiffe fahren mit kleineren Angriffsbooten hinaus. Satellitennavigation hilft ihnen, die Zielschiffe zu orten. Es wird schneller und häufiger geschossen – und dies gilt durchaus für beide Seiten. Das Konfliktgeschehen verschärft sich. Die Kampfzone weitet sich aus. Ende April 2009 befanden sich 17 Schiffe in der Hand von Piraten. Eine weitere Eskalationsstufe wurde im selben Monat erreicht: der Fall der *Maersk Alabama*, die Befreiung von Kapitän Philipps, der Einsatz von Scharfschützen und im Gegenzug die Ankündigung von Racheakten seitens der Piraten.⁸ Es droht eine Militarisierung des Konfliktaustrags – und mit ihr gewinnen auch Pläne zur Intensivierung des Vorgehens der Staatengemeinschaft gegen die Piraterie vor Somalia schrittweise an Gestalt.

In dem Maße nämlich, in dem die Piraterie vor Somalia den versammelten Seestreitkräften ihre Wirkungsgrenzen aufzeigt, mehren sich die Debatten um ein resoluteres Handeln, machen die Planer selbst vor der Möglichkeit von Landeinsätzen nicht halt. Sollte auch ein robusteres Vorgehen auf See nicht zur gewünschten Stabilisierung der Sicherheitslage führen, sei es erforderlich, die Piraten in ihren Schlupfwinkeln anzugreifen und direkt unter Einsatz militärischer Mittel in die verworrene Situation vor Ort zu intervenieren. Als mögliche Angriffsziele gelten Eyl oder Harardhere, Hobyo und einige andere Orte, vor deren Strand die von Piraten entführten Schiffe heute vor Anker liegen. Es scheint, als gewannen entsprechende Planspiele an Relevanz. Anfangs primär von den Präsidenten Bush und Medwedew vorgeschlagen,⁹ zieht auch die Regierung Obama die Mög-

5 *Operation Allied Protector* ist seit März 2009 vor Somalia präsent. Sie folgt ihrem Vorläufer *Operation Allied Provider* (Oktober bis Dezember 2008). Letztere wurde von der EU-Mission abgelöst.

6 *Atalanta* wurde im November 2008 vom Europäischen Rat beschlossen und noch im Dezember desselben Jahres als erste maritime Mission im Rahmen der ESVP in ihr Einsatzgebiet entsandt. Zuvor hatte eine *Naval Coordination Cell* (NAVCO) den Beitrag der EU-Mitgliedstaaten koordiniert.

7 Der zuständige US-Vizeadmiral William Gortney etwa beklagt, dass die multinationalen Verbände für einen ausreichenden Schutz der Handelsschiffahrt vor Somalia bei Weitem nicht gut genug ausgestattet seien (Vgl. FAZ-Net 13.04.2009). Ähnlich äußert sich etwa Winfried Nachtwei (Bündnis 90/Die Grünen), der zugleich auf das Problem der Reaktionszeiten verweist (vgl. Nachtwei 2008).

8 Auf die Frage nach den Folgen der gewaltsamen Geiselnbefreiung durch die USA gab Vizeadmiral William Gortney bekannt, es bestünden keinerlei Zweifel, dass derlei Schritte zu einer Verschärfung der Situation beitragen können (vgl. ZEIT Online 13.04.2009).

9 Der auf dem APEC-Gipfel in Lima im November 2008 erarbeitete gemeinsame Vorschlag der Präsidenten der USA und Russlands bildet die Grundlage der UN-Sicherheitsratsresolution 1851 (2008).



lichkeit in Betracht, mit allen nur denkbaren Mitteln gegen die Landbasen vorzugehen – einschließlich der Anwendung militärischer Macht.¹⁰

Gefahrenszenarien

Bedenkt man die Komplexität der innersomalischen Krise, liegen die Risiken und Gefahren der Umsetzung entsprechender Planspiele auf der Hand.

Erstens: Jede Landintervention – und vielleicht auch jede Verschärfung des militärischen Vorgehens gegen die Piraterie auf See – birgt die Gefahr, die bislang als relativ gut und stabil beschriebene Lage der momentan etwa 300 Geiseln auf den entführten Schiffen zu verschlechtern.

Zweitens: Bislang gelten Islamismus und Piraterie als zwei in Somalia getrennt zu betrachtende Risikolagen. Es ist nicht auszuschließen, dass sich diese Trennung durch die infrage stehenden Pläne sukzessive verwischt und sich beide künftig stärker als bisher füreinander öffnen, um in der Abwehr der „Invasoren“ miteinander zu kooperieren.¹¹

Drittens: Beschleunigt durch die erwartbaren „Kollateralschäden“ liefern die intervenierenden Mächte Gefahr, sich abermals in Verwicklungen wiederzufinden, die keine von ihnen zu steuern oder zu kontrollieren vermag.

Und schließlich viertens: *Es besteht die reale Gefahr, die Sicherheitslage auf See weiter zu verschärfen und sowohl die Kriegsschiffe als auch den seewärtigen Handel in ein gänzlich neues Gefährdungsniveau hineinzumanövrieren.*

Was tun?

Zwar liegt die Lösung des Problems nicht auf dem Wasser, Landinterventionen sind jedoch ein extrem gefährlicher Weg. Über welche Alternativen verfügt die Staatengemeinschaft, um die Situation vor Somalia wirksam zu stabilisieren?

Längerfristige Orientierung. Ein erster Schritt bestünde zunächst darin, den Zeit- und Erwartungsrahmen dadurch zu entzerren, dass man künftig nicht länger mit lediglich kurzfristigen Erfolgen, sondern längerfristigen Verpflichtungen kalkuliert. Für den Seehandel hätte ein solcher Schritt freilich zur Folge, dass er auch weiterhin mit gewaltsamen Störungen rechnen muss. Doch scheint dies auch unter den jetzigen Bedingungen nicht sehr viel anders. Es geht um die Frage, ob man bereit ist, mit der Piraterie vor Somalia zu leben oder ob man einen Zustand von „Piraterie plus“ riskieren will?

Entwicklung einer politischen Strategie. In der so gewonnenen Zeit ließen sich Strategien entwickeln, die es der Staatengemeinschaft erlauben, ihr Vorgehen grundlegend zu ändern und ihr bislang primär militärisches Handeln stärker als bisher auch mit politischen Perspektiven zu kombinieren. Die Lösung des Problems liegt im Land – sie ist politisch. Sie liegt darin, den „Staat“ Somalia wirksam zu stabilisieren.

Bearbeitung der Kernprobleme. Erst auf der Basis einer solchen Neuorientierung der internationalen Politik gegenüber Somalia wird es dann möglich sein, jene Kernprobleme zu bearbeiten, die Somalia und seine Menschen schon seit so vielen Jahren plagen und unter denen auch die dortige Piraterie floriert. Hierfür sind ein umfassendes Konzept und erhebliche Anstrengungen notwendig. Dazu gehören vorrangig entwicklungspolitische, aber auch Maßnahmen zum Aufbau eines somalischen Sicherheitssektors. Der Aufbau somalischer Sicherheitsinstitutionen wird jedoch scheitern,

¹⁰ Zugleich erklärte Obama, Somalia müsse selbst für seine Seesicherheit sorgen und es sei seine Absicht, das TFG dabei zu unterstützen.

¹¹ Es gibt schon heute erste Anzeichen einer Kooperation „zwischen den clanübergreifend vorgehenden Piraten und den militanten Islamisten der al-Shabaab“ gibt. Zwar ist deren Verlässlichkeit nicht eindeutig zu überprüfen, doch soll es um Schutzgeld, Waffenlieferungen aus Eritrea und militärisches Training für die Piraten gehen (vgl. FAZ-Net 02.05.2009). Zugleich mehren sich Meldungen, nach denen die Islamisten den Erfolg der Piraten feiern und sich – zumindest auf der verbalen Ebene – mit ihnen solidarisieren (vgl. ZEIT Online 13.04.2009).



wenn es kein legitimes politisches Machtzentrum gibt und die ökonomische und humanitäre Lage der Menschen nicht sichtbar verbessert wird.

Stärkung und Wahrung der Legitimität. Ein umfassendes Vorgehen ist nicht nur sicherheitspolitisch dringend geboten. Es würde auch die Glaubwürdigkeit der externen Akteure erhöhen, die bisher nur im kurzfristig verstandenen Eigeninteresse gegen die Piraterie vor Somalias Küsten vorgehen. Die Frage der Glaubwürdigkeit ist keinesfalls nachrangig. Es geht darum, das eigene Handeln wirksam zu legitimieren. Auch in Somalia gilt es, „Herzen und Köpfe zu gewinnen“. Nur so lässt sich ein mittelfristig verlässlicher Fortschritt in der Verminderung der Piraterie erzielen. Der erste Kritikpunkt betrifft den Umstand, dass während die internationale Staatengemeinschaft relativ schnell bereit war, mit militärischen Mitteln gegen die Piraterie vor Somalia vorzugehen, nie auch nur ansatzweise vergleichbare Initiativen entstanden, um mit der humanitären Not und der weit verbreiteten Armut auch die Perspektivlosigkeit im Land zu reduzieren. Der zweite Kritikpunkt zielt im Kern in dieselbe Richtung: Die Staatengemeinschaft legt unterschiedliche Maßstäbe an. Sie geißelt die Piraterie gegen die globale Handelsschifffahrt – ihren auch externen Dimensionen gegenüber herrscht Ignoranz! So kommt es, dass Staaten, deren Hochseefischereiflotten noch bis vor Kurzem rechtswidrig vor Somalia gefischt haben, nunmehr – mandatiert durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen – Kriegsschiffe entsenden, um den dortigen Seeraum zu patrouillieren. Folglich besteht seitens vieler somalischer Küstenbewohner zu Recht ein erhebliches Maß an Skepsis gegenüber der Staatengemeinschaft und sie verstehen deren Vorgehen als Ausdruck eines fehlenden moralischen Bewusstseins gegenüber den somalischen Herausforderungen. Die Piraterie verfügt über Rückhalt entlang den Küsten. Sie spült immerhin etwas Geld in einen vergessenen Teil der Welt, dem es ohne die Piraterie wirtschaftlich besser gehen muss als mit ihr.

Fazit

Es gibt keine kurzfristige Lösung für „Somalia“. Ordnung und Stabilität sind als Fernziele zu verstehen. Wer aufgrund kurzfristiger Erwartungen scheinbare Lösungen über das Knie bricht, läuft Gefahr, sich in den Realitäten des Staatszerfalls zu verlieren und durch sein Handeln eine weitere, vielleicht folgenschwere Verschlimmerung der Situation in und vor Somalia zu provozieren. Wer aber längerfristig planen will, der sollte begreifen: längerfristig bedeutet „über eine sich stetig verlängernde Zeit“. Ein solches Vorgehen ist nach aller Voraussicht mit Rückschlägen verbunden. *Ist die internationale Gemeinschaft bereit, die benötigten Mittel und die Geduld für ein langfristiges Engagement aufzubringen?* Anderenfalls wäre ein erneutes Scheitern vorprogrammiert.

Der Umgang mit dem Problem der Piraterie offenbart sich als ein Dilemma. Es bewegt sich im *Spannungsfeld zwischen Kurz- und Langfristigkeit*. Handel und internationale Öffentlichkeit verlangen nach kurzfristigen Erfolgen. Wirklich nachhaltige Fortschritte brauchen jedoch ihre Zeit. Erfolgversprechende Strategien sind komplex, wirkungslos und teuer. Schon kleinere Fehleinschätzungen können zu schweren Verwerfungen führen. Dabei müssen *Staats- und Institutionenaufbau* den lokalen Bedürfnissen entsprechen, dürfen Unkenntnis, Vorbehalte oder verzerrte Wahrnehmungsmuster weder die Verhandlungsbereitschaft der internationalen Gemeinschaft hemmen noch die Auswahl ihrer Verhandlungspartner dominieren. Gefragt ist ein längerfristig-pragmatischer Lösungsansatz. Dogmatisches und kurzsichtiges Vorgehen sind Hemmnisse auf dem Weg zu einer politischen, legitimen und letztlich auch tragfähigen Lösung für das somalische Seesicherheitsproblem.



2.3 Global Zero

Götz Neuneck

Die internationale Debatte um die Erreichbarkeit einer Welt ohne Nuklearwaffen



Die Vision einer Welt, die frei von Nuklearwaffen ist, wird seit einem Jahr unter dem Stichwort „Global Zero“ national wie international diskutiert. In Zeitungsbeiträgen haben ehemalige hochrangige Staatsmänner aus den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Italien, den Niederlanden, Polen und Norwegen eine Debatte angestoßen, die zur Wiederbelebung von Rüstungskontrolle und Abrüstung geführt hat. US-Präsident Barack Obama hat in seiner Prager Rede am 5. April 2009 die Bereitschaft Amerikas erklärt, „den Frieden und die Sicherheit in einer Welt ohne Atomwaffen anzustreben“. Er hat insbesondere die moralische Verantwortung der USA hervorgehoben und verkündet: „Um die Denkmuster des Kalten Kriegs zu überwinden, werden wir die Rolle von Atomwaffen in unserer nationalen Sicherheitsstrategie reduzieren.“¹ Der strategische Dialog mit Russland ist wieder in Gang gekommen. Wesentliche Ziele und Vorschläge der Rüstungskontroll-Community, die in den letzten Jahrzehnten von Nichtregierungsorganisationen, Think Tanks und Kommissionen erarbeitet wurden, sind Bestandteil von Regierungspolitik geworden. Sam Nunn hat das erwünschte Ziel einer atomwaffenfreien Welt mit einem Gipfel verglichen, der in Wolken gehüllt ist, aber erreicht werden muss. Es führen viele Wege zum Gipfel, aber die genaue Route liegt noch nicht fest. Natürlich gibt es auf dem Weg holprige Strecken, gefährliche Abgründe und schier unüberwindbare Steigungen. Präsident Obama hatte zugleich in seiner Prager Rede vor zu hohen Erwartungen gewarnt: „Dieses Ziel wird nicht schnell erreicht werden – möglicherweise nicht zu meinen Lebzeiten. Es wird Geduld und Beharrlichkeit erfordern.“²

Die Wiederbelebung des Ziels der Schaffung einer nuklearwaffenfreien Welt

Die Wiederbelebung der Debatte um eine atomwaffenfreie Welt begann mit einem Artikel der amerikanischen „Gang of Four“ George Shultz, Henry Kissinger, William Perry und Sam Nunn, der als sogenanntes „Op-Ed“ am 4. Januar 2007 im Wall Street Journal unter dem Titel „A World Free of Nuclear Weapons“ erschien. Der Grund, die Vision einer nuklearwaffenfreien Welt wieder in den Ring zu werfen, wird mit der Gefahr erklärt, dass die Erde vor einem „neuen und gefährlichen Nuklearzeitalter“ steht. Der zweite Beitrag der „Gang of Four“ mit dem Titel „Toward a Nuclear-Free World“ vom 15. Januar 2008³ ist weitaus umfassender und spezifischer. In acht Schritten werden die bereits gemachten Vorschläge, so u.a. die Stärkung des Nichtverbreitungsvertrages (NVV) konkretisiert.

Die erste Reaktion ehemaliger Politiker kam am 30. Juni 2008 aus Großbritannien, einer der etablierten kleinen Nuklearwaffenstaaten: Unter dem Titel: „Start Worrying and Learn to Ditch the Bomb“ solidarisierten sich die drei ehemaligen britischen Außenminister Douglas Hurd, Malcolm Rifkind, David Owen und der vormalige NATO-Generalsekretär George Robertson mit den US-Beiträgen. Einen Monat später erschien am 24. Juli 2008 im Corriere della Sera ein Beitrag der ehemaligen italienischen Außenminister Massimo D’Alema und Gianfranco Fini sowie Giorgio La Malfa, Arturo Parisi und Francesco Calogero.

Am 9. Januar 2009 meldete sich in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ ein weiteres überparteiliches Quartett renommierter Ex-Politiker zu Wort. Bundeskanzler a.D. Helmut Schmidt, der ehe-

1 Obamas Rede im Original und in deutscher Übersetzung unter: <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Atomwaffen/obama4.html>.

2 Ebenda.

3 Unter: <http://online.wsj.com/article/SB120036422673589947.html>.



malige Bundespräsident Richard von Weizsäcker, Staatsminister a.D. Egon Bahr und Ex-Außenminister Hans-Dietrich Genscher sprachen sich unter dem Titel „Für eine atomwaffenfreie Welt“⁴ für die Vision einer Welt ohne Nuklearwaffen aus und forderten drastische Reduktionen der Atomwaffenarsenale. Sie schrieben: „Alle atomaren Kurzstreckenwaffen müssen vernichtet werden“ und forderten explizit einen Abzug der „restlichen amerikanischen Atomsprengköpfe aus der Bundesrepublik Deutschland“ sowie eine Abkehr von der Option des Ersteinsatzes („No first-use“) von Nuklearwaffen durch die NATO und Russland.“ Das deutsche Op-Ed verweist auf die Notwendigkeit, auch konventionelle Abrüstung einzubeziehen und erwähnt als einzige den Vorschlag des russischen Präsidenten Medwedew, ein umfassendes Sicherheitssystem in Europa zu etablieren. Die Politiker betonen, dass die Wiedervereinigung Deutschlands durch Entspannung und Zusammenarbeit der ehemaligen Blockgegner erreicht wurde und „historische Fortschritte der Abrüstung und Rüstungskontrolle für ganz Europa“ gestattete. Weitere Beiträge von Politikern aus Norwegen (Juni 2009), Polen (April 2009), den Niederlanden (November 2009) und Frankreich (Oktober 2009) zeigten, dass insbesondere in den westlichen Staaten neben der Notwendigkeit verstärkter Abrüstung und Rüstungskontrolle das Ziel einer nuklearwaffenfreien Welt unterstützt wird. Die meisten Vorschläge sind zunächst pragmatisch und treten für eine Wiederbelebung des Rüstungskontrolldialogs ein. Eine nuklearwaffenfreie Welt wird als wünschenswert, jedoch als Fernziel angesehen.

Reaktionen einiger Regierungen

Einige westliche Regierungen reagierten positiv auf die Beiträge der Ex-Politiker. Die damaligen US-Präsidentschaftskandidaten Obama und McCain übernahmen weitgehend die „Agenda der Gang of Four“. Die westlichen Nuklearwaffenstaaten haben einige Schritte in die vorgegebene Richtung angekündigt. Der britische Premier Gordon Brown hob bei einer Rede in Neu-Delhi im Januar 2008 die Notwendigkeit hervor, „den Abrüstungsprozess unter den Nuklearwaffenbesitzern zu beschleunigen, um die Proliferation in weitere Staaten zu verhindern und um schließlich eine atomwaffenfreie Welt zu erreichen“⁵. Die britische Regierung hat eine Expertenkonferenz der Nuklearwaffenstaaten vorgeschlagen, um die Möglichkeiten zur Verifikation nuklearer Abrüstung zu spezifizieren. Die französische Regierung reagierte verhaltener, hat jedoch eine Verringerung ihres Nukleararsenals nicht ausgeschlossen. Der indische Premierminister Manmohan Singh sagte bei der Eröffnung einer Konferenz „Towards A World Free of Nuclear Weapons“ in Neu-Delhi im Juni 2008, dass „Indien voll der nuklearen Abrüstung verpflichtet ist, die global, universell und nichtdiskriminierend ist“⁶. Der russische Premier Wladimir Putin bemerkte bei einem Treffen mit Außenminister Frank-Walter Steinmeier im Juni 2009, dass der Kreml erwägen würde, sein Nukleararsenal aufzugeben, wenn andere Länder dies ebenfalls täten. UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon hat in einer Ansprache am 24. Oktober 2008 zur nuklearen Abrüstung einen Fünf-Punkte-Plan vorgestellt, in dem er u.a. verstärkte Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen zur Verifikation, mehr Transparenz, völkerrechtliche Regelungen, Sicherheitsmaßnahmen und die Möglichkeit einer Aufnahme von Verhandlungen für eine Nuklearwaffenkonvention forderte.

Auch in der Bundespolitik zeigt sich der Einfluss der internationalen Debatte. Im Koalitionsvertrag der konservativ-liberalen Bundesregierung ist zu lesen: „Wir unterstützen mit Nachdruck die von US-Präsident Obama unterbreiteten Vorschläge für weitgehende neue Abrüstungsinitiativen – einschließlich des Zieles einer nuklearwaffenfreien Welt.“ Die Regierung will sich im Rahmen der NATO für einen Abzug der in Deutschland verbliebenen Nuklearwaffen einsetzen und die Rüstungskontrollarchitektur wie z.B. den KSE-Vertrag stärken. Außenminister Guido Westerwelle erklärte am 6. Februar 2010 auf der 46. Münchner Sicherheitskonferenz: „Nukleare Abrüstung und

4 Unter: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/Themen/Abruestung/090116-AtomwaffenFAZ.pdf>.

5 Gordon Brown, Speech at the Chamber of Commence in Delhi, 21 January 2008, unter: <http://www.nuclearsecurityproject.org/atf/cf/%7B1FCE2821-C31C-4560-BEC1-BB4BB58B54D9%7D/GORDON%20BROWN%20IN%20INDIA%2001%2008.PDF>

6 Rede unter: <http://pmindia.nic.in/lspeech.asp?id=688> (eigene Übersetzung).



konventionelle Abrüstung müssen Hand in Hand gehen“. Im Bundestag treten die meisten Parteien für den Abzug der US-amerikanischen Nuklearwaffen aus Europa ein.

Natürlich blieben Kritik, Skeptizismus und Ablehnung an den verschiedenen Vorschlägen nicht aus. Verteidigungsexperten wie Harrison Brown und John Deutch schrieben, dass „das angestrebte Ziel, der Beseitigung aller Nuklearwaffen kontraproduktiv sei“. US-Senator Kyl sagte, dass die „nationale Sicherheit der USA – und die unserer Freunde und Alliierten – keine nuklearwaffenfreie Welt in der voraussehbaren Zukunft erlaubt“. Hier werden einige wesentliche Argumente der Gegner von Global Zero angesprochen. Zum einen betrifft dies das Bereithalten von Nuklearwaffen zum Schutz von befreundeten Staaten („extended deterrence“), zum anderen die Ambiguität von Nuklearwaffen gegenüber allen denkbaren Bedrohungen, auch durch Staaten und Gruppen, die nicht über Nuklearwaffen verfügen. In manchen Nichtnuklearwaffenstaaten werden die Initiativen mit Skepsis betrachtet und teilweise als Propaganda oder pure Rhetorik angesehen. Es ist dennoch davon auszugehen, dass das Ziel der Schaffung einer atomwaffenfreien Welt allgemein als wünschenswert angesehen wird. Der genaue Weg und die Rahmenbedingungen für eine nuklearwaffenfreie Welt sind bisher jedoch wenig konturiert. Lediglich die erste Phase, nämlich Verringerung der horrenden Nukleararsenale und die Entrümpelung Einsatzdoktrinen könnte unmittelbar eingeleitet werden.

Chancen und Hindernisse in der nuklearen Welt von heute

Ein Blick auf die aktuelle Situation verdeutlicht die Notwendigkeit tiefgreifender Reduzierungen nuklearer Waffen. Mehr als 20 Jahre nach Ende des Ost-West-Konflikts verfügen die Nuklearwaffenstaaten noch immer über ca. 23.000 Nuklearwaffen, mehr als 90 Prozent davon allein im Besitz der USA und Russlands. Ca. 9.000 davon sind einsatzbereit und mehrere tausend amerikanischer und russischer Sprengköpfe befinden sich in einem hohen Alarmzustand. Zudem ist die Zahl sogenannter taktischer Nuklearwaffen beider Staaten nicht genau bekannt. Die NATO beharrt auf der Stationierung von ca. 150-240 US-amerikanischen Sprengköpfen in Europa, während Russland den Rückgriff auf seine ca. 2.000 eingelagerten taktischen Sprengköpfe mit der konventionellen Überlegenheit der NATO rechtfertigt. Die Nukleardoktrinen beider Akteure sehen den Ersteinsatz von Nuklearwaffen vor – in einem politischen Umfeld, in dem der Einsatz solcher Waffen heute undenkbar ist. Die horrend hohen Arsenale beider Nuklearmächte resultieren aus den Erst- und Zweitschlagsszenarien des Kalten Krieges.

Indien und Pakistan, beide neben Israel nukleare Schwellenländer, liefern sich seit Jahren einen nuklearen Rüstungs- und Raketenwettlauf. Es besteht die große Gefahr, dass zwischen „guten“ und „schlechten“ Nuklearmächten unterschieden wird. Israels „opakes“ Nukleararsenal wird vom Westen billigend hingenommen, ohne dass eine Rüstungskontrolllösung ernsthaft angestrebt wird. Bisher ist es der Weltgemeinschaft nicht gelungen, diese „nuklearen Outsider“ in ein Begrenzungsregime zu integrieren oder ihnen einen Abrüstungsfahrplan abzutrotzen. Das isolierte, unter UN-Sanktionen stehende Nordkorea, das aus dem NPT ausgetreten ist, hat 2006 und 2009 unterirdische Nukleartests durchgeführt und unterhält ein aggressives Raketenprogramm. Es ist, ebenso wie der „Vater des pakistanischen Nuklearprogramms“ Abdul Qadeer Khan für die Weiterverbreitung von Raketen- und nuklearen Herstellungstechnologien verantwortlich, insbesondere nach Libyen, Iran und Syrien. Der Streit um das iranische Nuklearprogramm ist trotz der erklärten Dialogbereitschaft der Obama-Administration bisher nicht gelöst. Die Urananreicherung schreitet voran, die UN-Sanktionen zeigen keine Wirkung und der Ruf nach einer kriegerischen Lösung wird wieder lauter. Eine militärische Lösung des Konflikts könnte den Mittleren Osten ebenso destabilisieren wie die ungehemmte Proliferation von Nukleartechnologien in der Region.

Eine Fokussierung auf die Reduzierung von strategischen Waffen überdeckt auch das Problem der Sicherheit der Produktion, Lagerung und Zerstörung waffenfähiger Materialien. Diese spaltbaren Materialien wie angereichertes Uran oder Plutonium sind sowohl im militärischen wie zivilen Nuklearbereich verschiedener Staaten zu finden, die zivile Kernenergienutzung betreiben. Angesichts großer, teilweise ungesicherter Spaltstoffmengen stellt sich immer wieder die Frage, wie sicher die



Lager- und Produktionsstätten wirklich sind. Die erwartete „Renaissance der Nuklearenergie“ wird die Proliferationsproblematik eher verschärfen, zumal den Nichtnuklearwaffenstaaten die zivile Nutzung der Kernenergie zusteht, also auch Iran. Die International Atomic Energy Agency hat sich für 1.400 neue Nuklearreaktoren bis zum Jahr 2050 ausgesprochen. Es kann nicht als Zufall angesehen werden, dass neben Iran 13 weitere Staaten im Mittleren Osten ihr Interesse an ziviler Kernenergienutzung erklärt haben.

Die ersten Schritte und zentralen Ziele der Obama Administration sind der Abschluss eines START-Nachfolgeabkommens, eines FMCT-Vertrags (Fissile Material Cut-off) und die Ratifizierung des Umfassenden Teststoppvertrags (Comprehensive Test-Ban Treaty, CTBT) sowie der anderen Verträge im US-Kongress.

START: Neustart der bilateralen strategischen Abrüstung und globalen Rüstungskontrolle

Der bilaterale START-I-Vertrag von 1991 zwischen den USA und Russland ist ausgelaufen und wird wohl in den nächsten Monaten durch ein Folgeabkommen ersetzt werden. Die bilateralen Gespräche über mögliche Reduzierungen laufen und zeigen erste Erfolge. Beim Gipfeltreffen der Präsidenten Dmitri Medwedew und Barack Obama in Moskau im Juli 2009 konnte bereits eine Rahmenvereinbarung erzielt werden, der zufolge eine Reduzierung auf 1.500-1.675 Sprengköpfe und 500-1.100 strategische Trägersysteme erreicht werden soll. Aufgrund des ungelösten Streits um die Raketenabwehr, der konventionellen Überlegenheit der NATO und der überlegenen militär-technischen Fähigkeiten der USA zeigt sich Russland zunächst an tieferen Einschnitten wenig interessiert.

Alle Initiativen ehemaliger Politiker sind sich in der Forderung nach dem schnellen Inkrafttreten des CTBT einig. US Präsident Obama hat die Ratifikation des CTBT durch den US-Kongress als wichtiges Ziel seiner Außen- und Rüstungskontrollpolitik bezeichnet. Der Vertrag kann jedoch erst in Kraft treten, wenn neun noch ausstehende Staaten (USA, China, Indien, Pakistan, Iran, Israel, Ägypten, Indonesien und Nordkorea) den Vertrag ratifizieren. Den USA wird dabei die Schlüsselrolle zugewiesen. Es besteht aber die Gefahr, dass Obama die erforderliche Mehrheit von 67 Stimmen im US-Senat nicht erreichen kann, insbesondere nach den Kongress-Wahlen im November 2010. Dennoch ist sich die internationale Staatengemeinschaft darin einig, dass der CTBT unbedingt umgesetzt werden muss.

Ein verifizierbarer Vertrag über die Beendigung einer Spaltproduktion (FMCT) wird in fast allen Op-Eds gefordert. Die etablierten Nuklearwaffenstaaten haben die Produktion von spaltbarem Material für die Bombenproduktion eingestellt, da sie inzwischen über genügend Spaltmaterial verfügen. Die De-facto-Nuklearwaffenstaaten Israel, vor allem aber Indien und Pakistan hingegen stellen weiterhin Spaltmaterial für die Bombenproduktion her. Definitions-, Notifikations- und Verifikationsfragen sowie die Einbeziehung des zivilen Brennstoffkreislaufs sind hier wichtig. Eine gerechte Balance kann erst dann hergestellt werden, wenn die vorhandenen Bestände mit einbezogen und kontrolliert werden. Die Genfer Abrüstungskonferenz hat seit Mai 2008 zwar wieder ein Arbeitsprogramm, aber mit der konkreten Arbeit konnte aufgrund eines Vetos von Pakistan bisher nicht begonnen werden.

Der Abschluss eines START-Folgeabkommens, die Aussichten auf weitere tiefe Einschnitte in die Nukleararsenale der beiden großen Nuklearmächte und die eingeleitete CTBT-Ratifizierung dürften einen positiven Einfluss auf die Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrags (Non-Proliferation Treaty, NPT) im Mai 2010 haben. Angesichts der Global-Zero-Debatte sind die Erwartungen auf einen erfolgreichen Abschluss der alle fünf Jahre stattfindenden NPT-Konferenz groß. Nachdem im Jahr 2000 ein 13-Punkte-Programm verabschiedet, aber nicht umgesetzt werden konnte und im Jahre 2005 keinerlei Fortschritt erreicht wurde, wäre ein abermaliges Scheitern für die Zukunft des NPT fatal. Konsens, Kooperation und Einigkeit auf vielen Seiten sind nötig, um die Konferenz zu Teilerfolgen zu führen.

Die Ziele der neuen Obama-Administration sind ambitioniert. Entscheidend wird sein, inwieweit es gelingt, der Nuklearbürokratie und den sich wieder formierenden Republikanern eine Reduzierung



der Rolle von Nuklearwaffen im 21. Jahrhundert und den Verzicht auf einen Ersteinsatz abzurufen. Die enormen Unterhaltungskosten für Nuklearwaffen – in den USA betrug das Budget für nukleare Sicherheit 2008 33 Milliarden Dollar – die Gefahr des Nuklearterrorismus und die Tatsache, dass Nuklearwaffen die einzigen Kriegsmittel sind, die dem US-Militär längerfristig gefährlich werden können, sollte zur Einsicht verhelfen, dass die vorhandenen Arsenale drastisch reduziert werden können. Wenn nur noch die Kernfunktion von Nuklearwaffen, nämlich die Abschreckung, die künftige Planung der Arsenale bestimmt, sind Reduzierungen auf weit weniger als tausend Sprengköpfe pro Seite möglich. Aber auch andere Staaten, allen voran die etablierten Atommächte wie Russland und China, müssen davon überzeugt werden, weitere Abrüstungsschritte zu unternehmen.

Nächste Schritte: Welche weiteren Wege in eine nuklearwaffenfreie Welt sind möglich?

Sollten die beiden nuklearen Großmächte eine Zielgröße von 1000 bis 500 Sprengköpfe je Seite erreichen, so könnten im nächsten Schritt die drei anderen etablierten Nuklearmächte in weitere Reduzierungen mit einbezogen werden und ebenfalls proportional abrüsten. In diesen multilateralen Verhandlungen müssen auch wichtige Fragen wie die Zerstörung der Sprengköpfe, verbesserte Safeguards und die Überprüfung der Vertragseinhaltung behandelt werden. Schließlich bestünde der dritte Schritt darin, ein Abkommen zwischen allen Nuklearwaffenstaaten auszuarbeiten, das auf Global Zero, d.h. auf die vollständige Aufgabe der Herstellung, des Besitzes und des Einsatzes von Nuklearwaffen abzielt. Je kleiner die Arsenale werden, umso dringlicher stellen sich wichtige Fragen, die es in internationaler Zusammenarbeit zu beantworten gilt: Wurden alle Sprengköpfe tatsächlich vernichtet? Wurde das waffenfähige Material irreversibel zerstört? Ist sichergestellt, dass kein Staat ein heimliches Herstellungsprogramm betreibt? Kann überprüft werden, ob zivile Nuklearlager nicht für Waffenprogramme verwendet werden? Besitzen Staaten das Potenzial, das ihnen eine nukleare Wiederaufrüstung gestattet? Welche Rolle spielt Raketenabwehr in einer atomwaffenfreien Welt? Sicher sind manche dieser Fragen nicht leicht zu beantworten, dennoch sind die Rede von Präsident Obama und die Appelle der ehemaligen Politiker eine Aufforderung, die Denkweisen, Instrumente und Doktrinen des Kalten Krieges endgültig zu überwinden und den Einsatz von Nuklearwaffen zu ächten. Die USA haben als weiterhin stärkste Militärmacht der Erde die Führung auf dem Weg in eine nuklearwaffenfreie Welt übernommen. Dies ist ohne die Mithilfe befreundeter Staaten, Organisationen und Fachleute, ohne Geduld, Zeit, wissenschaftliche und sicherheitspolitische Expertise nicht zu schaffen. Eine weltweite Anstrengung ist nötig, um die Hürden zu nehmen. Aber jetzt ernsthaft damit zu beginnen, kann dazu beitragen sicherzustellen, dass nicht eines Tages wieder Nuklearwaffen eingesetzt werden.



3. Arbeitsbereiche – Forschungs- und Beratungsprojekte

3.1 Zentrum für OSZE-Forschung (CORE)

Das Zentrum für OSZE-Forschung / Centre for OSCE Research (CORE) versteht sich als unabhängige Forschungseinrichtung, die wissenschaftliche Forschungs- und Beratungsprojekte in synergetischer Weise verbindet. Dabei stellt die Forschung die unverzichtbare Grundlage für verantwortungsvolle Beratung dar. Umgekehrt ergeben sich aus der Beratungstätigkeit stets neue Herausforderungen an die wissenschaftliche Forschung.

Nachdem sich CORE in einem ersten Projektzyklus (1999-2006) auf die Handlungsinstrumente der OSZE und anderer internationaler Organisationen zur Krisenregulierung konzentriert hatte, fokussiert die zweite Projektgeneration stärker auf Herrschaftsstrukturen, transnationale Konfliktkonstellationen und die Vertiefung von Regionalexpertise in Russland und Zentralasien. Den Einstieg bildete 2007 ein Diskurs- und Publikationsprojekt zur Entspannung des säkular-islamischen Verhältnisses in Zentralasien und dessen auf Kirgisistan fokussierte Fortführung 2008. 2009/2010 steht die Erarbeitung von Projektanträgen zur russischen Sicherheitspolitik gegenüber westlichen internationalen Organisationen (NATO, EU, OSZE, Europarat), Russlands Außenpolitik gegenüber den zentralasiatischen Staaten sowie zu einer vergleichenden Analyse der Handlungsmuster kasachischer, turkmenischer und usbekischer Außenpolitik im Vordergrund.

Im Bereich der wissenschaftlichen Nachwuchsförderung wurden zwei Dissertationen fertiggestellt, vier fortgeführt und eine neu begonnen. Dabei verschieben sich die Thematiken in regionaler Hinsicht vom westlichen Balkan nach Zentralasien. Neu hinzugekommen ist das Thema konventionelle Rüstungskontrolle in Europa.

Einen ersten Höhepunkt 2009 markierte die Herausgabe des Bandes „Die Zukunft konventioneller Rüstungskontrolle in Europa / The Future of Conventional Arms Control in Europe“ durch Wolfgang Zellner zusammen mit Hans-Joachim Schmidt (HSFK) und Götz Neuneck (IFAR/IFSH). Der Band kam auf Initiative des Auswärtigen Amtes zustande und wurde von Staatsminister Gernot Erler auf einer vom AA veranstalteten Hochrangigen Expertentagung vorgestellt. In seinen 24 Beiträgen kommen fast alle führenden KSE-Experten zu Wort. Dieses Buchprojekt steht in Zusammenhang mit der Erarbeitung eines Projektantrags zur Krise des europäischen Rüstungskontrollregimes. Auf allgemeinerer sicherheitspolitischer Ebene wurden 2009 auf Tagungen und durch Veröffentlichungen Beiträge zum Korfu-Prozess der OSZE geleistet, dem aktuell einzigen umfassenden Sicherheitsdialog in Europa.

Einen zweiten Schwerpunkt bildete die Durchführung des dritten CORE-Trainings zur Vorbereitung auf den OSZE-Vorsitz vom 1.-14. Juni 2009 in Wien. Zum ersten Mal kamen die Trainees aus zwei künftigen Vorsitzländern: Zwölf litauische und sechs kasachische Diplomaten/innen hatten zwei Wochen Gelegenheit, ihre künftigen Kolleginnen und Kollegen innerhalb der OSZE-Troika kennen zu lernen. Eine zweite Novität des



Diana Becheri (Chisinau State University), und Diana Digol nach ihrem gemeinsamen Vortrag im Forschungskolloquium mit Wolfgang Zellner



Trainings bestand darin, dass für den theoretischen Teil in der ersten Woche drei unterschiedliche Spezialisierungen angeboten wurden, während die Gruppe in der zweiten Woche wieder im Plenum tagte bzw. eine Reihe hochrangiger OSZE-Gesächspartner (nationale Delegationen, Sekretariat) traf. Mit seinen Trainings zur Vorbereitung auf den OSZE-Vorsitz hat CORE eine wirkliche Innovation entwickelt, etwas, was von keiner anderen Einrichtung angeboten wird.

Größere Forschungsprojekte

CORE-09-F-01: Diversifizierung oder Restauration? Eine vergleichende Analyse von Handlungsmustern in der kasachischen, turkmenischen und usbekischen Außenpolitik 1991-2011

Die zentralasiatischen Staaten sind von wachsender Bedeutung für die strategische Stabilität und Energieversorgungssicherheit Europas. Vor diesem Hintergrund wiegt umso schwerer, dass die inneren und äußeren Bedingungsfaktoren der Außenpolitiken der zentralasiatischen Staaten noch weithin unverstanden sind. Die zentrale Fragestellung des Projektvorhabens ist deshalb, welche Faktoren die außenpolitischen Handlungsmuster Kasachstans, Turkmenistans und Usbekistans im Spektrum zwischen kompetitivem Bilateralismus und eher schwachem Multilateralismus bedingen und welcher Stellenwert dabei (a) den innenpolitischen Bedürfnissen der unterschiedlich weit entwickelten neopatrimonialen Regime und (b) den kompetitiv bilateral (Russland, China, USA) bzw. schwach multilateral (EU) angelegten Kooperationsansätzen externer Akteure zukommt. Unsere Grundannahme lautet, dass die beiden entscheidenden Faktoren für das außenpolitische Verhalten Kasachstans, Turkmenistans und Usbekistans zum einen in der Qualität der Herrschaftssysteme dieser Staaten, zum anderen in ihrer jeweiligen Dependenzsituation zu suchen sind. Dieser Zusammenhang wird durch die jeweiligen Kooperationsstrategien externer Akteure weiter qualifiziert. Ziel des Vorhabens ist es, genaueren Aufschluss über das Zusammenwirken innen- und außenpolitischer Faktoren bei der Formulierung von Außenpolitiken in Kasachstan, Turkmenistan und Usbekistan zu erreichen. Das 2008 von der Volkswagen-Stiftung abgelehnte Projektvorhaben wurde 2009 grundlegend refokussiert und soll 2010 neu eingereicht werden.



Journalisten aus Zentralasien und Kasachstan besuchen im Rahmen ihrer vom Auswärtigen Amt organisierten Deutschlandreise CORE

CORE-09-F-02: Russian Foreign Policy in and vis-à-vis Western (Dominated) International Organizations (EU, NATO, CoE, OSCE)

Während es eine Reihe von Einzelpublikationen gibt, die das Verhalten der Russischen Föderation in bzw. gegenüber EU, NATO, OSZE und Europarat in bestimmten Phasen oder bezüglich bestimmter Fragen analysieren oder die russische Politik gegenüber dem Westen insgesamt als inkohärent präsentieren, fehlt eine umfassendere Studie, die das russische Verhalten in diesen vier internationalen Organisationen im Zusammenhang und in wechselseitiger Verknüpfung untersucht. Von daher will das Projektvorhaben untersuchen, inwieweit die russische Politik gegenüber dem Westen in den vier untersuchten internationalen Organisationen konsistent ist bzw. inwieweit Russland seine Präsenz in allen vier Organisationen nutzt, um Positionsgewinne durch paralleles oder selektives Vorgehen, Kompensation oder *Forum Shopping* zu maximieren. Unsere



Grundannahme lautet, dass das russische Vorgehen relativ kohärent auf Positionsgewinne in materiellen Interessenpositionen zielt, dass aber quer dazu auch immaterielle Faktoren (Emotionen, Wahrnehmungen und „Prestige / Respekt“) Bedeutung erlangen können. Ziel des Vorhabens ist es, genauere Einsichten über Kontinuität vs. Diskontinuität, Parallelität vs. Unverbundenheit, Kompensationsversuche und Junktims sowie das relative Gewicht materieller und subjektiver Interessen in der russischen Politik in bzw. gegenüber der EU, der NATO, dem Europarat und der OSZE zu gewinnen. Der 2009 vorbereitete Projektantrag soll 2010 gestellt werden.

CORE-09-F-03: Russlands Außenpolitik gegenüber den zentralasiatischen Staaten

Die russische Außenpolitik gegenüber den zentralasiatischen Staaten wird meistens vereinfacht als postimperiale Raum- und Ressourcensicherung verstanden. Angesichts der wachsenden Bedeutung Zentralasiens für die strategische Stabilität und Energieversorgungssicherheit Europas wäre ein differenzierteres Verständnis dieses unterbeforschten Arbeitsbereichs wünschenswert. Von daher soll untersucht werden, welche materiellen (Machtstreben, Ressourcenzugang) und immateriellen (Großmachtidentität) Faktoren russische Außenpolitik gegenüber den zentralasiatischen Staaten bestimmen. Unsere Grundannahme lautet, dass die russische Außenpolitik von einem noch zu klärenden Verhältnis materieller und immaterieller Bedingungsfaktoren motiviert wird. Dieser Zusammenhang wird durch das jeweilige Verhalten der einzelnen zentralasiatischen Staaten und die Kooperationsstrategien anderer externer Akteure weiter qualifiziert. 2009 wurden Vorbereitungsschritte für einen Projektantrag getätigt, der im Folgejahr ausgearbeitet werden soll.

CORE-09-F-04: Die Krise des europäischen Rüstungskontrollregimes

Mit dem Ende des Kalten Krieges ist in Europa ein konventionelles Rüstungskontrollregime eingerichtet worden, das sowohl hinsichtlich seiner materiellen Regelungsdichte als auch seiner Transparenz- und Verifikationsbestimmungen als weltweit einmalig gelten kann. Dieses Regime ist während der letzten zehn Jahre in einem Ausmaß untergraben worden, dass sein Kollaps nicht mehr ausgeschlossen werden kann. Trotz zahlreicher Einzelargumente fehlt es an einem umfassenderen Verständnis für diesen Prozess. Die zentrale Fragestellung lautet daher, welche Interessenpositionen von Schlüsselstaaten (USA, Russland, Deutschland, Frankreich, Polen, Türkei) auf subregionaler und europäischer Ebene bzw. im Verhältnis zwischen den USA und Russland den Verfall des europäischen Rüstungskontrollregimes begünstigt haben und wie diese Faktoren miteinander verbunden sind. Dabei ist unsere Grundannahme, dass die Verbindung subregionaler Sezessionskonflikte (Georgien und Moldau) mit Veränderungen der europäischen Sicherheitsstrukturen (NATO-Erweiterung) das Rüstungskontrollregime entscheidend beeinflusst hat. Im Berichtsjahr wurde ein Projektantrag vorbereitet, der 2010 ausgearbeitet und gestellt werden soll.



**CORE-Projekte**

Signatur	Titel
CORE-09-F-01	Diversifizierung oder Restauration? Eine vergleichende Analyse von Handlungsmustern in der kasachischen, turkmenischen und usbekischen Außenpolitik 1991-2011 (Projektleitung: <i>Wolfgang Zellner</i> , Bearbeiterin: <i>Anna Kreikemeyer</i>)
CORE-09-F-02	Russian Foreign Policy in and Vis-à-vis Western (Dominated) International Organizations (EU, NATO, CoE, OSCE) (Projektleitung: <i>Wolfgang Zellner</i> ; Bearbeiterin: <i>Elena Kropatcheva</i>)
CORE-09-F-03	Russlands Außenpolitik gegenüber den zentralasiatischen Staaten (Projektleitung: <i>Wolfgang Zellner</i> ; Bearbeiterin: <i>Diana Digol</i>)
CORE-09-F-04	Die Krise des europäischen Rüstungskontrollregimes (Projektleitung: <i>Wolfgang Zellner</i> ; Bearbeiter: <i>Ulrich Kühn</i>)
CORE-09-P-01	Begleitprojekt „Kasachstans OSZE-Vorsitz 2010“ (Projektleitung: <i>Wolfgang Zellner</i>)
CORE-09-P-02	Herausgabe OSZE-Jahrbuch (Projektleitung: <i>Ursel Schlichting</i>)
CORE-09-P-03	Wandel euro-atlantischer Sicherheitsstrukturen (Korfu-Prozess)
CORE-09-P-04	Herausgabe des Bandes „Die Zukunft konventioneller Rüstungskontrolle in Europa / The Future of Conventional Arms Control in Europe“, Baden-Baden 2009 im Auftrag des Auswärtigen Amtes (<i>Wolfgang Zellner</i> mit Hans-Joachim Schmidt und <i>Götz Neuneck</i>)
CORE-09-NF-01	Russian Policy towards Ukraine as a Source of Contention with the West (Bearbeiterin: <i>Elena Kropatcheva</i>)
CORE-09-NF-02	United Nations Field Operations in Ethno-Political Conflicts. On the Effectiveness of UNOMIG Mediation between Georgia and Abkhazia (Bearbeiterin: <i>Marietta König</i>)
CORE-09-NF-03	Post-Conflict Peacebuilding and Local Ownership: International Peace Efforts in Divided Societies under UN Interim Administration between Success and Failure – A Case Study on Kosovo (Bearbeiter: <i>Jens Narten</i>)
CORE-09-NF-04	Der Einfluss des Rahmenabkommens von Ohrid auf das politische System der Republik Makedonien (Bearbeiterin: <i>Merle Vetterlein</i>)
CORE-09-NF-05	Die Bedeutung informeller Informationen für die Projektarbeit der OSZE in Kasachstan (Bearbeiter: <i>Sebastian Schiek</i>)
CORE-09-NF-06	Multilaterale Kooperation mit zentralasiatischen Staaten. Wechselseitige Anpassungs- und Lernprozesse von UNDP, EU und ADB gegenüber Kasachstan, Kirgisistan und Usbekistan (Bearbeiterin: <i>Elena Kulipanova</i>)
CORE-09-B-04	OSZE-bezogene Informationsdienstleitungen (Projektleitung: <i>Uwe Polley/Ute Runge</i>)
CORE-09-B-01	Rahmenprojekt Zentrum für OSZE-Forschung (Projektleitung <i>Wolfgang Zellner</i>)
CORE-09-B-02	OSCE-Related Training Course for Officials from the Lithuanian and Kazakh Ministry for Foreign Affairs (Projektleitung: <i>Diana Digol</i>)
CORE-09-B-03	Aufbau einer Armenian Diplomatic Academy (Phase II) (Projektleitung: <i>Frank Evers</i>)



3.2. Zentrum für Europäische Friedens- und Sicherheitsstudien (ZEUS)

Das Zentrum für Europäische Friedens- und Sicherheitsstudien (ZEUS) befasst sich, ausgehend vom *Mittelfristigen Arbeitsprogramm* des IFSH, mit dem Beitrag der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union zum europäischen und zum Weltfrieden. Die Entwicklung und Implementierung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) und ihrer spezifischen Instrumente sind für die Forschung am ZEUS rahmensetzend.

Zum übergreifenden Forschungsschwerpunkt im *Mittelfristigen Arbeitsprogramm* des IFSH leistet ZEUS eigene Beiträge durch Analysen, insbesondere dazu, wie die EU die Entstehung und Ausbreitung transnationaler Gewaltrisiken erschweren bzw. ihre Transformation in Gewaltkonflikte unterbinden kann. Folgenden Fragen wird in den Projekten besondere Aufmerksamkeit zuteil: Welchen politischen Herausforderungen durch transnationale Gewaltrisiken sieht sich die EU ausgesetzt? Welche Normen und Werte liegen ihren sicherheits- und friedenspolitischen Strategien und Ansätzen zugrunde? Welche Strukturen, Strategien und Instrumente entwickelt die Europäische Union für die Prävention von – und den Umgang mit – transnationalen Gewaltrisiken? Wie und mit wem interagiert die EU in unterschiedlichen geographischen Räumen und funktionalen Politikfeldern? Welche Wirkungen wurden bisher erzielt und worauf gehen die Wirkungen vor allem zurück? Welche Schlussfolgerungen lassen sich für das künftige Vorgehen der EU im Umgang mit transnationalen Gewaltrisiken ziehen?

Die Forschung am ZEUS zur Prävention, Einhegung und Bearbeitung transnationaler Gewaltrisiken zielt auf die Entwicklung bzw. Fortführung eines eigenen Analyseansatzes (*Security Governance*), der Mehrebenenstrategien, -instrumente und -politiken der EU sowie komplexe Akteurskonstellationen auf Seiten der EU und dritter Akteure sowie ihre Interaktionen erfassen kann. Hierzu sollen Ansätze aus der Wirkungsforschung (Evaluationsforschung, Regimeanalyse, qualitative Analysen) integriert werden. Insbesondere sollen dabei *nicht-intendierte* Wirkungen des Handelns der EU auf die Bedingungen und Akteure in den jeweiligen Zielstaaten sowie auf die EU selbst erforscht werden.

Größere Forschungsprojekte

ZEUS-09-F-01: Security Governance als Herausforderung für die EU (Hans-Georg Ehrhart)

Das Projekt geht von der Annahme aus, dass transnationale Gewaltrisiken und Konflikte komplexer Natur sind, sie im internationalen Kontext einer differenzierten Bearbeitung bedürfen und die EU zwar über ein breitgefächertes, aber noch zu vernetzendes institutionelles und materielles Instrumentarium zur Konfliktvorbeugung und Krisenbearbeitung verfügt. Vor diesem Hintergrund werden Ziele, Rolle und Funktionsweise der EU als „postmodernem“ Krisenmanager untersucht. Sowohl im Binnen- als auch im Außenverhältnis treten zahlreiche Koordinations- und Kooperationsprobleme auf, die eine verbesserte „Security Governance“ erfordern. Das Projekt vereint empirische Analysen zu einzelnen Aspekten der Se-



Hendrik Hegemann stellt das IFSH vor; die Zuhörer sind Zeit- und Berufssoldaten der Einsatzführungskompanie 31 aus Holzdorf in Sachsen-Anhalt



curity Governance der EU wie etwa die zivil-militärischen Beziehungen oder die Sicherheitssektorreform. Es soll empirisch erforscht werden, welche (internen und externen) Koordinations- und Kooperationsprobleme bei der Bearbeitung von Gewaltkonflikten auftreten und ob bzw. wie diese überwunden werden können. Theoretisch angeleitet wird die Untersuchung durch Annahmen des Governance-Ansatzes, wobei angestrebt wird, das Konzept der Security Governance zu verfeinern. Es wurden Aufsätze in englischer und deutscher Sprache zur Konzeption der Security Governance publiziert und die Veröffentlichung eines Buches in die Wege geleitet. Zudem wurde ein Arbeitskreis Security Governance im ZEUS eingerichtet, an dem auch externe Wissenschaftler teilnehmen.



Podiumsdiskussion „Mission Weltfrieden“. Hier Gernot Erler und Michael Brzoska

ZEUS-07-F-02: Aufbau, Reform und Zerfall des Sicherheitssektors in den palästinensischen Autonomiegebieten als Herausforderung für die Nahostpolitik der EU (Margret Johannsen)

Die Nahostpolitik der EU ist im Spannungsfeld zwischen State-building, Terrorismusbekämpfung und transatlantischer Zusammenarbeit zu verorten. Diese allgemeine Feststellung schließt die Rolle der EU beim Aufbau des palästinensischen Sicherheitssektors ein, der sich unter den Bedingungen von Besatzung und Widerstand vollzieht. In einer kritischen Bilanz werden konstruktive und kontraproduktive Merkmale des europäischen Engagements für das palästinensische Staatsprojekt herausgearbeitet. Die Untersuchung leistet einen Beitrag zur Wirkung der Security Governance der EU. Ihr Gegenstand sind Konzept und Praxis des Engagements der EU in den palästinensischen Autonomiegebieten im Sicherheitsbereich. In dem Spannungsfeld zwischen State-building, Terrorismusbekämpfung und transatlantischer Zusammenarbeit bewirken widerstreitende Teilziele und eine anti-islamistische *hidden agenda*, dass die Reform des Sicherheitssektors nicht die beabsichtigten Ergebnisse zeitigt. Die Ergebnisse zu den oben aufgeworfenen Fragen flossen in eine Konferenz ein, die in einem von drei Schwerpunkten Fragen der Sicherheitssektorreform behandelt, in eine Buchpublikation mit den Konferenzergebnissen sowie in ein Policy Paper mit Empfehlungen zur deutschen/europäischen Politik bei der Reform des Sicherheitssektors in den Palästinensischen Gebieten. Ein wissenschaftlicher Aufsatz als Beitrag zu einem Sammelband zum Thema „Security Governance“ wurde 2009 abgeschlossen und erscheint 2010. Es ist geplant, die Analyse unter Berücksichtigung der Entwicklungen nach dem Gaza-Krieg 2008/2009 und der Nahostpolitik der US-Regierung unter Präsident Obama fortzuschreiben, die Ergebnisse bei einer internationalen Konferenz zu präsentieren und das Projekt mit einem Aufsatz in einer referierten Zeitschrift abzuschließen.

ZEUS-07-F-03: Maritime Sicherheit: Seehandel, Piraterie und Terrorismus (Hans-Georg Ehrhart, Torsten Geise, Patricia Schneider)

Ausgehend von den maritimen Abhängigkeiten Deutschlands und der Europäischen Union (EU) werden die speziell mit der Piraterie und dem seewärtigen Terrorismus verbundenen Risiken für die Stabilität des globalen Handels- und Wirtschaftssystems untersucht. Der Hypothese folgend, dass beide Phänomene geeignet sind, potenziell weitreichende gesamtsystemische Schäden hervorzurufen, wird danach gefragt, welche konkreten Handlungserfordernisse zur Reduzierung sowohl ihrer Eintrittswahrscheinlichkeiten als auch der mit ihnen jeweils verbindbaren



Konsequenzen bestehen. Zur Beantwortung werden empirische Untersuchungen mit Modellen aus der Gewalt- und Risikoforschung verknüpft und wird unter Prüfung verschiedenster Angriffsszenarien ein Orientierungsrahmen zur Ausgestaltung und Priorisierung einer die Risiken proaktiv angehenden deutschen und europäischen Politik zur Verfügung gestellt. Erwartet werden politikrelevante Befunde zur Stärkung der Sicherheit des Seehandels gegenüber den Phänomenen des maritimen Terrorismus und der organisierten Piraterie. Diese Befunde sollen im Rahmen von Symposien überprüft und zunächst in Aufsatzform zur Diskussion gestellt werden, ehe eine das Projekt abschließende Publikation die einzelnen Teilaspekte in theoretisch fundierter Weise verknüpft. Die erste Stufe des im Rahmen des Sicherheitsforschungsprogramms der Bundesregierung beantragten und vom IFSH koordinierten Konsortialprojekts wurde bewilligt. Bis Mitte Februar 2010 werden die Anträge für das Gesamt- und das Teilvorhaben erstellt. Der Projektbeginn ist für den 1. April 2010 vorgesehen.

ZEUS-07-F-04: Analysing EU Institutions' and Member States Approaches to Promote Policy Coherence of Development and Security (Isabelle Tannous)

Das Projekt widmet sich den sensiblen Schnittstellen von Entwicklung und Sicherheit in den Außenbeziehungen der Europäischen Union. Den Kern des Projekts bilden neben der EU-Ebene die sogenannten *joint up government*-Ansätze in vier ausgewählten Pionierstaaten. Die Länderstudien schließen das verzahnte Regieren in Großbritannien, Schweden, den Niederlanden und der Bundesrepublik Deutschland ein. Eingebettet in die Mehrebenenforschung werden die vergleichenden Länderstudien auf der Basis eines zu diesem Zweck entwickelten Analyserasters durchgeführt. Abschließend werden die Ergebnisse mittels der Methode des Process-tracing auf der Zeitachse zugeordnet und die Wechselwirkungen zwischen den nationalen und der europäischen Ebene identifiziert. Der Abschlussbericht für die VW-Stiftung wurde vorgelegt.

ZEUS-08-F-05 Terrorismusbekämpfung und Menschenrechte (Regina Heller/Martin Kahl)

Das Vorhaben, das die Kohärenz im Außenhandeln der EU in Bezug auf die Terrorismusbekämpfung untersuchen sollte, wurde zugunsten der Antragstellung für ein BMBF-Projekt zur Radikalisierung im Jahr 2009 nicht weiter ausgearbeitet. Der Projektantrag zur Radikalisierung wurde 2009 im Rahmen des Sicherheitsforschungsprogramms der Bundesregierung eingereicht und hat mittlerweile die erste Stufe der Begutachtung erfolgreich bewältigt. In dem Projekt „Terrorismus und Radikalisierung – Indikatoren für externe Einflussfaktoren“ sollen Indikatoren für Radikalisierung als unerwünschtem Effekt von Sicherheitspolitik erarbeitet und auf dieser Grundlage ein Instrumentarium für eine adäquate Erfassung von Radikalisierungsprozessen bereitgestellt werden.

ZEUS-08-F-06: Rechtfertigung nach gleichem Muster? Eine Untersuchung von Argumenten für die Einschränkung von Menschen- und Bürgerrechten bei der Terrorismusbekämpfung in den USA, der EU und Russland (Martin Kahl/Regina Heller)

Das Projekt hat die Überzeugungs- und Rechtfertigungsargumente gouvernementaler Akteure in den USA, der EU und in Russland zum Ge-



Ursel Schlichting, Susanne Bund und Anna Kreikemeyer zählen Besucher und geben Auskunft bei der Nacht des Wissens



genstand, mit denen Einschränkungen von Menschen- und Bürgerrechten bei der Terrorismusbekämpfung auf nationaler und internationaler Ebene legitimiert werden sollen. Mithilfe einer qualitativen Inhaltsanalyse werden die Argumente und die Herausbildung möglicher Muster bei den Begründungen und Rechtfertigungen geplanter oder bereits durchgeführter Maßnahmen im Zeitraum zwischen 2001 und 2008 untersucht. Ziel ist es herauszufinden, ob in Bezug auf Begründungen „außerordentlicher“ Maßnahmen bei der Bekämpfung des islamistisch motivierten Terrorismus eine Koalition gouvernementaler „norm challengers“ entstanden ist. In theoretischer Hinsicht greift das Forschungsvorhaben auf den Securitization-Ansatz, die Forschung über Normenwandel sowie die Konvergenzforschung zurück. Geprüft wird, ob die Argumente ähnlich sind bzw. ob sie sich zwischen den Rechtsräumen im Zeitverlauf angenähert haben. Der Antrag wurde 2009 von der DFG bewilligt. Erwartet werden spezifische Ergebnisse zu den oben aufgeworfenen Fragen, die in Form von Aufsätzen in referierten Zeitschriften veröffentlicht werden sollen.



Nacht des Wissens

**ZEUS-Projekte**

Signatur	Titel
ZEUS-09-F-01	Security Governance als Herausforderung für die Bewältigung transnationaler Konflikte (Projektleitung: <i>Hans-Georg Ehrhart</i>)
ZEUS-09-F-02	Russland und der Westen: neue Ansätze zur Erklärung russischer Außenpolitik (Projektleitung und -bearbeitung: <i>Regina Heller</i>)
ZEUS-08-F-05	Terrorismusbekämpfung und Menschenrechte (Projektleitung: <i>Regina Heller/Martin Kahl</i>)
ZEUS-08-F-06	Rechtfertigung nach gleichem Muster? Eine Untersuchung von Argumenten für die Einschränkung von Menschen- und Bürgerrechten bei der Terrorismusbekämpfung in den USA, der EU und Russland (Projektverantwortlicher: <i>Martin Kahl/Regina Heller</i>)
ZEUS-08-F-04	Die Steuerung des zivil-militärischen Krisenmanagements der Europäischen Union: Die Problematik institutioneller Kohärenz (Projektleitung: <i>Hans-Georg Ehrhart</i>)
ZEUS-07-F-03	Maritime Sicherheit: Seehandel, Piraterie und Terrorismus (Projektverantwortliche: <i>Patricia Schneider</i>)
ZEUS-07-F-04	Analysing EU Institutions' and Member States Approaches to Promote Policy Coherence of Development and Security (Projektleitung: <i>Hans-Georg Ehrhart/Isabelle Tannous</i>)
ZEUS-07-F-02	Aufbau, Reform und Zerfall des Sicherheitssektors in den palästinensischen Autonomiegebieten als Herausforderung für die Nahostpolitik der EU Konflikte (Projektleitung: <i>Margret Johanssen</i>)
ZEUS-09-P-01	Transnationale Gewalttrisiken und geheime Nachrichtendienste in Europa. Demokratische Kontrolle und bürgerliche Freiheitsrechte versus Primat der Sicherheit von/für Staat und Gesellschaft? (Projektverantwortliche: <i>Armin Wagner/Patricia Schneider</i>)
ZEUS-09-P-02	The Europeanisation of the EU's Russia Policy (Projektverantwortliche: <i>Regina Heller</i>)
ZEUS-09-P-03	Chinese Police Missions: Structures and Lessons Learnt (Projektverantwortlicher: <i>Bernt Berger</i>)
ZEUS-08-P-01	Handbuch Frieden (Projektverantwortliche: <i>Hans-Joachim Gießmann/Bernhard Rinke</i>)
ZEUS-08-P-02	Armee im Einsatz (Projektleitung: <i>Hans-Joachim Gießmann/Armin Wagner</i>)
ZEUS-07-P-03	The Afghanistan Challenge: Hard Realities and Strategic Choices (Projektleitung: <i>Hans-Georg Ehrhart</i>)
ZEUS-09-NF-01	Governing Transatlantic Counterterrorism: Form und Effektivität transatlantischer Terrorismusbekämpfung (Bearbeiter: <i>Hendrik Hegemann</i>)
ZEUS-08-NF-09	Die Internationalisierung terroristischer Gewalt – Ursachen und Bedingungen (Bearbeiter: <i>Dennis Bangert</i>)
ZEUS-08-NF-01	Konfliktprävention und Krisenmanagement der EU – Grenzen und Chancen des kohärenten Handels im europäischen Mehrebenensystem (Bearbeiterin: <i>Isabelle Tannous</i>)
ZEUS-07-NF-02	Between Threat Perception and Enemy Images. Construction of Security Policy on Terrorism in Germany and the United States – Opportunities for the transatlantic Security Partnership (Bearbeiterin: <i>Sybille Reinke de Buitrago</i>)
ZEUS-07-NF-03	Elitenwechsel in Bosnien-Herzegowina in der Transition (Bearbeiterin: <i>Naida Mehmedbegovic-Dreilich</i>)
ZEUS-08-NF-08	Der Schutz nationaler Minderheiten in der Republik Kroatien als Instrument zur Prävention ethno-politischer Konflikte (Bearbeiter: <i>Goran Bandov</i>)
ZEUS-07-NF-05	Ethnic Cleansing as a Political Instrument in the Context of State-Building (Bearbeiter: <i>Emir Suljagic</i>)
ZEUS-07-NF-06	Die Rolle der Polizeimissionen in der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Vergleichsanalyse des Engagements der Europäischen Union in Polizeireformen (Bearbeiterin: <i>Isabelle Maras</i>)



ZEUS-07-NF-07	Policy versus Practice: The European Union and Civil-Military Cooperation and Coordination. An Analysis of the EU Crisis Management Engagement in the Democratic Republic of Congo in the framework of the European Security and Defence Policy (Bearbeiterin: <i>Janina Johannsen</i>)
ZEUS-07-NF-08	International Administration in Kosova and its Way to Peace (Bearbeiter: <i>Afrim Hoti</i>)
ZEUS-07-B-01	Baudissin-Fellowship-Programm (Projektleitung: <i>Hans-Georg Ehrhart</i>)
ZEUS-07-B-02	Akademischer Neuaufbau Südosteuropa (Projektverantwortung: <i>Patricia Schneide/Naida Mehmedbegovic-Dreilich</i>)



Akademisches Netzwerk



Südosteuropa





3.3 Interdisziplinäre Forschungsgruppe Abrüstung, Rüstungskontrolle und Risikotechnologien (IFAR²)

Die Interdisziplinäre Forschungsgruppe Abrüstung, Rüstungskontrolle und Risikotechnologien (IFAR²) beschäftigt sich mit dem Zusammenspiel von rüstungsdynamischen Faktoren, dem potenziellen Waffeneinsatz, der Strategiedebatte sowie den Möglichkeiten von Rüstungskontrolle, Non-Proliferation und Abrüstung als sicherheits- und friedenspolitische Instrumente. Der steigenden Komplexität solcher Fragestellungen wird in Form einer interdisziplinär arbeitenden Forschungsgruppe Rechnung getragen. Die Arbeitsweise zeichnet sich durch die Kombination von natur- und sozialwissenschaftlichen Methoden und Expertisen aus. Durch intensive Kooperation mit anderen Institutionen unterschiedlicher Disziplinen wird insbesondere Grundlagenforschung im Bereich der naturwissenschaftlich-technischen Dimension von Rüstungskontrolle geleistet. Darüber hinaus beteiligt sich IFAR² auch an einer Reihe von nationalen wie internationalen Expertennetzwerken, die Expertisen aus Forschung und Praxis zusammenführen und Forschungsanstrengungen bündeln.

Schwerpunkt der IFAR-Projekte und -Tätigkeiten im Jahr 2009 waren die Debatten um die Zukunft der nukleare Nichtweiterverbreitung und multilateralen Abrüstung, das iranische Nuklearprogramm, die Kontroverse um die Einführung von Raketenabwehr in Europa und die Stärkung der Rüstungskontrolle in Europa. Zusätzlich konnte der Bereich Klimawandel und Sicherheit ausgeweitet werden. Hinzugetreten ist die durch die US-Administration und insbesondere durch Präsident Barack Obama in die Diskussion gebrachte Debatte um die Möglichkeiten einer nuklearwaffenfreien Welt („Global Zero“). Hier ist sowohl die unmittelbare Auswirkung auf die aktuelle Rüstungskontrolldiskussion von Bedeutung als auch längerfristige, konzeptionelle Fragen einer nuklearwaffenfreien Welt einschließlich Fragen der konventionellen Rüstung, der Verifikation und der politischen Stabilität. In einigen Bereichen der Rüstungskontrolle ist nach Jahren der Stagnation wieder Bewegung gekommen. Der US-Kongress fasst die Ratifikation des Umfassenden Teststoppvertrages (CTBT) wieder ins Auge. Die Genfer Abrüstungskonferenz hat ein neues Arbeitsprogramm beschlossen, das auch den Beginn von Verhandlungen für einen „Fissile Material Cut-off“ in Aussicht stellt. Oliver Meier und Götz Neuneck gehören einer Arbeitsgruppe des Auswärtigen Amtes zu dieser Problematik an. Die im September 2009 gewählte, neue Bundesregierung hat erklärt, dass sie sich nicht nur für den Abzug der US-amerikanischen taktischen Nuklearwaffen von deutschem Boden, sondern auch für Präsident Obamas Initiative für eine nuklearwaffenfreie Welt einsetzen wird. Die Arbeit von IFAR² lag somit im konzeptionellen, politikberatenden wie im naturwissenschaftlichen Bereich von Rüstungskontrolle, Non-Proliferation und Abrüstung.



Götz Neuneck beim Vortrag über nukleare Abrüstung in der Nacht des Wissens



Größere Forschungsprojekte

IFAR-07-F-02: Erosion des Atomwaffensperrvertrags

Bearbeiterinnen/Bearbeiter: Michael Brzoska, Martin Kalinowski, Oliver Meier, Götz Neuneck, Kooperationen mit Arms Control Association, Pugwash Conferences on Science and World Affairs.

Der Nichtverbreitungsvertrag (NVV) ist durch die bisher ausbleibende strategische Abrüstung sowie neue Atomwaffenstaaten (Pakistan, Nordkorea, Indien, Israel) und *Dual-use*-Nuklearprogramme (Iran) in der Krise. Das Projekt dient der laufenden Beobachtung und Analyse der Aktivitäten der „neuen“ Atomwaffenstaaten sowie der Staaten mit proliferationsrelevanten zivilen Nuklearprogrammen. Ein damit verbundener Aspekt ist die Fortentwicklung der nuklearen Abrüstung und die Debatte um globale Raketenabwehr. Dabei werden naturwissenschaftliche und sozialwissenschaftliche Aspekte berücksichtigt.



Großes Publikumsinteresse bei der Radioaktivitätsmessung von Alexander Ramsegger (ZNF) in der Nacht des Wissens

Am Mittwoch, den 15. Dezember 2009 führte IFAR² in Zusammenarbeit mit dem Forum für Friedensforschung der Hamburger Akademie der Wissenschaften und der Deutschen Amaldi-Gruppe im Magnus-Haus der Deutschen Physikalischen Gesellschaft in Berlin einen eintägigen Workshop zum Thema „Raketenabwehr in Europa“ durch. Hintergrund bildet eine Studie zu dem Thema, die von dem Forum für Friedensforschung der Hamburger Akademie der Wissenschaften in Auftrag gegeben wurde. Zwanzig Teilnehmer, darunter Cord Jakobeit und Michael Brzoska, diskutierten die Zwischenergebnisse der Studie, die von Götz Neuneck, Hans Christian Gils und Jan Stupl vorgetragen wurden. Eingeführt hatte in die Problematik Dr. David Wright, Ko-Direktor des Global Security Programme der Union of Concerned Scientists, der aus Boston angereist war und neuste Entwicklungen aus den USA in seinen Vortrag einfließen lassen konnte.

Oliver Meier und Götz Neuneck nahmen mit Vorträgen, Statements und der Leitung von Panels an internationalen Konferenzen in Berlin (Middle Power Initiative, Heinrich-Böll-Stiftung), Paris (EU Institute for Security), Brüssel (EU-Parlament) und Peking (Pugwash Conferences) teil, die sich mit der Zukunft des Weiterverbreitungsregimes beschäftigten. Fachveröffentlichungen über das Atomprogramm des Iran oder Indiens rundeten die Arbeiten ab. Die Gruppe begann, sich intensiv mit den Initiativen und Vorschlägen zur Schaffung einer Welt ohne Nuklearwaffen und der Wiederbelebung der Rüstungskontrolle zu beschäftigen.

Auch der Zusammenhang zwischen nuklearer Abrüstung und Rüstungskontrolle und konventionellen Streitkräften wurde näher untersucht, so in dem gemeinsam mit Wolfgang Zellner und Hans-Joachim Schmidt herausgegebenen Sammelband „Die Zukunft der Konventionellen Rüstungskontrolle in Europa / The Future of Conventional Arms Control in Europe“.

**IFAR-07-F-03: Europäische Weltraumpolitik und präventive Rüstungskontrolle**

Bearbeiterinnen/Bearbeiter: Christian Alwardt, Marcel Dickow, Hans Christian Gils, Götz Neuneck, MIT Science, Technology and Global Security Working Group.

Das Projekt dient der laufenden Beobachtung der Umsetzung der ESP zwischen deutscher und französischer EU-Ratspräsidentschaft. Unter technisch-naturwissenschaftlichen Aspekten wurden Fähigkeiten bestehender und geplanter Weltraum-Infrastruktur so z.B. die Kapazitäten zur „Space Surveillance“ analysiert. Besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf den Interessen, Programmen und Initiativen vier nationaler Akteure: Großbritannien, Frankreich, Italien und Deutschland. Darüber hinaus werden EU/ESA-Weltraumaktivitäten und -Programme ihrer Mitgliedstaaten im Hinblick auf rüstungskontrollpolitische Ansätze untersucht und Empfehlungen für kohärentes europäisches Vorgehen gegeben. Die Debatte um die Raketenabwehr, die mögliche Bewaffnung des Welt-raums und die Aussichten für Rüstungskontrolle in Europa hat IFAR im Berichtszeitraum besonders beschäftigt, da die Expertise vom Auswärtigen Amt, vom Bundestag (Unterausschuss Rüstungskontrolle und Abrüstung) und einigen Parteien besonders nachgefragt wurden.

IFAR-08-F-01: Zwischen Kontrolle und Kooperation: Technologietransfers und Bemühungen um die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen

Bearbeiterinnen/Bearbeiter: Michael Brzoska, Oliver Meier, Götz Neuneck, Kooperationen mit Arms Control Association.

Hintergrund des Projekts ist die zunehmende Diffusion proliferationsrelevanter Technologien durch Globalisierung und sekundäre Proliferation sowie die Verschärfung von Kontrollregeln durch Technologiehalter, besonders in der Folge der gestiegenen Bedrohungswahrnehmung durch terroristische Anschläge mit atomaren, biologischen oder chemischen Massenvernichtungsmitteln nach den Anschlägen vom 11. September 2001. Indem das Projekt untersucht, welche Bedeutung Regelungen hinsichtlich der Kontrolle und Förderung von Technologietransfers für die Legitimität von Nonproliferationsbemühungen haben, hilft es zu klären, welchen Beitrag kooperative rüstungskontrollpolitische Instrumente zur Verminderung des Risikos terroristischer Anschläge mit Massenvernichtungsmitteln leisten können.

Bis Ende 2009 wurden theoretische und konzeptionelle Vorarbeiten weitgehend abgeschlossen und bei den empirischen Forschungen substanzielle Fortschritte erzielt. Interviews mit Entscheidungsträgern und Experten wurden u.a. auf Treffen der Mitglieder der Internationalen Atomenergieorganisation und des Chemiewaffenabkommens sowie Fachtagungen durchgeführt. Zwischenergebnisse wurden auf internationalen Expertentagungen präsentiert sowie in mehreren Fachartikeln und Buchbeiträgen veröffentlicht.

IFAR-08-F-03: Klimawandel und Sicherheit (CLISAP C-3)

Bearbeiterinnen/Bearbeiter: Michael Brzoska, Christian Alwardt, Martin Kalinowski, Götz Neuneck, Jürgen Scheffran, Denise Völker, Kooperation mit anderen CLISAP-Partnern.

S+F

Sicherheit und Frieden
Security and Peace

Herausgegeben:
Prof. Dr. Michael Brzoska
Dr. Walter E. Feichtinger
Dr. Volker Franke
Prof. Dr. Hans J. Giessmann
Prof. Dr. Heiner Hänggi
Heinz-Dieter Jopp
Dr. Patricia Schneider

Themenschwerpunkt:
Klimawandel und Sicherheit
Climate Change and Security

The Securitization of Climate Change and the Power of Conceptions of Security
Michael Brzoska

Kriegsprävention durch Klima- und Energiesicherheit
Christoph Bals und Rixa Schwarz

Klimawandel und Sicherheit im Nahen Osten
Hans Günter Brauch

Ökonomische Aspekte des Klimaschutzes
Stefan Bayer

Klimawandel und Wasserkrise der Zukunft
Dirk Messner

Weitere Beiträge von ...
Sebastian Bruns, Margret Johannsen, Martin Weitz und Julian Junk zu den Themen Maritime Sicherheit, Hamas und zu Simbabwe

3

2009

27. Jahrgang
ISSN 0725-724X

N

Nomos



In 2009 wurden Arbeiten zur Frage der „Versicherheitlichung“, also des Diskurses über Klimawandel als Sicherheitsproblem vorangetrieben und in Vorträgen und Veröffentlichungen dargelegt (Michael Brzoska). Denise Völker setzte ihre Arbeiten zu den Auswirkungen von Waldschutzmaßnahmen auf Konflikte im Amazonasbecken fort. Christian Alwardt erhielt eine Finanzierung für sein Dissertationsvorhaben zu Fragen der Modellierung von Flussbetten. Andreas Bernath begann eine Dissertation im Umfeld von Migration und Konflikten.

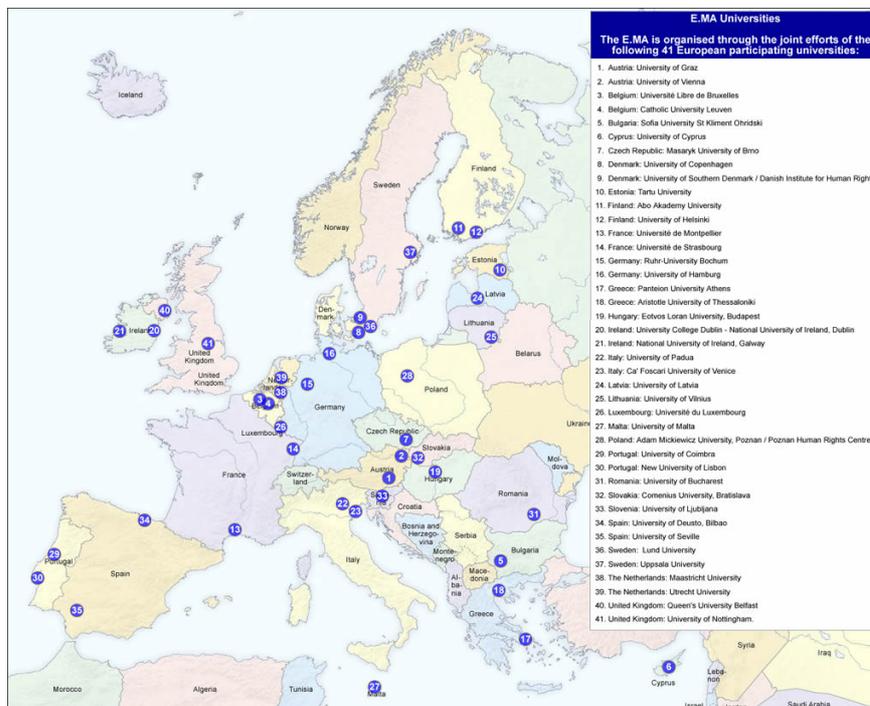
Durch die Berufung von Jürgen Scheffran auf die Professur für „Klimawandel und Sicherheit“ im Exzellenzclusters der Universität Hamburg zur integrierten Analyse von Klimawandel (CLISAP) wurden die Arbeitskapazitäten in diesem Themenfeld deutlich ausgeweitet. Die von Jürgen Scheffran geleitete Arbeitsgruppe CLISEC arbeitet eng mit den am IFSH verankerten Teilprojekten von CLISAP zusammen. Vertieft wurde auch die Zusammenarbeit mit der von Prof. Irene Neverla geleitete Gruppe, die sich mit Kommunikations- und Medienfragen im Umfeld des Klimawandels beschäftigt. Das IFSH war Mitveranstalter einer sehr gut besuchten internationalen Tagung zum Thema „Climate Change, Societal Stress and Violent Conflict“ im November 2009. Die Herausgabe eines umfangreichen Tagungsbandes im Springer Verlag ist für 2010 geplant.



IFAR Mitglieder: Oliver Meier, Michael Brzoska, Michael Schaaf, Götz Neuneck, Christian Alwardt, Hans-Christian Gils (v.l.n.r.)

**IFAR-Projekte**

Signatur	Titel
IFAR-07-F-02	Erosion des Atomwaffensperrvertrags (Projektleitung: <i>Götz Neuneck</i>)
IFAR-07-F-03	Europäische Weltraumpolitik und präventive Rüstungskontrolle (Projektleitung: <i>Götz Neuneck/ Marcel Dickow</i>)
IFAR-08-F-01	Zwischen Kontrolle und Kooperation: Technologietransfers und Bemühungen um die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen (Projektleitung: <i>Götz Neuneck</i>)
IFAR-08-F-03	Klimawandel und Sicherheit (Projektleitung: <i>Michael Brzoska/Martin Kalinowski, ZNF</i>)
IFAR-07-P-01/02	Nuclear Awareness und Deutsche Pugwash Geschichte (Projektleitung: <i>Götz Neuneck</i>)
IFAR-07-P-04	Europäische Rüstungs- und Rüstungskontrollpolitik (Projektleitung: <i>Michael Brzoska</i>)
IFAR-07-P-05	Kontrolle konventioneller Rüstungstransfers (Projektleitung: <i>Michael Brzoska</i>)
IFAR-08-P-04	Verifikation und Monitoring internationaler Abkommen (Bearbeiter: Michael Brzoska; Götz Neuneck Christian Alwardt; Oliver Meier)
IFAR-08-P-01	Verwundbarkeit von Satelliten und Space Surveillance (Projektleitung: <i>Götz Neuneck</i>)
IFAR-09-P-01	Multilateralisierung und Kernenergie im Mittleren Osten (Projektleitung: <i>Götz Neuneck</i>)
IFAR-09-P-02	Abschreckung, Raketenabwehr und nukleare Abrüstung (Projektleitung: <i>Götz Neuneck</i>)
IFAR-09-NF-01	Konfliktfaktor Waldschutz? Analyse von Auswirkungen von Waldschutzmaßnahmen auf Konfliktformationen in ausgewählten Regionen des Amazonasbeckens (Bearbeiterin: <i>Denise Völker</i>)
IFAR-08-NF-02	Zeitliche Modellierung regionaler Wasserflussmengen unter dem Gesichtspunkt klimatischer Veränderungen (Bearbeiter: <i>Christian Alwardt</i>)
IFAR-09-B-01	Beratung der Rüstungskontrollabteilung des Auswärtigen Amtes (Projektleitung: <i>Götz Neuneck</i>)
IFAR-08-B-02	Pugwash Conference on Science and World Affairs (Projektleitung: <i>Götz Neuneck</i>)



E.M.A Universitäten (Human Rights and Democratization)



3.4 Institutsübergreifende Projekte

Signatur	Titel
IFSH-08-F-01	A New Agenda for European Security Economics (EUSECON) (Projektleitung: <i>Michael Brzoska</i>)
IFSH-08-F-02	Multi-Stakeholder Partnership in Post-Conflict Reconstruction: The Role of the EU (MULTI-PART) (Projektleitung: <i>Michael Brzoska, Hans-Georg Ehrhart</i>)
IFSH-07-P-01	Friedensgutachten (Projektleitung: <i>Margaret Johannsen</i>)
IFSH-09-P-01	Workshop zum Arbeitsprogramm „Transnationale Gewalttrisiken“ (Projektleitung: <i>Martin Kahl</i>)
IFSH-07-B-01	Beratung des Unter-Ausschusses für Sicherheit und Verteidigung des Europäischen Parlaments (Projektleitung: <i>Michael Brzoska</i>)
IFSH-08-B-01	Kommission zur Zukunft der Bundeswehr und der Europäischen Sicherheit (Projektleitung: <i>Michael Brzoska</i>)



© Deutscher Bundestag / Lichtblick/Achim Melde

Die Herausgeberinnen und Herausgeber stellen das Friedensgutachten 2009 im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages vor. V.l.n.r.: Bruno Schoch, Margret Johannsen, Christiane Fröhlich, Ulrike Merten (Vorsitzende des Verteidigungsausschusses) Jochen Hippler, Andreas Heinemann-Grüder



4. Übergreifende Aktivitäten

4.1 Arbeitsgruppe Wirkungsforschung

Die Arbeitsgruppe „Wirkungsforschung“ am IFSH hat sich ab April 2009 bis zum Ende des Jahres in sieben Sitzungen mit der Frage beschäftigt, wie die Wirkungen von politischem Handeln wissenschaftlich erfasst werden können. Das Problem, Wirkung nachweisen zu können, tritt in der Forschungspraxis immer wieder auf, etwa wenn es um den Erfolg von Friedensmissionen, von externer Demokratieförderung oder um die Wirkung von (Umwelt-)Regimen geht. Der Zusammenhang zwischen Ursachen und Wirkungen wird in der Forschung mit divergenten Zielsetzungen und mittels sehr unterschiedlicher Methoden und Forschungsdesigns zu erhellen versucht. In der Arbeitsgruppe sind Ansätze aus verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen diskutiert und weiterzuentwickeln versucht worden.

Die von Martin Kahl geleitete Arbeitsgruppe steht allen Interessierten aus dem Institut offen; im Jahr 2009 haben an den einzelnen Sitzungen fünf bis zehn Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen teilgenommen.

Die Ergebnisse der Erörterungen sollen für die Forschungsprojekte des IFSH nutzbar gemacht werden, beabsichtigt ist darüber hinaus, den Forschungsstand der Wirkungsforschung in einem Working Paper zusammenfassend darzustellen.

4.2 Kommission „Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ am IFSH

Die im Jahre 1999 gegründete, aus Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Politikern und Militärs zusammengesetzte Kommission „Europäische Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“ hielt im Berichtszeitraum wiederum zwei Arbeitssitzungen ab, die sich mit Fragen künftiger europäischer Sicherheits- und Streitkräftestrukturen sowie der Inneren Führung der Bundeswehr befassten. Es wurde ein gemeinsames Papier „Plädoyer für die Stärkung der Inneren Führung bei Auslandseinsätzen“ erstellt (veröffentlicht unter: www.ifsh.de/ifsh-profil/Bundeswehrkommission).

Die derzeitigen Mitglieder der Kommission sind: Prof. Dr. Michael Brzoska, Wissenschaftlicher Direktor IFSH, Vorsitzender der Kommission; Dr. Jürgen Groß, Geschäftsführender Vorsitzender; Dr. Ingrid Anker, Universität der Bundeswehr München; Dr. Detlef Bald, vorm. Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr; Jörg Barandat, Oberstleutnant i.G., Auswärtiges Amt; Dr. Hans-Georg Ehrhart, IFSH; Dr. Hans-Günter Fröhling, Oberstleutnant, Zentrum Innere Führung; Prof. Dr. Hans-Joachim Gießmann, Direktor Berghof Forschungszentrum für konstruktive Konfliktbearbeitung; Dr. Sabine Jaberg, Führungsakademie der Bundeswehr; Ludwig Jacob, Oberst a.D., Institut für Theologie und Frieden; Prof. Dr. Berthold Meyer, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung; Dr. Reinhard Mutz, vorm. kommiss. Wissenschaftlicher Direktor IFSH; Winfried Nachtwei, vorm. Mitglied des Deutschen Bundestages; Andreas Prüfert, vorm. Generalsekretär EUROMIL; Dr. Bernhard Rinke, IFSH; Jürgen Rose, Oberstleutnant; Paul Schäfer, Mitglied des Deutschen Bundestages; Jochen Scholz, Oberstleutnant a.D., vorm. Bundesministerium der Verteidigung; Peter Tobiassen, Geschäftsführer Zentralstelle für



Prof. Knut Ipsen hält die Dieter S. Lutz-Vorlesung 2009 zum Thema „Verteidigung: Neue Dimensionen eines Völkerrechts- und Verfassungsbegriffs?“



Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen e.V.

4.3 Ausgewählte Veranstaltungen, Tagungen und Besucher

- Am 3. Februar 2009 besuchte der stellvertretende Beauftragte der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle im Auswärtigen Amt, Botschafter Claus Wunderlich, das IFSH und hielt einen Vortrag über „Praxis und Perspektiven zukünftiger Rüstungskontrolle“.
- 24. Februar 2009 Besuch eines internationalen Führungskräfte-seminars der Friedrich-Naumann-Stiftung am IFSH.
- 26.-27. Februar 2009 Workshop des IFSH mit externen Experten zum aktuellen Arbeitsprogramm des Instituts „Transnationalisierung von Gewalttrisiken als Herausforderung für europäische Friedens- und Sicherheitspolitik“.
- Am 9. und 10. März 2009 fand im IFSH ein internationaler Workshop im Rahmen des von der EU finanzierten Forschungsprogramms 7 statt. Im Projekt „Multistakeholder Partnerships in Post-conflict Reconstruction: The Role of the EU“ (MULTIPART) agiert das IFSH als Koordinator für das Arbeitspaket Sicherheit (WP4a).
- Am 22. April 2009 besuchte Florian Escudie, Erster Sekretär an der Französischen Botschaft in Berlin, das IFSH.
- Am 12. Mai 2009 besuchten 25 Zeit- und Berufssoldaten der Einsatzführungskompanie 31 aus Holzdorf in Sachsen-Anhalt das IFSH im Rahmen eines Seminars zur politischen Bildung.
- Am 27. Mai 2009 stellte Gernot Erler, Staatsminister im Auswärtigen Amt, im Rahmen einer gemeinsamen Veranstaltung von IFSH, GIGA und Niels Annen, MdB, sein neues Buch: „Mission Weltfrieden – Deutschlands neue Rolle in der Weltpolitik“ vor.
- Am 17. Juni 2009 hielt der renommierte Völkerrechtler Prof. Knut Ipsen die zweite Dieter S. Lutz-Vorlesung zum Thema „Verteidigung: Neue Dimensionen eines Völkerrechts- und Verfassungs-begriffs?“.
- Im Juni 2009 führte CORE in Wien einen zweiwöchiger Trainingskurs für Beamte des kasachischen und des litauischen Außenministeriums zur Vorbereitung auf den OSZE-Vorsitz 2010 bzw. 2011 durch.
- Das IFSH/IFAR veranstaltete gemeinsam mit dem Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung (ZNF) und der Forschergruppe „Verifikation und Monitoring“ am 10. September 2009 einen eintägigen Workshop zum Thema „Luft- und raumgestützte Fernerkundung zur Verifikation, Prävention, Frühwarnung und Sicherheitsvorsorge“.
- 22. September 2009 besuchte der neue Referatsleiter OSZE und Europarat des Auswärtigen Amts, Herr *Lothar Freischlager*, CORE.
- Am 24. September 2009 besuchte Damir Uaszhanov, Erster Sekretär des Konsulats Republik Kasachstan in Frankfurt, CORE.
- Am 6. Oktober 2009 erhielt der 7. Absolventenjahrgang des Studiengangs „Master of Peace and Security Studies“ die Master-Diplome und der 8. Jahrgang wurde feierlich begrüßt. Nach einführnden Worten der Prodekanin der WISO-Fakultät Prof. Elisabeth Allgoewer und von Wissenschaftssenatorin Dr. Herlind Gundelach hielt Catherine M. Kelleher, Professorin an der School of Public Af-



Die Zuhörerinnen und Zuhörer folgen aufmerksam Prof. Ipsens Ausführungen



- fairs der University of Maryland (College Park) und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Watson Institute der Brown University den Festvortrag zum Thema „Is a World Free of Nuclear Weapons Desirable, Realistic and Feasible? Obama’s New Foreign and Arms Control Policy and the Discussion in the United States about Global Zero“.
- Am 7. November 2009 fand die 3. Nacht des Wissens in Hamburg statt. Gemeinsam mit den drei anderen „Beim Schlump 83“ ansässigen Instituten beteiligte sich das IFSH erstmalig an einer Wissensnacht, zu der sich über 600 Gäste einfanden.
 - Das IFSH war Mitveranstalter einer Tagung zum Thema “Climate Change, Social Stress and Violent Conflict“ am 19. und 20. November in Hamburg. Die Tagung, an der mehr als 80 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus mehr als 30 Ländern teilnahmen, wurde vom CLISAP-Exzellenzcluster getragen, an dem das IFSH beteiligt ist (www.clisap.de).
 - Am 15. Dezember 2009 führte IFAR² in Zusammenarbeit mit dem Forum für Friedensforschung der Hamburger Akademie der Wissenschaften und der Deutschen Amaldi-Gruppe im Magnus-Haus der Deutschen Physikalischen Gesellschaft in Berlin einen eintägigen Workshop zum Thema „Raketenabwehr in Europa“ durch.

4.4 Forschungskolloquium 2009

Das IFSH veranstaltet regelmäßig Forschungskolloquien für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die M.P.S.-Studierenden und ausgewählte Gäste. Hans-Georg Ehrhart hat Leitung und Organisation der Forschungskolloquien im Oktober 2009 an Regina Heller übergeben.

NATO-Russland, *Elena Kropatcheva*, CORE/IFSH (14.01.2009).

Kontext Nahost: Ein Projekt zur konflikt sensitiven Darstellung, *Felix Koltermann*, MPS (21.01.09).

Vorstellung Peace Brigades International, *Astrid Hake*, Geschäftsführerin PBI (28.01.09)

Comparative assessment of police missions in the ESDP, *Isabelle Maras*, IFSH/ZEUS (04.02.09).

Mögliche Bedingungsfaktoren für Kriegsbeendigung, *Wolfgang Schreiber*, AKUF (18.02.09).

US Foreign Policy and the New White House: Challenges and Opportunities, *Paul Walker*, Global Green USA’s, Security & Sustainability program (23.02.09).

Die Bangsamoro Rebellion, *Thomas Boehlke*, Führungsakademie der Bundeswehr (04.03.09).

Selbst- und Koregulierung privater Sicherheits- und Militärfirmen im Rahmen von Governance im Sicherheitsbereich, *Dr. Andrea Schneider*, Universität Hannover (11.03.09).

Aktuelle Stunde: Europäische Sicherheitspolitik im Wandel: Herausforderungen und Tendenzen, *Wolfgang Zellner*, IFSH/CORE (18.03.2009).

Euro-Atlantic Security Institutions in the Fight against Transnational Terrorism - A Framework for Analysis, *Hendrik Hegemann*, IFSH/ZEUS (25.03.2009).

“Global Zero”: Auf dem Weg zur völligen nuklearen Abrüstung?, *Dr. Oliver Thränert*, SWP (08.04.2009).

Die künftige NATO-Politik Frankreichs vor dem Hintergrund der Ergebnisse des Gipfels von Strassburg/Kehl, *Florian Escudie*, Erster Sekretär, Französische Botschaft (22.04.2009).





Erfahrungsbericht Afghanistan, OTL *Heidecke*, FÜAk (29.04.2009).

Business Interests and Climate Change, *Roman Vakulchuk*, MPS (06.05.2009).

Konfliktbeilegung durch Europäisierung?, *Prof. Heinz-Jürgen Axt*, Universität Duisburg-Essen (13.05.09).

Qualitative Comparative Analysis - Mittelweg zwischen Fallstudien und statistischen Analysen, *Dennis Bangert*, IFSH/ZEUS (20.05.2009).

Mission Weltfrieden. Zur neuen Rolle Deutschlands in der Weltpolitik, Vortrag und Podiumsdiskussion, *Gernot Erler* (MdB), Staatssekretär im Auswärtigen Amt (27.05.2009).

Reconciliation and Democratisation in Europe, *Dr. Anja Mihr*, European Inter-University Centre for Human Rights and Democratisation, Venedig (10.06.2009).

Female suicide bombing. Selbstmordattentäterinnen als Wissensobjekt der Terrorismusforschung, *Dr. Claudia Brunner*, Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien der Humboldt-Universität, Berlin (17.06.2009).

The Fight against Transnational Terrorism and the Role of International Institutions: A Framework for Analysis, *Hendrik Hegemann*, IFSH/ZEUS (24.06.2009).

Die Eigendynamik von Gewalt im innerpalästinensischen Konflikt, *Manuel Winkelkotte*, FH Berlin (01.07.2009).

Umstrittene Normen in den internationalen Beziehungen: Das EuGH Urteil 'Kadi und Al Barakaat' und Konsequenzen für die internationalen Beziehungen, *Prof. Antje Wiener*, Chair in Political Science (International Relations Theory), Institute for Political Science, Director, Centre for Globalisation & Governance (CGG) (08.07.2009).

UN im Sudan, *Armin Wagner*, IFSH/ZEUS (15.07.2009).

Cyberwarfare, *Dr. Sandro Gaycken*, Uni Stuttgart (07.10.2009).

Der Transnistrienkonflikt, *Dr. Diana Digol*, IFSH/CORE/*Dr. Diana Beherci*, Chisinau State University (14.10.2009).

Potentialbereich Friedens- und Konfliktforschung - Der neue Struktur- und Entwicklungsplan der Uni Hamburg, *Martin Kalinowski*, ZNF/*Michael Brzoska*, IFSH/*Michael Schaaf*, IFSH (21.10.2009).

Transparenz im globalen Markt für biotechnische dual-use Güter - Das Konzept eines Handelsmonitorings und die Chancen seiner Implementierung, *Gunnar Jeremias*, ZNF (28.10.2009).

Die Zukunft der nuklearen Ordnung, *Prof. Dr. Michael Staack*, Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg (04.11.2009).

Im Namen des 'Effective Multilateralism'. Die UN-EU-Kooperation im Krisenmanagement, *Manuela Scheuermann*, Uni Würzburg (11.11.2009).

Sicherheitsumfeld und multilaterale Sicherheitsstrategien – Überlegungen und Erfahrungen eines Grenzgängers, *Helmut Ganser*, General a.D., Hamburg (18.11.2009).

Power, Public Administration, and Modernization in Kazakhstan, *Sebastian Schiek*, IFSH/CORE (25.11.2009).

Ursachen und Erklärungen gewaltförmiger Konflikte in Demokratien der Dritten Welt :das Fallbeispiel Sri Lanka, *Dr. Mirjam Weiberg-Salzmann*, Uni Münster (02.12.2009).

Eurasia's Unrecognized States: Domestic and International Challenges, *Dr. Oleh Protsyk*, ECMI, Flensburg (09.12.2009).

Zur aktuellen Situation in der Ukraine inkl. Krim, *Frank Evers*, IFSH/CORE (16.12.2009).

4.5 Vorträge von Fellows, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (Auswahl)

Goran Bandov

- „Zaštita nacionalnih manjinskih zajednica“ (Der Schutz nationaler Minderheiten), Sommerakademie der Friedrich-Naumann-Stiftung, 17.-20. September 2009, Zadar, Kroatien.



Denise Völker und Ulrich Kühn betreuen den Büchertisch in der Nacht des Wissens

*Michael Brzoska*

- Keynote Speech “The Foundations of Security Sector Reform in the Euroatlantic Region”, NATO-Advanced Research Seminar “Security Sector Reform”, Plovdiv, Bulgarien, 4. Juni 2009
- „Concepts and Strategies of Security“ Vortrag bei der Summerschool der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik „Reconsidering Democratization and Security“, Berlin 7. Juli 2009
- “Targeted Sanctions” Vortrag, Graduate Institute for International Studies and Development, Genf, 1. Oktober, 2009

Diana Digol

- “Russia’s foreign policy *vis-à-vis* Central Asia” , gemeinsame Konferenz der European Society for Central Asian Studies (ESCAS) und der Central European University Asia Research Initiative, Budapest, 3.-5. September 2009.

Hans-Georg Ehrhart

- „Die Entwicklungszusammenarbeit als Schlüsselfaktor vernetzter Sicherheit“, Vortrag auf dem entwicklungspolitischen Kongress der Hanns-Seidel-Stiftung in München am 1. August 2009.
- „Die Rolle der EU beim Aufbau einer europäischen Friedensordnung“, Vortrag auf der Jahrestagung des Wissenschaftlichen Forums für Internationale Sicherheit am 3. September 2009 in fand in der Julius-Leber-Kaserne in Berlin.
- „France’s Return to NATO: A German Perspective“, Vortrag auf der internationalen Konferenz „France’s return to NATO: Practical Implications for Transatlantic Relations, veranstaltet von der McGill und der Queen’s University vom 10.-12. Dezember in Herstmonceux, GB.

Stefan Hensell

- „Der Gendarm als Räuber? Zur patrimonialen Betriebslogik der Polizei in Georgien und Albanien“, Universität Magdeburg am 17. April 2009.
- „Datenerhebung in Feldforschungen: Möglichkeiten und Probleme qualitativer Interviews“, Institut für Sozialwissenschaften, Humboldt-Universität Berlin am 3. Juli 2009.

Margret Johannsen

- „Was lehrt uns die Wiederkehr des ewig Gleichen?“ Vortrag auf der Sommerakademie Schlaining, Österreich, „Söldner, Schurken, Seepiraten“, 9. Juli 2009.
- “The Gaza-War – Latest Chapter in a Never-Ending Conflict”, Vortrag auf der Veranstaltung “Launch of the Peace Report 2009. Key Challenges for European Policy: The Case of Palestine”, von ISIS Europe in Brüssel am 23. Juli 2009.

Martin Kahl

- „Sicherheitspolitische Motivation: Verifikation zur Vertrauensbildung“, Ringvorlesung „Monitoring und Verifikation von internationalen Abkommen“, Universität Hamburg am 29. Oktober 2009.

Marietta König

- „Was geschieht im Kaukasus? Was wissen wir im Westen?“, Podiumsdiskussion im Rahmen der Ringvorlesung „Medien und Demokratie in Osteuropa“, HAW, Hamburg, 15. Dezember 2009.
- “Self-determination’s Belated Victory? Russia’s Recognition of Abkhazia and South Ossetia and its Impact for Upcoming Sovereignty Debates”, Vortrag im Rahmen der 20-Jahresjubiläumskonferenz der International Boundaries Research Unit (IBRU), Durham University, UK, 1.-3. April 2009.
- “South Ossetia: The Role of Transnational Actors in the Perpetuation of Structures of Violence”, internationaler IFSH-Workshop zum Thema “Trans-nationalization of Risks of Violence as a Challenge to European Peace and Security Policy”, 26. Februar 2009.

Anna Kreikemeyer

- Vorträge über “History and institutional development of the OSCE”, “OSCE Field Operations Overview, development and status quo” und “OSCE Field Operations in



Ute Runge bei der Bibliotheksführung in der Nacht des Wissens



Central Asia” im Rahmen des Chairmanship Training 2009 für Kasachstan und Litauen in Wien; 1. und 3. Juni 2009.

- Sechs Vorlesungen über die OSZE beim internationalen Seminar “Conflict Prevention by the OSCE” an der kasachischen Nationaluniversität (KAZNU) in Almaty, organisiert vom DAAD, vom 21.-29. November 2009.
- “Forms of Governance in the post-Soviet Space. Case Study Central Asia“, Veranstaltung der Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP) und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropastudien in Berlin. 17.-18. Dezember 2009.

Elena Kropatcheva

- „Ukraine as a Source of Competition between Russia and the West“ im Rahmen des Forschungskolloquiums an der Universität Hannover über den Ost-West Konflikt, 10. November 2009.
- „Die Perspektiven für eine euroatlantische Sicherheitsarchitektur unter Einbeziehung Russlands“, Vortrag im Rahmen des Treffens der außenpolitischen Bundesarbeitsgemeinschaften von Bündnis 90/Die Grünen am 25. April 2009.
- „Russland und die Ukraine streiten ums Gas? Die EU schaut in die Röhre?“, Stadtgespräch von Manuel Sarrazin, MdB, am 19. Februar 2009.

Isabelle Maras

- „Assessing civilian police missions in the European Security and Defence Policy. An account of EUPM’s achievements“, Vortrag zum Forschungsthema und den vorläufigen Ergebnissen, EU Polizeimission (EUPM) in Sarajewo, Bosnien und Herzegowina, 4. November 2009.
- „The civilian dimension of EU crisis management in practice: the EU police missions in South-Eastern Europe, DAAD Alumni Group Montenegro im Rahmen des Projektes ‚European Way‘, 8. Juni 2009.
- „Regards croisés sur les médias dans l’aire euro-méditerranéenne. Déconstruire les stéréotypes“, Einführungsvortrag zu dem Workshop auf der Euro-mediterranischen Konferenz, Université Libre de la Méditerranée. La paix, à quelles conditions? des Euro-mediterranen Hochschulnetzwerkes REMU und der Rechts- und Politikwissenschaftsfakultät von Mohammédia (Marokko), 6. Juli 2009.

Oliver Meier

- “Which kind of nuclear order? Addressing the challenges posed by the U.S.-India nuclear deal”, Vortrag vor dem Berlin Article VI Forum “New Imperatives and Openings for a Nuclear Weapons-Free World” der Middle Powers Initiative, Berlin, 28.-30. Januar 2009.
- “Abschreckung oder Abrüstung? ‚Global Zero‘ und die Reduzierung der Rolle von Nuklearwaffen in der Sicherheitspolitik des 21. Jahrhunderts”, Keynote Speech auf der Jahrestagung der Heinrich-Böll-Stiftung: „Atomwaffenfreie Welt oder atomare Anarchie? Die Zukunft des nuklearen Nichtverbreitungsvertrags“, Berlin, 10.-11. September 2009.
- “New perspectives of the non-proliferation regime on the eve of the NPT review conference”, Vortrag auf der Anhörung “The non proliferation regime and the future of the Non-Proliferation Treaty” des Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung des Europäischen Parlaments, Brüssel, 30. November 2009.

Jens Narten

- “Peacebuilding is Interaction. Explaining the Outcomes of Postwar Democratic Transitions”, Vortrag auf dem 2009 APSA Annual Meeting in Toronto, 5. September 2009.
- “Range, Characteristics and Roles of Multi-stakeholder Partnerships for Democracy, Good Governance, Rule of Law and Their Significance for Peacebuilding and Human Security”. Vortrag auf dem MultiPart Work Package 4c Meeting in Graz, 6. März 2009.
- “Co-opting Multi-stakeholder Security Provisions. ‘Demobilization by Rearmament’ – The Dual Conversion of the KLA into Kosovo’s New Army”. Vortrag auf der 2009 ISA Annual Convention in New York, 15. Februar 2009.

Götz Neuneck

- “Nuclear Disarmament: What about Missile Defense?”, ISODARCO Wintercourse Andalo, Italien 14. Januar 2009.



Podiumsdiskussion mit Gernot Erler, Michael Brzoska, Niels Annen und Thomas Frankenfeld



- “Quality vs. Quantity: New Weapon Developments and Arms Control”, Berlin-Seminar on Arms Control, RACVIAC-Centre for Security Cooperation in Zagreb, Kroatien, 24.-26. März 2009.
- „Stand der Weltraumbewaffnung“, Unterausschuss für Abrüstung und Rüstungskontrolle des deutschen Bundestages, Berlin 22. April 2009.

Sibylle Reinke de Buitrago

- „Die Bundeswehreinsätze im Spiegel der politischen Entscheidungsträger und der Öffentlichkeit Deutschlands und Frankreichs“. Kolloquium: Sortie de la singularité – Retour à la normalité: Politique et interventions militaires extérieures de la RFA depuis 1990 / Université Jean Monnet de Saint-Etienne, Friedrich-Ebert-Stiftung Paris, Institut Goethe de Lyon, Université de Cergy-Pontoise, Lyon, Frankreich, 12.-13. November 2009
- „The Formation of Security Concepts in the Current Security Debate – A Comparative Perspective“. Post-Doc-Conference – Stiftung Wissenschaft und Politik: Many faces of security in a world of complex threats. Key questions – approaches – findings of policy-oriented research in and for Europe, Berlin, 16.-17. September 2009
- „Taking Stock: The Study of Enemy Images Today“. 67th National Conference of the Midwest Political Science Association, Chicago, USA, 2.-5. April 2009.

Ursel Schlichting

- “Human Dimension Challenges and Priorities in 2010/2011 – Strengthening the Human Dimension Means Strengthening the OSCE as a Whole”, Vortrag auf einer Tagung zum Thema “Future OSCE Chairmanships: Policies and Challenges”, veranstaltet vom österreichischen Außenministerium in Zusammenarbeit mit dem österreichischen Verteidigungsministerium, Wien, 9. Juni 2009.

Patricia Schneider

- Skizzierung gemeinsamer Zukunftsprojekte eines „Netzwerkes Friedensrecht“ – Friedensrecht und Friedensforschung, Konferenz „Frieden durch Recht?“ von IALANA (International Association of Lawyers Against Nuclear Arms, Deutsche Sektion) in der Humboldt-Universität zu Berlin am 26./27. Juni 2009.

Wolfgang Zellner

- “European Security Policy between Old and New: Challenges on the Way Ahead” auf der internationalen Konferenz “New Security Architecture in Europe: Regimes, Mechanisms and Instruments”, organisiert vom Moscow State Institute of Foreign Relations (Universität) des russischen Außenministeriums (MGIMO), Moskau, 2./3. April 2009.
- Eröffnungsvorlesung “Security and Co-operation in the OSCE Area: Conflicts and New Dividing Lines” bei der OSZE-Sommerakademie des Austrian Study Center for Peace and Conflict Resolution, Burg Schlaining, 22. June 2009.
- Key note speech “Cooperative Security versus Unilateralism” und “Different Levels of Security in the OSCE Area” auf dem dritten informellen Wiener Treffen des Korfu-Prozesses der OSZE auf Botschafterebene, Wien, 15. September 2009.



Eine ägyptische Delegation besucht CORE

4.6 Funktionen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des IFSH in Fachgremien

Michael Brzoska

- Mitglied der Akademie der Wissenschaften in Hamburg
- Mitglied im Stiftungsrat der Deutschen Stiftung Friedensforschung
- Mitglied im Beirat der Hamburger Stiftung zur Förderung der Demokratie und des Völkerrechts
- Vorsitzender des Governing Board, International Security Information Service, Brüssel
- Mitglied des Beirats Pôle Bernheim, Université Libre de Bruxelles
- Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Theologie und Frieden
- Mitglied des Direktoriums des Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrums für Naturwissenschaft und Friedensforschung (ZNF), Universität Hamburg



- Korrespondierendes Mitglied der Fachgruppe Rüstungsexport, Gemeinsame Kommission der Kirchen für Entwicklungspolitik
- Herausgeber der Schriftenreihe „Demokratie, Sicherheit, Frieden“
- Herausgeber und Schriftleiter der Zeitschrift „S+F. Sicherheit und Frieden. Security and Peace“
- Associate Editor des Journal of Peace Research
- Associate Editor des Economics of Peace and Security Journal
- Mitglied im Editorial Advisory Board, International Studies Perspectives

Hans-Georg Ehrhart

- Mitherausgeber der Lehrbuchreihe „Elemente der Politik“, VS-Verlag Wiesbaden (verantwortlich für Internationale Beziehungen)
- Mitglied der Arbeitskreises Europäische Integration
- Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik
- Mitglied des Blankeneser Gesprächskreises an der Führungsakademie der Bundeswehr
- Mitglied des Cercle Stratégique Franco-Allemand
- Vertrauensdozent der Friedrich-Ebert-Stiftung

Regina Heller

- Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Kölner Forums für Internationale Beziehungen und Sicherheitspolitik (KFIBS) e.V.
- Mitglied des Koordinierungsausschusses des Nebenfachstudiengangs Osteuropa, Universität Hamburg

Stephan Hensell

- Mitherausgeber des „Hamburg Review of Social Sciences“, Online-Journal, Institut für Politische Wissenschaft, Universität Hamburg.

Margret Johannsen

- Mitherausgeberin Friedensgutachten

Martin Kahl

- Lenkungskreis Sicherheitsforschungsprogramm der Bundesregierung (BMBF)
- Gutachter für Sicherheitsforschungsprogramm des BMBF
- Chefredakteur von „S+F. Sicherheit und Frieden. Security and Peace“ (seit August 2009)

Elena Kropatcheva

- Mitglied im Vorstand der Deutsch-Russischen Gesellschaft in Hamburg

Isabelle Maras

- Mitglied des Herausgeberkomitees der Zeitschrift *Eyes on Europe* (Institut für Europäische Studien (IEE, Université Libre de Bruxelles).

Oliver Meier

- Repräsentant und Korrespondent der U.S. Arms Control Association

Jens Narten

- Gutachter für das peer-reviewed „*Journal of Intervention and Statebuilding*“

Götz Neuneck

- Vorstandsrat Deutsche Physikalische Gesellschaft (DPG)
- Sprecher des Arbeitskreises Physik und Abrüstung in der Deutschen Physikalische Gesellschaft (DPG)
- Mitglied des Executive Council der „*Pugwash Conferences on Science and World Affairs*“
- Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF)
- Stellv. Vorsitzender des Forschungsverbundes Naturwissenschaft, Abrüstung und Internationale Sicherheit (FONAS)



Berlin-Exkursion der MPS-Studierenden



- Mitglied des Beirats der IPPNW
- Pugwash-Beauftragter der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW)
- Mitglied der Arbeitsgruppe Fissile Material Cut-off des Auswärtigen Amtes

Patricia Schneider

- Chefredakteurin (bis August 2009) und Mitherausgeberin von „S+F. Sicherheit und Frieden. Security and Peace“
- Ko-Leiterin des „Arbeitskreises Curriculumentwicklung“ der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) (bis Oktober 2009)
- Ko-Leiterin der Gruppe Hamburg mit Leitung eines monatlichen Doktorandenkolloquiums von THESIS – Interdisziplinäres Netzwerk für Promovierende und Promovierte e.V.

Wolfgang Zellner

- Mitglied im Editorial Board der Zeitschrift Helsinki Monitor. Security and Human Rights
- Mitglied des Beirats der Zeitschrift Wissenschaft & Frieden



Michael Brzoska mit Studierenden an der ECNU in Shanghai



5. Lehre und Nachwuchsförderung

Seit 2002 führt das IFSH mitverantwortlich den Studiengang „Master of Peace and Security Studies“ der Universität Hamburg durch. Der Studiengang bildet das Zentrum der Nachwuchsförderung des IFSH. Fast alle wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts sind in die Lehre und Betreuung im Rahmen des Studiengangs eingebunden. Der Studiengang ist bis zum Jahr 2012 auflagenfrei akkreditiert.



Elisabeth Allgöwer (Universität Hamburg) und Michael Brzoska überreichen den Absolventinnen und Absolventen ihre Masterurkunden

Über den Studiengang hinausgehend unterhält das IFSH ein umfangreiches Förderprogramm für den wissenschaftlichen Nachwuchs. Dabei wird der Frauenförderung besonderer Stellenwert beigemessen. Zu den Bestandteilen des Nachwuchsförderprogramms gehören traditionell die Mitarbeit examinierter Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler an drittmittelgeförderten Forschungs- und Beratungsprojekten, die Einbeziehung studentischer Hilfskräfte in die wissenschaftliche und akademische Arbeit des Instituts sowie die Ausbildung von studentischen Praktikanten und Praktikantinnen. 2009 absolvierten 28 Studierende (davon 16 weiblich, 12 männlich) ein Praktikum am IFSH (auf die Arbeitsbereiche aufgeteilt: ZEUS: 12, CORE: 8, , IFAR²:8).

Das IFSH wirkt darüber hinaus mitverantwortlich unter anderem am Europäischen Studiengang „Human Rights and Democratization“ (Venedig) und am Osteuropastudiengang der Universität Hamburg mit. Im Rahmen der 2007 vereinbarten Zusammenarbeit mit der East China Normal University (ECNU) in Schanghai ist Zhou Fan seit November 2008 der erste Doktorand der ECNU am IFSH.

Im Berichtszeitraum haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IFSH neben ihren Lehrveranstaltungen (zu den Lehrveranstaltungen der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts im Einzelnen s. Kap. 5.5 und Statistischer Anhang) zahlreiche Erst- und Zweitgutachten für Master-, Diplom- und Magisterarbeiten verfasst, ferner Prüfungsverfahren durchgeführt sowie an Promotionsverfahren teilgenommen. Bis Oktober war Hans-Georg Ehrhart für Organisation und Durchführung des wöchentlichen Forschungskolloquiums des Instituts verantwortlich. Mit Beginn des Wintersemesters hat Regina Heller diese Aufgabe übernommen. Michael Brzoska leitet das Doktorandenkolloquium.

5.1 Studiengang „Master of Peace and Security Studies (M.P.S.)“ an der Universität Hamburg

Im Oktober 2009 begann das achte Akademische Jahr des M.P.S.-Studiengangs mit der Orientierungseinheit und einer Exkursion nach Berlin.

Am 6. Oktober 2009 wurde der siebte Absolventenjahrgang im Rahmen einer Festveranstaltung in der Universität Hamburg feierlich verabschiedet. 25 Absolventinnen und Absolventen aus acht Ländern (Venezuela, Frankreich, USA, Brasilien, Slowenien, Großbritannien, Kasachstan und Deutschland) erhielten ihre Masterurkunde: Antonieta Alcorta de Bronstein, Isabella Bauer, Christophe Bracq-Burgy, Tim Buchholz, Maren Bunger, Caitlin Corrigan, Diego Curvo de Freitas, Julia Dolfen, Katrin Eckert, Katja Gönc, Simone Görtz, Julia Graupe, Emily Knibbs, Felix Koltermann, Ulrich Kühn, Yaëlle Link, Matthew Mackenzie, Jürgen Panzer, Kristin Richter, Michael Schöppner, Roman Vakulchuk, Eric Van Um, Alexandra Varan, Lynne Welton, Jutta Zimmermann.



Nach den Einführungen von Prof. Dr. Elisabeth Allgöwer, Prodekanin für Studium und Lehre der Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, und Frau Dr. Herlind Gundelach, Senatorin für Wissenschaft und Forschung, hielt Prof. Dr. Catherine M. Kelleher, Senior Fellow am Watson Institute, Brown University, den Festvortrag zum Thema: „Is a World Free of Nuclear Weapons Desirable, Realistic and Feasible?“. Studiengangleiter Götz Neuneck und die Studierendenvertreter zogen Bilanz über das Studienjahr und die Akademischen Koordinatorinnen Patricia Schneider und Naida Mehmedbegović-Dreilich führten durch das Programm.

Für das 8. Akademische Jahr 2009/2010 wurden 29 Studierende aus 13 Ländern immatrikuliert (Sierra Leone, Frankreich, Brasilien, Ukraine, Schweiz, Georgien, Österreich, Polen, Bangladesh, Kasachstan, Finnland, Lettland und Deutschland); der Frauenanteil beträgt knapp 62 Prozent (18 Studierende). Der Studiengang wird von der Universität Hamburg in Zusammenarbeit mit dem IFSH und 15 weiteren Forschungs- und akademischen Lehrinrichtungen des Kooperationsverbundes Friedensforschung und Sicherheitspolitik sowie dem Förderverein der Freunde und ehemaligen Studierenden M.P.S. durchgeführt. Die Bundeswehr ordnete wiederum einen Offizier als Teilnehmer des Studiengangs ab.

Die inhaltliche und organisatorische Koordinierung des Studiengangs obliegt dem IFSH, das auch im Berichtsjahr wieder die M.P.S.-Studienleitung stellte. Studienleiter ist Götz Neuneck. Akademische Koordinatorin waren Patricia Schneider und ihre Schwangerschaftsvertretung Naida Mehmedbegović-Dreilich. Vorsitzender des Gemeinsamen Ausschusses für den Studiengang ist der Wissenschaftliche Direktor des IFSH, Michael Brzoska, weitere Mitglieder des IFSH sind Götz Neuneck und Wolfgang Zellner. Dem Zulassungs- und Prüfungsausschuss für den Studiengang gehörte neben den genannten Personen auch Patricia Schneider an. Hinzu kommen externe Mitglieder von den beteiligten Fachbereichen der Universität Hamburg und den kooperierenden Instituten (KoFrieS).



MPS-Studiengangleiter Götz Neuneck



MPS-Jahrgänge 2008/2009 und 2009/2010



Institutionelle Mitglieder des Kooperationsverbunds Friedensforschung und Sicherheitspolitik (KoFrieS)

sind neben dem IFSH (ZEUS, CORE und IFAR²):

- Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht an der Ruhruniversität Bochum (IFHV);
- Internationales Konversionszentrum Bonn (BICC);
- Berghof-Forschungszentrum für konstruktive Konfliktbearbeitung, Berlin;
- Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt am Main (HSFK);
- Institut für Theologie und Frieden, Hamburg (IThF);
- Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg (FüAkBW);
- Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft, Heidelberg (FEST);
- Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung, Hamburg (ZNF);
- German Institute of Global and Area Studies, Hamburg (GIGA);
- Institut für Entwicklung und Frieden an der Universität Duisburg-Essen (INEF);
- European Centre for Minority Issues (ECMI);
- Internationales Institut für Politik und Wirtschaft/Haus Rissen;
- Zentrum für internationale Friedenseinsätze, Berlin (ZIF);
- Institut für Internationale Politik der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr (HSU);
- Universität Hamburg, Fakultäten der Rechtswissenschaft, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Geisteswissenschaften
- Verein der Freunde und ehemaligen Studierenden M.P.S.



Senatorin Dr. Herlind Gundelach richtet ein Grußwort an die MPS-Studierenden

Dr. Axel Krohn (Führungsakademie der Bundeswehr) wurde vom Kooperationsverbund für das Studienjahr 2009-2010 als Vertreter im Gemeinsamen Ausschuss erneut bestätigt.

Ziel des zweisemestrigen Studiengangs ist es, hochqualifizierte Absolventinnen und Absolventen eines sozial- oder naturwissenschaftlichen Studiums an einer deutschen oder ausländischen Universität sowie akademisch ausgebildete Praktiker auf anspruchsvollem Niveau in friedens- und sicherheitspolitische Fragestellungen und in die Grundlagen ihrer praxisgerichteten Bearbeitung einzuführen. Ziel ist ferner, Methoden und Ergebnisse der Friedensforschung zu vermitteln und dadurch die Studierenden auf Tätigkeiten in der friedenswissenschaftlichen Forschung und Lehre bzw. friedens- und sicherheitspolitisch berufsfeldorientiert auf eine Tätigkeit bei nationalen und internationalen Organisationen, Verwaltungen, Verbänden, Unternehmen sowie in politischen Ämtern vorzubereiten. Gleichberechtigte Arbeitssprachen des Studiengangs sind Deutsch und Englisch. Im Rahmen des Programms kooperiert M.P.S. mit anderen Studiengängen der Universität Hamburg, darunter mit dem „Euromaster“, dem „Master of European Studies“ und dem Osteuropa-Nebenfachstudiengang unter Federführung der Fakultät für Rechtswissenschaften.

Das erste Semester des M.P.S. umfasst ein modulares Lehrprogramm, bestehend aus fünf Modulen: Internationale Friedens- und Sicherheitspolitik, Friedenssicherungs- und Konfliktvölkerrecht, Naturwissenschaften und Frieden, Friedensethik, Wirtschaftliche Globalisierung und Konflikte. Aus diesen Modulen wählen die Studierenden jeweils zwei Module



aus, hinzu kommt das obligatorische Querschnittsmodul. Das zweite Semester besteht aus lehr- und praxisorientierten Modulen. Die Studierenden belegen hier spezifische Lehrveranstaltungen, die auf die jeweils bearbeiteten Forschungsthemenfelder der Masterarbeit vorbereiten. Die im Kooperationsverbund zusammengeschlossenen Institute und Einrichtungen fungieren entsprechend ihres jeweiligen Forschungsprofils im zweiten Semester als Residenzinstitute für die Studierenden und bilden zugleich das Scharnier zwischen dem Studium und den angestrebten Berufs- und Tätigkeitsfeldern nach dessen erfolgreichem Abschluss.

Der Studiengang wurde 2009 durch verschiedene Stipendienprogramme unterstützt. Besonders hervorzuheben ist die Förderung durch den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) und den Verein zur Förderung des IFSH (VFIF). Die vom DAAD bereitgestellten Fördermittel umfassen neben Stipendien auch die Weiterentwicklung des „Akademischen Netzwerks Südosteuropa“ (www.akademischesnetzwerk-soe.net) zur Unterstützung des Aufbaus einer friedlich-demokratisch orientierten Wissenschaftslandschaft in Südosteuropa. Dies beinhaltete neben dem Aufenthalt von Gastwissenschaftlern aus Bosnien-Herzegowina und Montenegro am IFSH und Doktorandenstipendien auch die Förderung eines gemeinsamen internationalen Workshops mit der Universität Podgorica, in dessen Rahmen Studierende des MPS mit Studierenden und Absolventen der Partneruniversitäten (Podgorica, Ljubljana, Sarajewo, Novi Sad, Rijeka, Zagreb, Prishtina, Skopje und Tetovo) in Montenegro zusammentrafen. Thema des Workshops war „Montenegro’s Path towards Euro-Atlantic Integration“.

5.2 Europäischer Studiengang „Human Rights and Democratization“ (Venedig)

Seit einigen Jahren ist die Universität Hamburg an diesem von 40 Universitäten und Instituten aus EU-Staaten getragenen Postgraduiertenstudiengang beteiligt. Seit 2006 verleiht die Universität als eine von derzeit sechs Universitäten ein gemeinsames Diplom. Von Anbeginn im Jahre 2001 an nimmt das IFSH für die Universität Hamburg die Lehr-, Betreuungs- und Prüfungsaufgaben im Rahmen des Studiengangs wahr. Dazu zählen Lehrveranstaltungen in Venedig im Wintersemester sowie Lehr- und Betreuungsaufgaben in der Funktion als Residenzinstitut für Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieses Studiengangs im Verlauf des zweiten Semesters. Ein Studierender war im Sommersemester 2009 am IFSH in Hamburg. Dr. Theodora Vrancean und Dr. Patricia Schneider als verantwortliche Koordinatoren der Exkursionen nach Wien und Straßburg boten den E.MA-Studierenden in bewährter Weise die Teilnahme an interessanten Studienelementen des M.P.S.-Studiengangs an. Herr Anne Blanksma absolvierte das Sommersemester an der Universität Hamburg und am IFSH. Er wurde von Michael Brzoska, Regina Heller, Martin Kahl und Anna Kreikemeyer betreut. Hans-Joachim Gießmann bleibt trotz seines Ausscheidens aus dem IFSH auch künftig als E.MA-Direktor für die Beteiligung der Universität Hamburg an diesem Studiengang zuständig. Für das IFSH hat Diana Digol die Koordinierung übernommen.





5.3 Lehr- und Doktorandenkooperation mit der East China Normal University (ECNU), Shanghai

Die im Oktober 2007 zwischen der ECNU, dem IFSH und der Universität Hamburg vereinbarte Kooperation wurde im Berichtszeitraum durch einen Lehraufenthalt von Prof. Michael Brzoska fortgesetzt, der ein Blockseminar in Shanghai abhielt. Im November 2008 begann der erste ECNU Doktorand, Fan Zhou, seinen Aufenthalt am IFSH. Der Fachbereich Wirtschaft und Politik der Universität Hamburg (Prof. Voegeli) und das IFSH stellten einen gemeinsamen Antrag für Stipendien für ECNU-Angehörige für Aufenthalte in Hamburg an den Senat der FHH im Rahmen des Städtepartnerschaftsprogramms Hamburg-Shanghai. Kontaktperson am IFSH für das Programm ist Michael Brzoska.



Flyer zur Nacht des Wissens

5.4 Doktorandenbetreuungsprogramm

Im Rahmen des Programms sind die Promovierenden in eine intensive Betreuung durch erfahrene wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts eingebunden, die es ihnen ermöglicht, eine Dissertation erfolgreich abzuschließen und gleichzeitig Schlüsselqualifikationen für Berufstätigkeiten innerhalb und außerhalb wissenschaftlicher Einrichtungen zu erwerben. Doktorandinnen und Doktoranden sind themenabhängig jeweils in einen der Arbeitsbereiche des IFSH integriert und nehmen so aktiv am wissenschaftlichen und akademischen Leben des Instituts teil. Das regelmäßig stattfindende Doktorandenseminar und die wöchentlichen Forschungskolloquien bieten wichtige Plattformen für den wissenschaftlichen Austausch und die Möglichkeit der Präsentation und Diskussion von Zwischenergebnissen. Zugangsvoraussetzungen sind u.a. ein überdurchschnittlicher geistes- oder naturwissenschaftlicher Studienabschluss, breite Kenntnisse der Grundlagen der Friedensforschung und die Wahl eines friedenswissenschaftlichen Promotionsthemas. Das IFSH hat keine eigenen Förderungsmöglichkeiten, unterstützt aber Bewerbungen bei Stiftungen und anderen Institutionen. Die meisten Studierenden sind an der Universität Hamburg immatrikuliert, dies ist aber keine Bedingung für die Teilnahme am Doktorandenprogramm. Programmverantwortlicher war im Berichtszeitraum Michael Brzoska, der auch das Doktorandenseminar anleitet.

5.5 Lehrveranstaltungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des IFSH 2009

Wintersemester 2008/2009

- Universität Hamburg, MIN-Fakultät/M.P.S., Seminar „Nichtweiterverbreitung und Rüstungsdynamik im Mittleren Osten“ (Götz Neuneck/Christian Alwardt)
- Universität Hamburg/M.P.S., Seminar „China – Reemerging player in international affairs“ (Bernt Berger)
- Universität Hamburg/M.P.S., Vorlesung und Übung „Political Economy of Conflicts, War and Arms“ (Michael Brzoska)
- Universität Hamburg/IFSH, Doktorandenseminar (Michael Brzoska)
- Universität Hamburg/M.P.S., Seminar „Die EU als außen-, sicherheits- und friedenspolitischer Akteur“ (Hans-Georg Ehrhart)
- Universität Hamburg/M.P.S., Forschungskolloquium (Hans-Georg Ehrhart)
- Universität Hamburg/M.P.S., Blocklehrveranstaltung „Maritime Sicherheit in Südostasien. Eine Einführung“ (Torsten Geise)
- Universität Hamburg/M.P.S./Euromaster/NF-Studiengang Osteuropa, Haupt- bzw. Vertiefungsseminar „Die neue ‚EU-Ostpolitik‘ im postsowjetischen Raum“ (Regina Heller)



- Universität Hamburg/M.P.S., Vertiefungsseminar „Der Nahostkonflikt in den Internationalen Beziehungen“ (Margret Johannsen)
- Universität Hamburg/M.P.S., Seminar „Einführung in die Sicherheitspolitik“ (Martin Kahl)
- Universität Hamburg/M.P.S., Blocklehrveranstaltung „Die kaspische und die Schwarzmeerregion: Perspektiven für Europas Energiesicherheit“ (Marietta König)
- Universität Hamburg/M.P.S., 2 Blocklehrveranstaltungen, Übung „Wissenschaftliches Schreiben“ (Anna Kreikemeyer)
- Universität Hamburg/M.P.S., Blocklehrveranstaltung, „Is Russia a Friend or Foe? Russia’s Security Policy“ (Elena Kropatcheva)
- Universität Hamburg/M.P.S., Blocklehrveranstaltung „Politicizing Communication: A Study in Security Policy“ (Sybille Reinke de Buitrago)
- Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung an den Standorten Münster und Bielefeld, Seminar „Politikwissenschaft“ (Bernhard Rinke)
- Universität Hamburg/M.P.S. in Kooperation mit der Universität Ljubljana/ Akademisches Netzwerk Südosteuropa „Neighborhood Cooperation and Bridge-building Peace Policy: The role of Slovenia“ (Patricia Schneider/Naida Mehmedbegovic)
- Universität Hamburg/M.P.S., Seminar/Exkursion, „Deutsche Außenpolitik zwischen globalem Engagement und nationalen Interessen“ (Patricia Schneider/Götz Neuneck)
- Universität Hamburg/ M.P.S., Orientierungseinheit (Patricia Schneider/Götz Neuneck)
- European Inter-University Center for Human Rights and Democratisation (Venedig), Blocklehrveranstaltung „Introducing Politics“ (Diana Digol)
- European Inter-University Center for Human Rights and Democratisation (Venedig), Blocklehrveranstaltung „Human Rights: Political Prospects and Challenges“ (Diana Digol)
- Berufsakademie Hamburg, Blocklehrveranstaltung „Interkulturelle Kommunikation“, Seminar (Naida Mehmedbegovic)
- Universität Hamburg/M.P.S., Blocklehrveranstaltung „Intercultural Communication and Cooperation“ (Naida Mehmedbegovic)
- Universität Hamburg, HOPIKOS, Blockveranstaltung „Training zur Interkulturellen Kompetenz“ (Naida Mehmedbegovic)
- Universität Hamburg/M.P.S., Vertiefungsseminar „Europäische Sicherheitspolitik: OSZE“ (Wolfgang Zellner) 2sws

Sommersemester 2009

- Universität Hamburg/MPS, Vorlesung „Internationale Beiträge zur Friedenskonsolidierung in Nachkriegsgesellschaften“ (Michael Brzoska)
- Universität Hamburg/IFSH, Doktorandenseminar (Michael Brzoska)
- Universität Hamburg/Department Physik, Proseminar „Der Mensch im All. Beiträge aus Astronomie, Physik und Friedenswissenschaft“ (Götz Neuneck, Dieter Engels, Dieter Reimers, Hartwig Spitzer)
- Universität Hamburg/Fakultät für Rechtswissenschaft, Blockseminar „Konflikttransformation durch Interventionen externer Akteure in Situationen prekärer Staatlichkeit“ (Martin Kahl, Stefan Oeter)
- Universität Hamburg, Arbeitsstelle Studium und Beruf, Seminar „Interkulturelle Kompetenz“ (Naida Mehmedbegović-Dreilich)
- TU Hamburg Harburg, Blockseminar „Ethics for Engineers: The Politics of Science“ (Oliver Meier, Iris Hunger)
- Université Libre de Bruxelles (Brüssel, Belgien), Seminar „Media and Stereotypes in the relationship between Western and Arab-Muslim Societies“ (Isabelle Maras zusammen mit Professor Eric Remacle).
- Universität Hamburg/M.P.S. in Kooperation mit dem Streitkräfteamt „New Challenges for the German Security Policy (Field trip to Bruxelles: NATO, EU, MoD), RI-Seminar in Bonn, Straßburg, Geilenkirchen (Patricia Schneider, Hans-Georg Ehrhart)

Wintersemester 2009/2010

- Universität Hamburg/M.P.S., Vorlesung und Übung „Political Economy of Conflicts, War and Arms“ (Michael Brzoska)
- Universität Hamburg/CLISAP, Vorlesung „Klimawandel und Sicherheit“ (Jürgen Scheffran, Michael Brzoska, Jürgen Ossenbrügge)
- Universität Hamburg/IFSH, Doktorandenseminar (Michael Brzoska)
- Universität Hamburg, Vorlesung „Naturwissenschaftliche Beiträge zur Friedensforschung“ (Götz Neuneck, Martin Kalinowski)



Den Festvortrag zur Verabschiedung des MPS-Jahrgangs 2008/2009 und zur Begrüßung des neuen Jahrgangs hält Prof. Dr. Catherine Kelleher



- Universität Hamburg/M.P.S., Vertiefungsseminar „Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa: Stand und aktuelle Entwicklungen“ (Götz Neuneck, Wolfgang Zellner)
- Universität Hamburg/M.P.S., Methodenseminar im Propädeutikum „Naturwissenschaft und Friedensforschung“, (Götz Neuneck, Martin Kalinowski, Anna Zmorynska)
- Universität Hamburg/M.P.S., Orientierungseinheit, 1.- 17. Oktober 2008 (Michael Brzoska, Martin Kahl, Götz Neuneck, Naida Mehmedbegović-Dreilich)
- Universität Hamburg/M.P.S., Blocklehrveranstaltung „Verifikation und Rüstungskontrolle“ (Götz Neuneck, Oliver Meier)
- Universität Hamburg: NF-Studiengang Osteuropa/M.P.S./Euromaster, Vertiefungsseminar „Die EU im postsowjetischen Raum“ (Regina Heller)
- Universität Hamburg/M.P.S., Vertiefungsseminar „Die Europäische Union als außen-, sicherheits- und friedenspolitischer Akteur“ (Hans-Georg Ehrhart)
- Universität Hamburg/M.P.S., Vorlesung „Einführung in die Sicherheitspolitik“ (Martin Kahl)
- Universität Hamburg/M.P.S., Blocklehrveranstaltung „Methoden der Friedens- und Konfliktforschung“ (Martin Kahl)
- Universität Hamburg, Arbeitsstelle Studium und Beruf, Seminar „Interkulturelle Kompetenz“ (Naida Mehmedbegović-Dreilich)
- Universität Hamburg/M.P.S., Blocklehrveranstaltung „Intercultural Communication and Cooperation“, (Naida Mehmedbegović-Dreilich)
- Universität Hamburg/ M.P.S., Seminar/Exkursion, „Deutsche Außenpolitik zwischen globalem Engagement und nationalen Interessen“ (Götz Neuneck, Patricia Schneider, Naida Mehmedbegović-Dreilich)
- Leuphana Universität Lüneburg, Blocklehrveranstaltung/Training „Erfolgreich im interkulturellen Kontext - Interkulturelle Kompetenz“, (Naida Mehmedbegović-Dreilich)
- Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HOPIKOS). Blockveranstaltung/Training „Interkulturelle Kompetenz“, (Naida Mehmedbegović-Dreilich)
- Universität Hamburg/M.P.S. in Kooperation mit der Universität Podgorica im Rahmen des vom DAAD-geförderten Akademischen Netzwerkes Südosteuropa, „Montenegro's Path towards Euro-Atlantic Integration (Exkursion nach Montenegro)“ (Patricia Schneider, Naida Mehmedbegović-Dreilich)
- Universität Hamburg/M.P.S., Blocklehrveranstaltung „Perception and Communication in International Politics“ (Sybille Reinke de Buitrago)
- Universität Hamburg/M.P.S., Vertiefungsseminar „Europäische Sicherheitspolitik: OSZE“ (Wolfgang Zellner)

Aus- und Weiterbildung, Gast vorlesungen

- University of Maastricht/Department of Political Science, Vorlesung „Gas Relations between Russia, the EU and Ukraine through the Prism of IR Theories (Elena Kropatcheva)“



Zwei der frisch gebackenen Master, Britta Varan und Christophe Braqueburgy begleiten den MPS-Festakt musikalisch



6. Service

6.1 Öffentlichkeitsarbeit

Entsprechend seinem Satzungsauftrag soll sich das Institut neben der friedenswissenschaftlichen Arbeit im engeren Sinne der „Bestandsaufnahme und laufenden Orientierung über die sicherheits- und friedenspolitischen Themen in Vorträgen, Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln, Rundfunk- und Fernsehbeiträgen und in eigenen Publikationsmedien“ widmen (quantitative Aufstellungen zu den entsprechenden Aktivitäten im Einzelnen finden sich im Statistischen Anhang).

2009 wurde wie in den Vorjahren eine große Anzahl von Anfragen an das Institut gerichtet. Der Kreis der Anfragenden ist breit und spiegelt das große gesellschaftliche Interesse an der Arbeit des IFSH wider. Insbesondere die Medien wenden sich naturgemäß mit Anfragen um Hintergrundinformationen, Interviews und schriftliche Beiträge an das IFSH. Den größten Anteil machten öffentlich-rechtliche und private Rundfunksender sowie Printmedien aus; aber auch im Fernsehen war das IFSH präsent.

Im Berichtszeitraum waren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts Interviewpartner und Gäste u.a. folgender Fernsehsender bzw. Sendungen: ARD (Tagesthemen, ARD aktuell, Monitor, Morgenmagazin), ZDF (heute), NDR, 3SAT, SAT1, RTL, Phönix, ntv und N24.

Die Rundfunksparten von NDR, WDR, HR, BR, SWR, MDR, SR, RBB und RadioBremen gehörten ebenso zu den häufigen „Medienkunden“ des IFSH wie Deutschlandradio Kultur, Deutschlandfunk und Deutsche Welle. Darüber hinaus kamen zahlreiche Anfragen von privaten Rundfunksendern und Agenturen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IFSH waren darüber hinaus u.a. in folgenden Tages- und Wochenzeitungen mit Interviews und Artikeln vertreten: Hamburger Abendblatt, taz, Die Welt, Thüringer Allgemeine, Lübecker Nachrichten, Berliner Zeitung, Süddeutsche Zeitung, Freie Presse Chemnitz, Tagesspiegel, Frankfurter Rundschau, Focus, Sächsische Zeitung, Flensburger Tageblatt, Freitag, Erfurter Allgemeine, Bild und Weserkurier. Internationale „Auftritte“ gab es u.a. in der Basler Zeitung (Basel), den Salzburger Nachrichten, bei Radio Teheran und in Zhongguo Xinwen Zhoukan (China Newsweek).

Neben den Medien wenden sich aber auch u.a. Gewerkschaften, Parteien und ihre Jugendorganisationen, Schulen, kirchliche Gruppen, Bundeswehreinrichtungen, Volkshochschulen, Friedensgruppen und Erwachsenenbildungsstätten immer wieder mit Bitten um Referenten und Materialien an das Institut.

Thematisch lagen die Schwerpunkte der Anfragen im Jahr 2009 vor allem auf dem aktuellen Konfliktgeschehen. Hier ist insbesondere die Lage in Afghanistan zu nennen. Aber auch die Diskussion um die vollständige Abrüstung aller Nuklearwaffen („Global Zero“), die durch die Prager Rede von US-Präsident Obama neuen Auftrieb erhalten hat, fand immer wieder das Interesse der Medien. Die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, das iranische Atomprogramm, die Auslandseinsätze der Bundeswehr, der internationale Terrorismus, die Piraterie vor Somalia, der Israel-/Palästinakonflikt, die Rolle der EU als internationaler Akteur, die Zukunft der OSZE, spezifische rüstungskontroll- und -exportpolitische Probleme, aber auch Menschenrechtsfragen waren darüber hinaus häufig nachgefragte Themen.



Isabelle Maras bei EUPM



Reinhard Mutz (vorn im Bild) ist Mitglied des Fördervereins des IFSH

Die Rubrik „Aktuelle Stellungnahmen“ auf der Institutswebsite spiegelt u.a. diese Themen wieder: http://ifsh.de/IFSH_php/akt_stellungnahmen.php.

6.2 Verein zur Förderung des IFSH

Am 28. Januar 1997 wurde auf Initiative von Staatsrat a.D. Dr. Heinz Liebrecht und des damaligen Bürgerschaftsabgeordneten Georg Berg der „Verein zur Förderung des Instituts für Friedensforschung e.V.“ (VFIF) gegründet.

Der Verein will die Arbeit des Instituts durch die Vermittlung der Arbeitsergebnisse in Politik und Öffentlichkeit sowie die Einwerbung zusätzlicher Finanzmittel fördern. VFIF lädt zu Vortrags- und Diskussionsrunden ein und unterstützt das Institut bei der Durchführung von Veranstaltungen.

Die Mitglieder werden zu den Veranstaltungen des IFSH und des Fördervereins eingeladen und erhalten den Rundbrief „ifsh-aktuell“.

Dem Vorstand von VFIF gehören an:

Liane Bayreuther-Lutz (Vorsitzende)
Andrea Wist (Stellvertretende Vorsitzende)
Prof. Dr. Herbert Wulf (Schriftführer)
Dr. Reinhard Mutz (Schatzmeister)
Prof. Dr. Michael Brzoska (Wissenschaftlicher Direktor des IFSH)

Im Berichtszeitraum bezuschusste der Verein einige Veranstaltungen des Instituts und engagierte sich vor allem in der Förderung von Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern, u.a. durch die Einrichtung von zwei M.P.S.-Stipendien und die Bereitstellung von Reisemitteln.

6.3 Bibliothek, Dokumentation und Homepage

Bibliothek

Die Bibliothek des IFSH versorgt in erster Linie die Wissenschaftler und Doktoranden, die Studierenden des Studiengangs M.P.S. die Mitarbeiter des Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrums für Naturwissenschaft und Friedensforschung (ZNF) mit Literatur, steht jedoch auch den Studierenden der Hamburger Hochschulen und der interessierten Öffentlichkeit zur Benutzung offen.

Der Bestand der Bibliothek umfasst 28.249 Bände und 128 laufend gehaltene Zeitschriften (Stand 31.12.2009). Der Zugang betrug 483 Bände, davon wurden 24 aus Drittmitteln erworben und 327 im Tausch erhalten bzw. als Geschenk erbeten. 127 Bände und 33 Aufsätze wurden aus Hamburger Bibliotheken entliehen oder über Fernleihe und Dokumentenlieferdienste beschafft.

Die Bibliothek des IFSH umfasst auch eine *OSZE-Depotbibliothek*, in der Literatur der und über die OSZE systematisch gesammelt wird. Die Bibliothekarin erstellt regelmäßig die Bibliographie des OSZE-Jahrbuchs sowie die OSZE-Online-Bibliographie auf der CORE-Homepage.



Ute Runge leitet die Bibliothek des IFSH



Der Bibliotheksbestand kann ab 1971 in Auswahl und ab 1994 vollständig über den Campus-Katalog recherchiert werden. Längerfristig ist geplant auch die Bestände vor 1994 vollständig im Campus-Katalog aufzunehmen.

Dokumentation

Seit 2000 nimmt das IFSH am „Fachinformationsverbund Internationale Politik und Länderkunde (FIV)“ teil – einem Zusammenschluss der wissenschaftlichen Dokumentationen von zwölf unabhängigen deutschen Forschungsinstituten und einem skandinavischen Forschungsinstitut, die ein gemeinsames Informationsnetzwerk bilden.

Das gemeinsame Produkt dieser Institute ist die Datenbasis *World Affairs Online* (WAO), die eine der größten sozialwissenschaftlichen Literaturdatenbanken in Europa darstellt. Sie verfügt gegenwärtig über ca. 700 000 Literaturnachweise – vorzugsweise Zeitschriften- und Buchaufsätze sowie graue Literatur – deren thematische Schwerpunkte auf globalen und regionalen, außen- und sicherheitspolitischen sowie wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen liegen. Im arbeitsteiligen Verbund des FIV erschließt die Dokumentation des IFSH Literatur zur OSZE sowie Publikationen des Hauses. Neben Internetquellen und Online-Katalogen der SUB Hamburg stellt die elektronische Datenbank des FIV die wichtigste Quelle für die fachbezogenen Literaturrecherchen der IFSH-Dokumentation dar. Seit September 2008 ist die WAO-Datenbank als Teil des IREON-Portals (www.ireon-portal.de) frei im Internet zugänglich.

Das IFSH ist seit 2003 am Aufbau und der Pflege eines Fachinformationsführers für Internetquellen aus dem Bereich Friedensforschung und Sicherheitspolitik beteiligt, der im Rahmen des DFG-geförderten Projekts „Virtuelle Fachbibliothek“ von der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg initiiert wurde. Die Links können unter: <http://www.vifapol.de/systematik/pea/> eingesehen werden. Das IFSH ist in diesem Rahmen auch Kooperationspartner des Verbunds.

Zwei Datenbanken, die im Rahmen des 2008 beendeten Gemeinschaftsprojekts mit dem Graduate Institute of International Studies (Genf) eingerichtet wurden, sind in die Homepage von CORE integriert. Dort stehen Literaturhinweise zu über 3.600 OSZE- und KSZE-bezogenen Büchern und Artikeln sowie eine Vielzahl von Internetquellen mit Informationen über die OSZE-Länder zur Verfügung.



und Uwe Polley ist für die Dokumentation verantwortlich

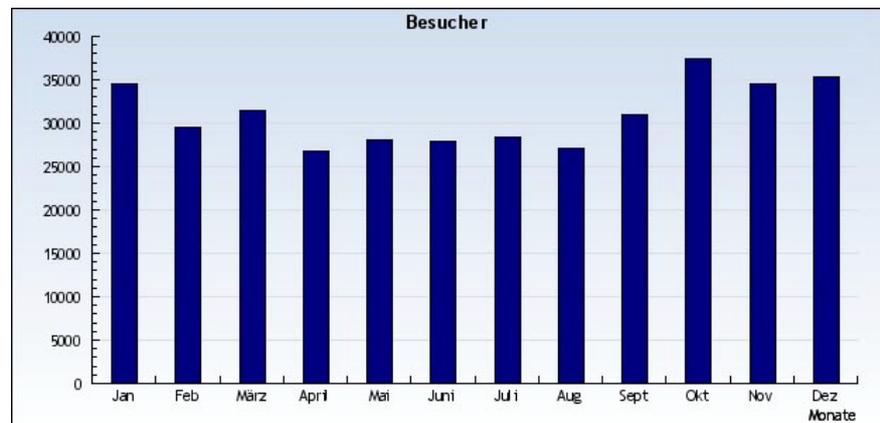


Homepage

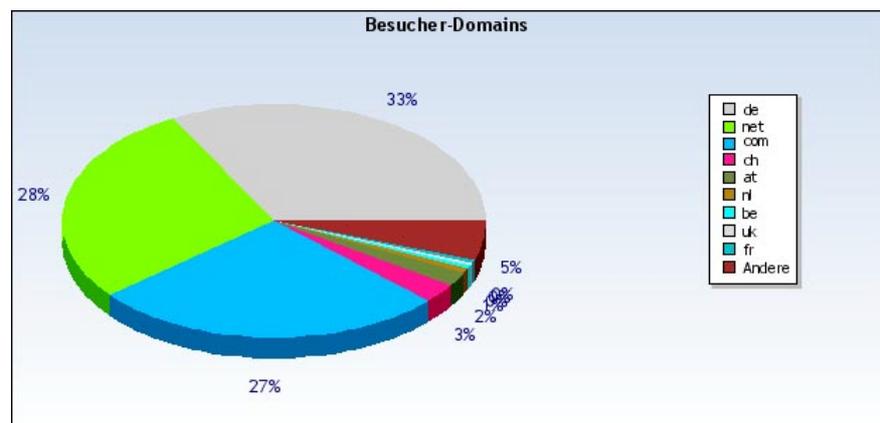
Auch 2009 wurde die Homepage des Instituts rege genutzt; ca. 400.000 Besucher nutzten das Internet-Angebot des IFSH und riefen knapp eine Million Seiten auf. Besonders stark nachgefragt waren – neben der Startseite – die deutschen und englischen Informationen zum Studiengang M.P.S. (s.a. Kap. 5.1.), Informationen über die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Seite „Aktuelles“, die Seiten der Arbeitsbereiche sowie die Veröffentlichungen.

Die Besucher-Domains lassen darauf schließen, dass Internet-Nutzer aus über 90 Ländern die Institutswebsite aufsuchten, wobei die meisten Nutzer aus Deutschland, der Schweiz und Österreich kamen.

Die meisten IFSH-eigenen Texte werden elektronisch verbreitet und stehen zum Herunterladen zur Verfügung – ein Angebot, das sich wachsender Beliebtheit erfreut.



Verteilung der Nutzung der IFSH-Website im Laufe des Jahres.



Besucher nach Domains



7. Personal und Gremien

Das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) ist eine Stiftung bürgerlichen Rechts. Stiftungsträgerin ist die Freie und Hansestadt Hamburg, vertreten durch die Behörde für Wissenschaft und Forschung. Die Organe des Instituts sind: Stiftungsvorstand, Kuratorium, Wissenschaftlicher Beirat und Institutsrat. Stiftungsvorstand ist der Wissenschaftliche Direktor.

7.1 Kuratorium

Laut Satzung des IFSH gehören dem Kuratorium folgende Mitglieder an: der oder die Präses der für Wissenschaft und Forschung zuständigen Behörde als Vorsitzende bzw. Vorsitzendem, die Präsidentin bzw. der Präsident der Universität Hamburg, vier von der Universität Hamburg benannte Vertreterinnen bzw. Vertreter, bis zu drei Vertreterinnen bzw. Vertreter aus dem öffentlichen Leben Hamburgs, die vom Kuratorium gewählt werden, sowie der bzw. die Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats.

Das **Kuratorium** des IFSH tagte im Berichtszeitraum zweimal. Es setzte sich 2009 aus folgenden Mitgliedern zusammen:

- Senatorin *Dr. Herlind Gundelach*, Behörde für Wissenschaft und Forschung (Vorsitzende)
- *Prof. Dr.-Ing. habil. Monika Auweter-Kurtz*, Präsidentin der Universität Hamburg (Stv. Vorsitzende) (bis Mai 2009)
- *Niels Annen*, MdB
- *Prof. Dr. Leoni Dreschler-Fischer*, FB Informatik, Arbeitsbereich Kognitive Systeme
- *Prof. Dr. Cord Jakobeit*, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats
- *Prof. Dr. Martin Kalinowski*, ZNF
- *Antje Möller*, MdHBü
- *Prof. Dr. Rolf von Lüde*, Fachbereich Sozialwissenschaften, Institut für Soziologie
- *Berndt Röder*, Präsident der Hamburgischen Bürgerschaft
- *Michael Schaaf*, Studierendenvertreter

7.2 Wissenschaftlicher Beirat

Im Berichtszeitraum tagte der Wissenschaftliche Beirat des IFSH einmal (zu Aufgaben und Zusammensetzung des Beirats s. Satzung des IFSH unter: www.ifsh.de). Dem Beirat gehören folgende Mitglieder an:

Prof. Dr. Cord Jakobeit (Universität Hamburg) (Vorsitzender)
Prof. Dr. Thomas Bruha (Universität Hamburg) (Stv. Vorsitzender)
Prof. Dr. Susanne Feske (Universität Münster)
Gunilla Herolf, PhD (SIPRI)
Prof. Dr. Kathryn Nixdorff (TU Darmstadt, Institut für Mikrobiologie)
Prof. Dr. Michael Staack (Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr, Hamburg)

7.3 Institutsrat

Der **Institutsrat** tagte im Berichtszeitraum zweimal.



Die Vorsitzende des Kuratoriums, Dr. Herlind Gundelach, beim MPS-Festakt



Prof. Dr. Kathryn Nixdorff, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats



7.4 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IFSH 2009:

Institutsleitung:

Wissenschaftlicher Direktor: Prof. Dr. Michael Brzoska

Stv. Wiss. Direktor: Prof. Dr. Götz Neuneck

Stv. Wiss. Direktor: Dr. Wolfgang Zellner

Wissenschaftliche Referentinnen/Referenten:

Dr. Hans-Georg Ehrhart

Dr. Regina Heller (seit März 2009)

Dr. Martin Kahl

Ursel Schlichting, M.A.

Dr. Patricia Schneider

Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter:

Christian Alwardt, Dipl. Phys. (bis September 2009)

Dr. Marcel Dickow (bis Juli 2009)

Dr. Diana Digol

Dr. Frank Evers

Torsten Geise, Dipl. Pol., M.P.S (bis Juli 2009)

Hans-Christian Gils, Dipl. Phys. (bis Juli und ab Oktober 2009)

Dr. Anna Kreikemeyer

Dr. Elena Kropatcheva

Naida Mehmedbegovic, M.A., M.P.S. (Juli bis Dezember 2009)

Dr. Oliver Meier

Jens Narten, Dipl.-Sozialwiss.

Eric van Um, M.A., M.P.S. (seit Oktober 2009)

Öffentlichkeitsreferentin:

Susanne Bund

Abgeordneter der Streitkräfte:

Oberstleutnant i.G. Dr. Armin

Wagner (bis November 2009)

Senior Research Fellows:

Dr. Margret Johannsen

PD Dr. Reinhard Mutz

Dr. Arne C. Seifert

Prof. Dr. Kurt P. Tudyka

Fellows:

Dr. David Aphrasidze

Bernt Berger, M.Ph.

Dr. Heiko Fürst

Cinthia Heanna

Dr. Stephan Hensell

Dr. Bernhard Rinke

Fausta Šimaityte

Dr. Thorsten Stodiek

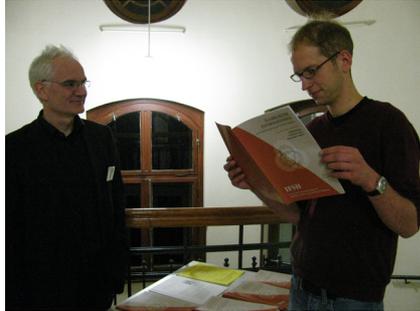
Gastwissenschaftlerinnen und Gastwissenschaftler:

Diana Benchechi (August-Oktober)

Marem Buzurtanowa (August-Oktober)

Oberst Tomislav Galic(seit Oktober 2009)

Julian Junk (seit April 2009)



Martin Kahl und Hendrik Hegemann



Jutta Stropahl und Armin Wagner



Eraj Ramazonov (August-Oktober)
OTL Zoran Stojkovski (bis März 2009)
Zhou Fan, ECNU

Doktorandinnen/Doktoranden:

Dennis Bangert, Dipl. soz. ök.
Andreas Bernath (seit Oktober 2009)
Sabina Cudic, M.A. (seit Mai 2009)
Hendrik Hegemann, M.A.
Gunnar Jeremias, Dipl. Pol., M.P.S.
Janina Johannsen, Dipl. Pol.
Marietta König, M.A.
Ulrich Kühn (seit Juli 2009)
Elena Kulipanova, M.A., M.P.S.
Isabelle Maras, M.A.
Fifi Muhabat (seit Oktober 2009)
Katja Munoz, M.A.
Sybille Reinke de Buitrago, M.A. (Abgabe Oktober 2009)
Sebastian Schiek, Dipl. Pol.
Emir Suljagic, M.A. (Abschluss Dezember 2009)
Isabelle Tannous, M.A. (bis Juli 2009)
Merle Vetterlein, Dipl.-Pol. (Abschluss Dezember 2009)
Denise Völker, Dipl.-Ing., M.P.S. (seit Juni 2009)

Support:

Nina Elena Eggers (seit April 2009)
Mirko Guth
Anna Jessel (seit April 2009)
Barbara Kauffmann
Eray Öztürk
Kathrin Peiffer (Januar-Mai und seit November 2009)
Jochen Rasch
Hasina Sarigeorgiou (Februar 2009)
Dr. Eckhard Schlopsna
Patricia Stoll (seit Juni 2009)

Sekretariat:

Annelisa Cotone (bis Juni 2009)
Madeleine Köhler (seit August)

Redaktion/Übersetzungen:

Graeme Currie, M.A.
Elizabeth Hormann (extern)
Ina Schachraj

Bibliothek:

Ute Runge, Dipl. Bibl.

Dokumentation:

Uwe Polley, Dipl.-Pol.

Verwaltung:

Britta Fisch
Matthias Riethmüller (seit Februar 2009)
Jutta Stropahl
Carsten Walter



Emir Suljagic hat 2009 seine Dissertation abgeschlossen

Weiterführende Informationen (Projekte, Veröffentlichungen, Kontaktdaten) unter:
<http://www.ifsh.de/IFSH/personal/ma.htm>



8. Veröffentlichungen

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben 2009 insgesamt 18 Bücher veröffentlicht und mit 171 Beiträgen, darunter 27 in referierten Zeitschriften und Büchern (12 nach Blind- und 15 nach anderen Peer-Review-Verfahren), an der öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussion teilgenommen.

Das Institut, vertreten durch Margret Johannsen, ist seit 1987 Mitherausgeber des jährlich erscheinenden Friedensgutachtens und gibt seit 1995 das OSZE-Jahrbuch in deutscher, englischer und russischer Sprache heraus.

Darüber hinaus werden – zusätzlich zu Friedensgutachten und OSZE-Jahrbuch – kontinuierlich Herausgeber-, Redaktions- und Lektoratsarbeiten wahrgenommen. Die Redaktion der Zeitschrift „S+F. Sicherheit und Frieden/Security and Peace“ der Nomos-Verlagsgesellschaft ist am IFSH angesiedelt; Chefredakteurin war bis August 2009 Patricia Schneider, seither nimmt Martin Kahl diese Funktion wahr. Zum Redaktionsteam gehören außerdem Sybille Reinke de Buitrago und Susanne Bund.

Die Schriftenreihe Demokratie, Sicherheit, Frieden wird von Michael Brzoska herausgegeben und von Susanne Bund redaktionell betreut.

8.1 IFSH-Reihen

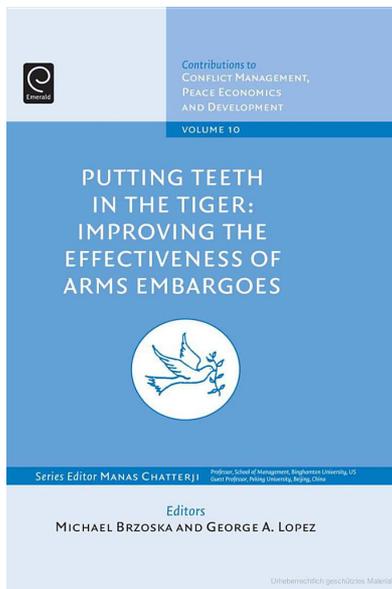
Das IFSH selbst gibt drei Reihen heraus: Die „Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik“ richten sich eher an einen fachwissenschaftlichen Adressatenkreis; die „Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik“ sind dagegen für eine breitere Öffentlichkeit gedacht. Ergänzt werden diese beiden Reihen durch den Rundbrief „IFSH-aktuell“. IFSH-aktuell soll die interessierte Öffentlichkeit in knapper Form durch aktuelle Stellungnahmen sowie über neue Projekte, Veranstaltungen, Besucher und Veröffentlichungen des Instituts informieren. Seit 2006 gibt es eine englische Kurzfassung von IFSH-aktuell, die IFSH-News, die ausschließlich elektronisch verbreitet wird. Für die „Hamburger Beiträge“ war bis November 2009 Armin Wagner verantwortlich; die Qualitätskontrolle obliegt außerdem dem Redaktionsrat, dem Michael Brzoska, Hans-Georg Ehrhart, Götz Neuneck und Wolfgang Zellner angehören. IFSH aktuell wird von Anna Kreikemeyer zusammengestellt.

Im Berichtszeitraum sind zwei „Hamburger Beiträge“, zwei Ausgaben der „Hamburger Informationen“ sowie fünf Ausgaben von IFSH aktuell erschienen. In der Online-Rubrik „Aktuelle Stellungnahmen“ (http://ifsh.de/IFSH_php/akt_stellungnahmen.php) erschienen 2009 neun Beiträge.

Alle IFSH-Reihen finden sich auf der Homepage des Instituts und können eingesehen und heruntergeladen werden (<http://www.ifsh.de/>). In begrenztem Umfang sind sie in gedruckter Form kostenlos erhältlich.

Das Zentrum für OSZE-Forschung publiziert drei Reihen: *CORE Working Papers*, *CORE News* und den *CORE Annual Report*. Diese werden an einen begrenzten Verteiler in Papier- und einen breiteren in elektronischer Form kostenlos abgegeben. Sie sind auch über die CORE-Website (www.core-hamburg.de) erhältlich.

Die Interdisziplinäre Forschungsgruppe Abrüstung, Rüstungskontrolle und neue Technologien (IFAR) verbreitet die *IFAR Working Papers* in





elektronischer Form; sie können unter www.ifsh.de/IFAR/serv_bp.htm eingesehen und heruntergeladen werden.

Finanzielle Förderung erfahren die Publikationen des Instituts durch die Freie und Hansestadt Hamburg.

8.2 Friedensgutachten

Seit 1987 ist das IFSH Mitherausgeber des jährlich erscheinenden Friedensgutachtens.

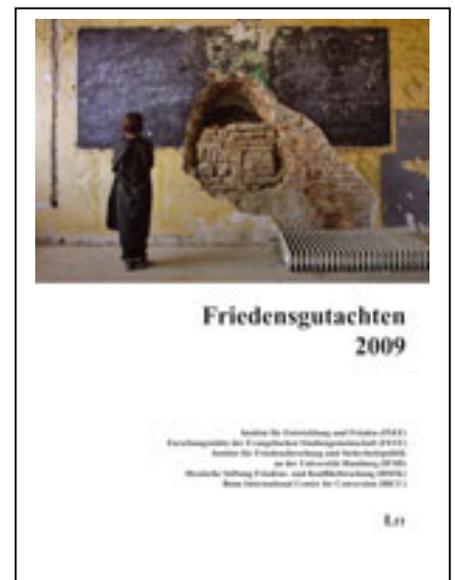
Das Friedensgutachten ist das gemeinsame Jahrbuch der fünf wissenschaftlichen Institute für Friedensforschung in der Bundesrepublik Deutschland: des IFSH in Hamburg, des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF) in Duisburg, der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) in Heidelberg, der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) in Frankfurt/M. und des International Center for Conversion (BICC) in Bonn. Die internationale Konfliktrealität wird aus friedensstrategischer Perspektive kontinuierlich beobachtet und untersucht. Auf diese Einzelanalysen stützt sich die Stellungnahme der Herausgeber und Herausgeberinnen. Sie bündelt und gewichtet die Ergebnisse und formuliert Empfehlungen für die friedens- und sicherheitspolitische Praxis mit besonderem Blick auf Handlungsoptionen der europäischen und der deutschen Politik. Über die Bilanzierung konfliktpolitischer Entwicklungen hinaus will das Friedensgutachten Ursachen- und Wirkungszusammenhänge verdeutlichen, Lösungsansätze aufzeigen und zur eigenständigen Urteilsbildung ermutigen.

Friedensgutachten 2009

Lange haben sich Öffentlichkeit, Regierung und Parlament der Einsicht versperrt, dass Deutschland in Afghanistan eine Kriegspartei ist. Mit zunehmenden Angriffen Aufständischer auf deutsche Soldaten wird die Politik der Öffentlichkeit reinen Wein einschenken müssen. Auch im benachbarten Pakistan herrscht Krieg. Ob Afghanistan oder Pakistan: Die Ratlosigkeit wächst und die Durchhalteparolen wirken immer weniger überzeugend.

Zu diesem Schluss gelangt das Friedensgutachten 2009. Die Vertreter der fünf herausgebenden Institute präsentierten es der Öffentlichkeit am 26. Mai 2009 vor der Bundespressekonferenz in Berlin. Anschließend diskutierten sie ihre Ergebnisse und Empfehlungen mit den Vorsitzenden der Bundestagsausschüsse für Auswärtige Politik, Verteidigung, Wirtschaftliche Zusammenarbeit und mit zahlreichen Abgeordneten.

Das Friedensgutachten rückt die Frage ins Zentrum, wie sich die Kriege in Afghanistan und Pakistan, aber auch die im Irak oder im Kongo, im Sudan oder in Palästina beenden lassen. Eine allgemeine Formel für Kriegsbeendigung gibt es nicht. Vordringliche Herausforderungen der Friedens- und Sicherheitspolitik sind nicht mehr zwischenstaatliche Kriege, in denen reguläre Armeen um den Sieg ringen. In den innergesellschaftlichen Kriegen, die das Kriegsgeschehen heute dominieren, steht die Bevölkerung im Zentrum. Davon müssen tragfähige Strategien zur Kriegsbeendigung für gescheiterte Staaten oder Aufstände ausgehen. Streiten lässt sich im Einzelfall über die Angemessenheit der Strategien intervenierender Staaten. In der Bundesrepublik ist eine solche öffentliche Debatte dringend erforderlich.





Das Gros der Einzelanalysen besteht aus Fallstudien und sucht Antworten auf die übergeordnete Frage nach tragfähigen Strategien zur Kriegsbeendigung im gegenwärtigen Konfliktgeschehen. Weitere Themenschwerpunkte widmen sich der transatlantischen Agenda nach dem amerikanischen Regierungswechsel und Methoden ziviler Konfliktbearbeitung.

Die Beiträge aus dem IFSH zum Friedensgutachten 2008 stammen von Michael Brzoska, Hans-Georg Ehrhart, Margret Johannsen, Oliver Meier und Wolfgang Zellner. Die Koordination und Mitherausgeberschaft lag bei Margret Johannsen.

8.3 OSZE-Jahrbuch



Das seit 1995 jährlich auf Deutsch, Englisch und Russisch erscheinende OSZE-Jahrbuch wird vom IFSH in Kooperation mit Botschafter a.D. Jonathan Dean, Dr. Pál Dunay, Prof. Dr. Adam Daniel Rotfeld und Dr. Andrei Zagorski herausgegeben. Prof. Dr. Victor-Yves Ghebali, langjähriger Mitherausgeber des Jahrbuchs und einer der bedeutendsten OSZE-Forscher, starb im Januar dieses Jahres. Wolfgang Zellner würdigt sein herausragendes Werk im OSZE-Jahrbuch 2009. Die Redaktion des Jahrbuchs hat ihren Sitz am IFSH in Hamburg. Chefredakteurin ist Ursel Schlichting, redaktionelle Aufgaben und Übersetzertätigkeiten werden außerdem von Susanne Bund, Graeme Currie, Elena Kropatcheva und Ina Shakhrai wahrgenommen. Übersetzungen für das OSZE-Jahrbuch 2008 wurden darüber hinaus von Mirko Guth, Ulrich Kühn und Claudia Vollmer angefertigt. Die deutsche und die englische Ausgabe erscheinen im Nomos-Verlag, Baden-Baden, die russische Edition im Verlag „Prawa Tschelowjeka“ in Moskau.

Das Auswärtige Amt finanziert den Druck des Jahrbuchs und übernimmt einen Teil der Personalkosten. Es unterstützt außerdem die Verteilung von Freiemplaren z.B. an Außenministerien und OSZE-Einrichtungen sowie an Universitäten und Bibliotheken. Das OSZE-Jahrbuch dient an der OSZE-Akademie in Bischkek, am Moscow State Institute for International Relations (MGIMO) und an weiteren Hochschulen in der GUS außerdem als Lehrbuch. Die Beiträge früherer Ausgaben des OSZE-Jahrbuchs sind als Volltexte (englisch bis 2008, deutsch bis 2007) auf der CORE-Website, <http://core-hamburg.de>, erhältlich.

OSZE-Jahrbuch 2009

Auch im OSZE-Jahrbuch 2009 widmen sich wieder international renommierte Wissenschaftler verschiedener Disziplinen sowie erfahrene Praktiker, Politiker, Diplomaten und Militärs, der Tätigkeit der OSZE selbst sowie Fragen der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit. Im Anschluss an das Geleitwort des OSZE-Vorsitzenden, Griechenlands Ministerpräsident und Außenminister George Papandreou, befassen sich vier Beiträge mit der Initiative des russischen Präsidenten Dmitri Medwedjew zum Abschluss eines europäischen Sicherheitsvertrags und bilden damit das diesjährige Schwerpunktthema, „Der Korfu-Prozess“: Adam Daniel Rotfeld fragt nach der Notwendigkeit einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur, Andrei Zagorski sowie Pál Dunay und Graeme P. Herd überzeugen mit detaillierten Analysen des Medwedjew-Plans und Egon Bahr und Reinhard Mutz erörtern die Zukunft der Entspannungspolitik.

Im neu gestalteten Kapitel über innenpolitische Entwicklungen in den OSZE-Teilnehmerstaaten und deren multilaterales Engagement beschreibt Dennis Sandole von der George Mason University die US-amerikanische Außenpolitik nach George W. Bush; Litauens OSZE-Botschaft-



ter Renatas Norkus stellt die Rolle der OSZE aus der Sicht seines Landes dar, Astrid Sahn, Direktorin der Internationalen Bildungs- und Begegnungsstätte „Johannes Rau“ in Minsk, zeigt Möglichkeiten einer zukünftigen Zusammenarbeit Zwischen Belarus und europäischen Organisationen auf und Elena Kropatcheva analysiert die innenpolitische Situation in der Ukraine fünf Jahre nach der „Orangen Revolution“.

Im Abschnitt über die Tätigkeit der OSZE vor Ort stellt der Leiter der OSZE-Präsenz in Albanien, Robert Bosch, ein OSZE-Projekt zum Schutz von Frauen vor häuslicher Gewalt vor. Ulrich Heider befasst sich mit militärischen Aspekten der Arbeit der OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina. Marcin Czapliński vom Konfliktverhütungszentrum (KVZ) der OSZE beschreibt die veränderten Aufgaben der OSZE-Mission im Kosovo, General a.D. Bernard Aussedat und der Völkerrechtler Tim Potier diskutieren die Aussichten auf eine Lösung der Konflikte in Moldau und um Berg-Karabach. Alexandre Keltchewsky würdigt die zehnjährige Tätigkeit des OSZE-Zentrums in Astana und Alice Ackermann, ebenfalls vom KVZ, beschreibt die OSZE-Mechanismen für Frühwarnung, Konfliktprävention und Krisenbewältigung.

Im Kapitel zu den drei Dimensionen umfassender Sicherheit widmet sich Frank Evers zunächst dem in der OSZE höchst umstrittenen Thema Wahlbeobachtung. Aaron Rhodes, ehemaliger Direktor der International Helsinki Federation for Human Rights (IHF), setzt sich in seinem Beitrag für den Schutz von Menschenrechtsaktivisten in den Teilnehmerstaaten ein und Hans-Joachim Heintze, Völkerrechtler an der Ruhr-Universität Bochum, diskutiert die Frage, ob *De-facto*-Regime an völkerrechtlich verbrieft Menschenrechte gebunden sind. Lorenz Barth von der Ständigen Vertretung Deutschlands bei der OSZE analysiert den Ministerratsbeschluss zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit; Herbert Salber, Direktor des KVZ, und Alice Ackermann stellen das Konzept der OSZE für Grenzsicherheit und -management vor. Stephan Hensell befasst sich schließlich mit der Kooperation und Konkurrenz internationaler Akteure im Bereich der Polizeireformen auf dem Balkan.

Im Kapitel über die OSZE-Institutionen bewerten Janne Taalas und Kari Möttölä die Tätigkeit des finnischen Vorsizes des Jahres 2008, Bulat Sultanow vom kasachischen Institut für Strategische Studien wirft einen Blick voraus auf den kasachischen OSZE-Vorsitz 2010. Oleksandr Pawljuk blickt auf die zehnjährige Geschichte der OSZE-Plattform für kooperative Sicherheit zurück und Anna Ekstedt vom Rat der Ostseestaaten (CBSS) befasst sich mit der Zusammenarbeit zwischen OSZE und CBSS bei der Bekämpfung des Menschenhandels. Abschließend lassen Daniel Warner, Marianne von Grünigen, Andrei Zagorski und Vesna Marinkovic vom Graduate Institute for International and Development Studies in Genf das umfangreiche Werk und Wirken von Professor Victor Yves Ghebali Revue passieren.

Wie stets befinden sich im Anhang Daten und Fakten zu den 56 OSZE-Teilnehmerstaaten, eine Chronologie der Ereignisse und Veranstaltungen rund um die OSZE sowie eine aktuelle Literaturlauswahl. Das OSZE-Jahrbuch richtet sich an Politikschaffende und Entscheidungsträger ebenso wie an Dozenten und Studenten, Journalisten und die breite Öffentlichkeit.

S+F Sicherheit und Frieden Security and Peace

Herausgeber:
Prof. Dr. Michael Broska
Dr. Walter E. Felchtinger
Dr. Volker Franke
Prof. Dr. Hans J. Giessmann
Heinz-Dieter Jopp
Dr. Patricia Schneider

Themenswerpunkt:
Nach 60 Jahren: Die NATO auf dem richtigen Kurs?
NATO at 60: On the right course?

Afghanistan, Deutschland und die NATO
Michael Rübke

Das internationale Engagement in Afghanistan: Pflöcker für einen umfassenden Strategiewechsel
Hans-Georg Eberhart/Roland Gaertner

NATO Views of NATO Strategy in Afghanistan
Lara Olson and Anja de Beer

„Counterinsurgency“ – Neue Einsatzformen für die NATO?
Jochen Hipler

Globale Probleme einer regionalen Allianz: die NATO und die Frage militärischen Engagements außerhalb der Bündnisgrenzen bis 1989
Brend Lerner

Die Nuklearwaffen der NATO: Das neue Strategische Konzept bietet die Chance einer Neuorientierung
Christos Katsoulis und Christoph Pilger

Russian-NATO Relations after the Crisis in South Ossetia in 2008
Elena Kropatcheva

Weitere Beiträge von ...
Hans J. Giessmann/Frank Werner, Volker Rittberger und
Tim J. Arnold/Müller-Wolf/Patricia Schneider

1 2009
27. Jahrgang
ISSN 0195-124X

Nomos

**8.4 Veröffentlichungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 2009****IFSH*

- Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 2008, Baden-Baden 2009.
- Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg/IFSH (ed.), OSCE Yearbook 2008, Baden-Baden 2009.
- Institut issledowanija problem mira i politika bezopasnosti pri uniwersitete Gamburga/Moskowski gosudarstwennyj institut meschdunarodnych otnoscheni (uniwersitet), Eschegodnik OBSE 2007, Moskau 2009.
- „Kampf dem Atomtod!“ – Die Protestbewegung 1957/58 in zeithistorischer und gegenwärtiger Perspektive, München 2009 (Hrsg. mit der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg und dem Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung der Universität Hamburg).
- Jahresbericht/Annual Report 2008, Hamburg 2009, sowie unter: <http://www.ifsh.de/pdf/jahrbuch/IB2008.pdf> und <http://www.ifsh.de/pdf/jahrbuch/IB2008en.pdf>.
- IFSH-aktuell 76/2009. Januar-Februar 2009. Englische Fassung: IFSH News, unter: <http://www.ifsh.de/pdf/publikationen/ifshaktuell/ifshaktuell76en.pdf>.
- IFSH-aktuell 77/2009. März-April 2009. Englische Fassung: IFSH News, unter: <http://www.ifsh.de/pdf/publikationen/ifshaktuell/ifshaktuell77en.pdf>.
- IFSH-aktuell 78/2009. Mai-Juni 2009. Englische Fassung: IFSH News, unter: <http://www.ifsh.de/pdf/publikationen/ifshaktuell/ifshaktuell78en.pdf>.
- IFSH-aktuell 79/2008. August-Oktober 2009. Englische Fassung: IFSH News, unter: <http://www.ifsh.de/pdf/publikationen/ifshaktuell/ifshaktuell79en.pdf>.
- IFSH-aktuell 80/2009-2010. November-Dezember 2009. Englische Fassung: IFSH News, unter: <http://www.ifsh.de/pdf/publikationen/ifshaktuell/ifshaktuell80en.pdf>.
- CORE Annual Report 2009, Hamburg 2009.

Goran Bandov

- Der Schutz nationaler Minderheiten in der Republik Kroatien als Instrument zur Prävention ethno-politischer Konflikteskalation, Hamburg 2009, 383 S.
- Die Position von Religionsgemeinschaften in serbisch-kroatischen Konflikten in den 1990er Jahren, in: Liedhegener, Antonius/Werkner, Ines-Jacqueline (Hrsg.), Gerechter Krieg – Gerechter Frieden. Religion in aktuellen militärischen Konflikten, Wiesbaden 2009.

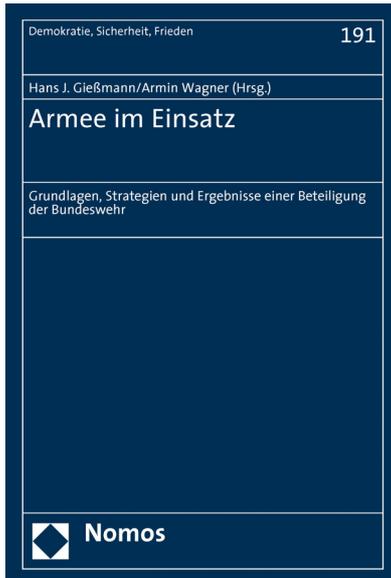
Bernt Berger

- Non-committal entanglement: China's foreign and security policy 20 years after Tiananmen, ISPI Policy Brief, Nr. 141, Juni 2009.
- Chinese Outward Investments – Agencies, Motives and Decision-making, CASCC Briefing Paper 01/2009 (mit A. Berkofsky).

Michael Brzoska

- Overcoming Armed Violence in a Complex World, Opladen/Farmington Hills 2009 (Hrsg. mit Axel Krohn).**
- Putting Teeth in the Tiger: Improving the Effectiveness of Arms Embargoes, Bingley 2009 (Hrsg. mit George Lopez)*
- Nutzen, Ziele, Wirkung, Kosten. Zur Bewertung von militärischen Auslandseinsätzen, in: Hans J. Gießmann/Armin Wagner (Hrsg.), Armee im Einsatz, Baden-Baden, S. 60-73.
- Rüstungsdynamik und -proliferation, in: Mir A. Ferdowsi (Hrsg.), Internationale Politik als Überlebensstrategie. München 2009, S. 25-51.**
- Kriegsbeendigung in Afghanistan? Konsequenzen für das deutsche Engagement, in: Jochen Hippler/Christiane Fröhlich/Margret Johansen/Bruno Schoch, Andreas Heinemann-Grüder (Hrsg.), Friedensgutachten 2009, Berlin 2009, S. 60-72 (mit Hans-Georg Ehrhart).**

* Referierte Beiträge nach anonymem Begutachtungsverfahren sind mit * gekennzeichnet, nach nicht anonymer Fachbegutachtung mit **.
Articles refereed in a double blind procedure are marked with *; those with an anonymous professional assessment with**.





- A Framework for the Analysis of the Effectiveness of Arms Embargoes, in: Michael Brzoska/George Lopez (Hrsg.), Putting Teeth in the Tiger. Improving the Effectiveness of Arms Embargoes, Bingley 2009, S. 1-28.
- A Quantitative Analysis of Arms Embargoes, in: Michael Brzoska/George Lopez (Hrsg.), Putting Teeth in the Tiger. Improving the Effectiveness of Arms Embargoes, Bingley 2009, S. 205-242.
- Putting Teeth in the Tiger: Policy Conclusions for Effective Arms Embargoes, in: Michael Brzoska/George Lopez (Hrsg.), Putting Teeth in the Tiger. Improving the Effectiveness of Arms Embargoes, Bingley 2009, S. 243-254.
- Introduction, in: Michael Brzoska/Axel Krohn (Hrsg.), Overcoming Armed Violence in a Complex World, Opladen/Farmington Hills 2009, S. 12-30 (mit Axel Krohn).
- Security Sector Reform in Afghanistan: The German Approach, in: Hans-Georg Ehrhart/Charles Pentland (Hrsg.), The Afghanistan Challenge. Hard Realities and Strategic Choices, Montreal/Kingston, S. 243-258.
- Transparency and Control of Military Budgets, in: Joint Conference Church and Development, Good Governance and Democratic Budget Policies, Berlin 2009, S. 68-78.
- Bedingungen erfolgreicher Friedenskonsolidierung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 46/2009, S. 15-20.
- Zur Wirksamkeit von Finanzsanktionen als Instrument im Kampf gegen den Terrorismus, in: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung 4/2009, S. 1-8.*
- The Securitization of Climate Change and the Power of Conceptions of Security, in: Sicherheit und Frieden (S+F) 3/2009, S. 137-145.
- Weiter so ist keine Lösung, in: Die Nordelbische 46/2009, S. 1-2.
- Afghanistan – kein „Weiter so“, unter: http://ifsh.de/IFSH/aktuelles/akt_stellung_mb2.htm.
- Raus aus Afghanistan? Exit-Optionen für Deutschland!, unter: http://ifsh.de/IFSH/aktuelles/akt_stellung_be.htm (mit Hans-Georg Ehrhart).
- Europa hat die Rüstungskontrolle zu seinem eigenen Schaden vernachlässigt, unter: http://ifsh.de/IFSH/aktuelles/akt_stellung_mb.htm.

Diana Digol

- UNICEF, in: Helmut Anheier/Regina List/Stefan Toepler (Hrsg.), International Encyclopedia of Civil Society, New York 2009.
- Going right to the core. A school for OSCE Chairmanships, in: OSCE Magazine. 4/2009, S. 24/25.
- Right or wrong: Debate in Russia on Conflict in Georgia, in: Sicherheit und Frieden (S+F) 2/2009, S. 112-120.
- Establishing a Diplomatic Academy in Armenia, ed. by the OSCE Office in Yerevan, Yerevan 2009.

Hans-Georg Ehrhart

- The Afghanistan Challenge: Hard Realities and Strategic Choices, Montreal/Kingston 2009 (Hrsg. mit Charles Pentland).**
- Introduction, in: Hans-Georg Ehrhart/Charles Pentland (Hrsg.), The Afghanistan Challenge. Hard Realities and Strategic Choices, Montreal/Kingston 2009, S. 1-9 (mit Charles Pentland).
- EUFOR Tchad/RCA: Zwischenbilanz und Empfehlungen für eine effektivere Konfliktlösung, in: integration 1/2009, S. 75-80 **
- Die EU und die Nato, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.), Jahrbuch zur Europäischen Integration 2008, Baden-Baden 2009, S. 477-484.
- Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa/OSZE, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.), Europa von A bis Z, Berlin 2009, Baden-Baden 2009, S. 300-306 (mit Ursel Schlichting)
- Die internationale Gemeinschaft in Afghanistan: Plädoyer für einen umfassenden Strategiewechsel, in: Sicherheit und Frieden (S+F) 1/2009, S. 7-13 (mit Roland Kaestner).*
- Afghanistan: Scheitern oder Strategiewechsel?, in: Hans-Joachim Gießmann/Armin Wagner (Hrsg.), Armee im Einsatz. Grundlagen, Strategien und Ergebnisse einer Beteiligung der Bundeswehr, Baden-Baden 2009, S. 318-327.
- Kriegsbeendigung in Afghanistan? Konsequenzen für das deutsche Engagement, in: Jochen Hippler/Christiane Fröhlich/Margret Johannsen/Bruno Schoch, Andreas





Heinemann-Grüder (Hrsg.), Friedensgutachten 2009, Berlin 2009, S. 60-72 (mit Michael Brzoska).**

- Bien venue Grande Nation: Frankreichs Rückkehr in die militärische Integration der NATO, unter: http://www.ifsh.de/IFSH/aktuelles/akt_stellung_hge.htm.
- Bienvenue Grande Nation: The return of France in NATO's military integrated structures, unter: http://www.ifsh.de/IFSH_english/aktuelles/akt_stellung.htm.
- Mehr als ein symbolischer Schritt? Frankreichs Rückkehr in die militärische Integration der NATO, in: NDR-Info, Streitkräfte und Strategie am 4. und 5.4.2009, unter: www.ndrinfo.de.
- Bienvenue, Grande Nation? Frankreichs Rückkehr in die Militärintegration der NATO, in: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik 3/2009, S. 350-363.*
- Goodbye, European Army? – Consequences of the German Constitutional Court's Ruling on the Lisbon Treaty, unter: http://www.isis-europe.org/pdf/2009_articel_319_oct09-ehrhart-germany-opinion-european-army.pdf.
- The International Commitment in Afghanistan: Failure or Strategy Change?, in: Hans-Georg Ehrhart/Charles Pentland (Hrsg.), The Afghanistan Challenge. Hard Realities and Strategic Choices, Montreal/Kingston 2009, S. 141-154 (mit Roland Kaestner).
- Innere Führung und der Wandel des Kriegsbildes, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 48/2009, S. 23-28.
- Raus aus Afghanistan? Exit-Optionen für Deutschland!, unter: http://ifsh.de/IFSH/aktuelles/akt_stellung_be.htm (mit Michael Brzoska).

Frank Evers

- OSCE Co-operation with China: Relevance, Benefits and Downsides, in: Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg (ed.), OSCE Yearbook 2008, Baden-Baden 2009, S. 369-383.
- Kooperationspartnerschaft zwischen OSZE und China: Was spricht dafür, was spricht dagegen?, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 2008, Baden-Baden 2009, S. 407-423.
- Conclusion of another Shift in European Security in 2008. Stability within a Single Security System or between competing systems?, in: OSCE Office in Minsk / International Relations Faculty of the Belarus State University (eds), OSCE and Contemporary Challenges. The Trans-European Security Architecture: Models and Issues, Minsk 2009, S. 19-31.

Torsten Geise

- Piraterie vor Somalia: Die Lösung liegt an Land, Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik 46/2009.

Hans Christian Gils

- Modeling of Ballistic Missile Trajectories and their Application for the Analysis of Missile Defense Systems, Universität Hamburg, Department für Physik, Juni 2009 (Diplomarbeit).

Jürgen Groß

- Philosophie der Gleichheit. Demokratie, Macht und Frieden im internationalen System, Baden-Baden 2009.
- Bundeswehr im Krieg – wie kann die Innere Führung überleben? Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik 153/2009 (Mithrsg.).
- Demokratie, Sicherheit und Militär, in: Bundeswehr im Krieg – wie kann die Innere Führung überleben?, in: Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik 153/2009, S. 46-59.

Regina Heller

- Notions of Insecurity and Security Policy within the EU. A Historical Perspective, Economics of Security Working Paper Series, EUSECON Working Paper No. 4, Januar 2009.
- Freisprüche im Politkowskaja-Prozess: Sieg und Niederlage für den russischen Rechtsstaat, Aktuelle Stellungnahmen des IFSH, unter: http://ifsh.de/IFSH/aktuelles/akt_stellung_rh2.htm





- Die EU und Russland nach dem Gipfel von Nizza: alles auf Null?, Aktuelle Stellungnahmen des IFSH, 02.12.2008, unter: http://ifsh.de/IFSH/aktuelles/akt_stellung_rh.htm.
- The Price of (In-)Security. How European Policy Makers Anticipate the Costs of Transnational Security Risks, in: Europe's World Website, 11/23/2009, unter: http://www.europesworld.org/NewEnglish/Home_old/CommunityPosts/tabid/809/PostID/972/ThePriceofInSecurityHowEuropeanPolicyMakersAnticipatetheCostsofTransnationalSecurityRisks.aspx.

Stephan Hensell

- Die Willkür des Staates. Herrschaft und Verwaltung in Osteuropa, Wiesbaden 2009.

Margret Johannsen

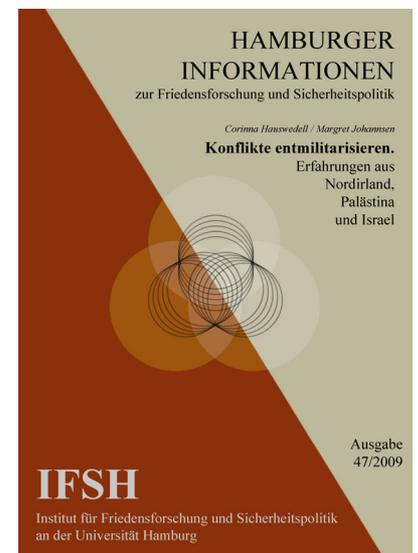
- UNRWA: Challenges for Humanitarian Aid in an Increasingly Sensitive Political Environment, in: Sicherheit und Frieden (S+F) 4/2009, S. 260-265 (mit Laura Ryseck).*
- From Resistance to State-Building: Dealing with the Ambiguities of the Hamas Experiment in Gaza, in: Sicherheit und Frieden (S+F) 3/2009, S. 180-185.*
- Der Gaza-Krieg: Jüngstes Kapitel in einem endlosen Konflikt, in: Jochen Hippler/Christiane Fröhlich/Margret Johannsen/Bruno Schoch/Andreas Heinemann-Grüder (Hrsg.), Friedensgutachten 2009, Berlin 2009, S. 97-109.**
- Aktuelle Entwicklungen und Empfehlungen – Stellungnahme der Herausgeberinnen und Herausgeber, in: Jochen Hippler/Christiane Fröhlich/Margret Johannsen/Bruno Schoch/Andreas Heinemann-Grüder (Hrsg.), Friedensgutachten 2009, Berlin 2009, S. 1-27 (mit Jochen Hippler/Christiane Fröhlich/Bruno Schoch/Andreas Heinemann-Grüder).
- Konflikte entmilitarisieren. Erfahrungen aus Nordirland, Palästina und Israel. Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik 47/2009 (mit Corinna Hauswedell).
- Demilitarizing Conflicts. Learning Lessons in Northern Ireland, Palestine and Israel, Loccum Protokoll 64/08, Rehburg-Loccum 2009 (Hrsg. mit Corinna Hauswedell und Paul Nolan).
- Friedensgutachten 2009, Berlin 2009 (Hrsg. mit Jochen Hippler/Christiane Fröhlich/Bruno Schoch/Andreas Heinemann-Grüder).
- Der Nahost-Konflikt, 2. aktualisierte Auflage, Wiesbaden 2009.
- Der Gaza-Krieg 2008/2009 – Was lehrt uns die Wiederkehr des ewig Gleichen?, in: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.), Söldner, Schurken, Seepiraten. Von der Privatisierung der Sicherheit und dem Chaos der „neuen“ Kriege, Wien/Münster 2010, S. 221-235 (bereits 2009 erschienen, Erscheinungsjahr im Buch: 2010).
- Friedensgutachten 2009: Es gibt Alternativen!, in: FriedensJournal 4/2009, S. 6-7.
- Supporting or Discouraging the Transformation of a Violent Political Actor: The Case of the Palestinian Hamas, in: Corinna Hauswedell/Margret Johannsen/Paul Nolan (Hrsg.), Demilitarizing Conflicts. Learning Lessons in Northern Ireland, Palestine and Israel, Loccum Protokoll 64/08, Rehburg-Loccum 2009, S. 151-166.
- Nahost-Konflikt, in: Innerstaatliche Konflikte, Dossier der Bundeszentrale für politische Bildung, November 2009, unter: <http://www.bpb.de/themen/N7BUCR,0,Nahost.html>.
- The Gaza-War – Latest Chapter in a Never-Ending Conflict. Extract from a Presentation at the “Launch of the Peace Report 2009. Key Challenges for European Policy: The Case of Palestine”, Hosted by ISIS Europe, Brussels, 23.7.2009, unter: http://ifsh.de/pdf/stellungnahme_johannsen2_en.pdf.
- Fragen und Antworten zum Krieg in Gaza, Aktuelle Stellungnahmen des IFSH, 6.1.2009, unter: http://www.ifsh.de/pdf/aktuelles/Fragen_und_Antworten_zum_Krieg_in_Gaza_-_6.1.2009_final.pdf.

Martin Kahl

- War on Terror – Der entgrenzte Krieg, in: Jochen Hippler/Christiane Fröhlich/Margret Johannsen/Bruno Schoch/Andreas Heinemann-Grüder (Hrsg.), Friedensgutachten 2009, Berlin 2009, S. 137-148.**

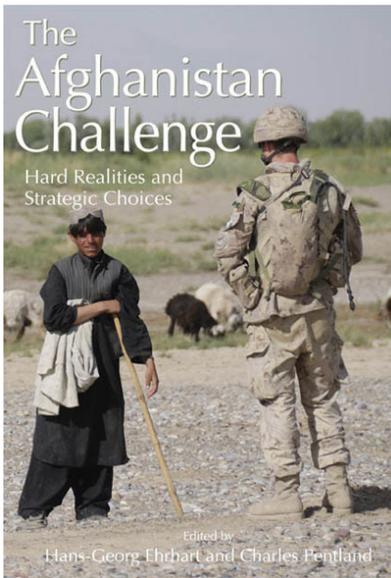
Marietta S. König

- Gescheiterte Vermittlungsbemühungen in Georgien. Eine Bilanz der beendeten UN-Beobachtermission UNOMIG, in: Vereinte Nationen 4/2009, S. 154-161.





- Hintergründe und Folgen des Georgien-Krieges, in: G2W 6/2009, S. 12-15.
- Conflict Resolution in Georgia: A Never-Ending Story?, in: Lorenz King/Georgi Khubua (Hrsg.), Georgia in Transition – Experiences and Perspectives, Frankfurt/M. 2009, S. 77-96.
- Georgien (Abchasien), in: Wolfgang Schreiber (Hrsg.), Das Kriegsgeschehen 2007. Daten und Tendenzen der Kriege und bewaffneten Konflikte, Wiesbaden 2009, S. 133-139.
- Georgien (Südossetien), in: Wolfgang Schreiber (Hrsg.), Das Kriegsgeschehen 2007. Daten und Tendenzen der Kriege und bewaffneten Konflikte, Wiesbaden 2009, S. 139-144.

*Anna Kreikemeyer*

- Co-operation with Central Asia. The Potential of the EU's Central Asia Strategy, in: Loccumer Protokolle, Nr. 55, Rehburg-Loccum 2009 (mit Corinna Hauswedell und Wolfgang Zellner).
- Kooperation mit Zentralasien. Das Potential der EU-Zentralasienstrategie, in: Loccumer Protokolle, Nr. 55, Rehburg-Loccum 2009, (mit Corinna Hauswedell und Wolfgang Zellner).
- Preparing for the OSCE Chairmanship – CORE Training Courses and Capacity Building, in: Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg (ed.), OSCE Yearbook 2008, Baden-Baden 2009, S. 353-358.
- In Vorbereitung auf den OSZE-Vorsitz – Schulung und Kapazitätsaufbau durch CORE, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 2008, Baden-Baden 2009, S. 387-393.

Elena Kropatcheva

- Russian-NATO Relations after the Crisis in South Ossetia in 2008, in: Sicherheit und Frieden (S+F) 1/2009, S. 36-40.
- Predislovie [Foreword], in: Nadlezhzhashee upravlenie v svetskikh gosudarstvakh s bolshinstvom musulmanskogo naseleniya [Good Governance in Secular States with the Muslim Majority], Bishkek, 2009.
- “Umom Rossiyu ne ponyat?” (Ne-)predskazuemost rossiyskoy vneshney politiki [“One cannot understand Russia with the mind?” The (un-)predictability of Russian foreign policy], in: Internet Journal Alleuropa.ru, N10 (37), 2009.
- Russia's Response to Georgia's Military Operation in South Ossetia, in: Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg (ed.), OSCE Yearbook 2008, Baden-Baden 2009, S. 45-62.
- Russlands Antwort auf Georgiens Militäroperation in Südossetien, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 2008, Baden-Baden 2009, S. 47-65.

Ulrich Kühn

- From Capitol Hill to Istanbul: The Origins of the Current CFE Deadlock, CORE Working Paper 19/2009.

Isabelle Maras

- Mittel zum Zweck: warum Deutschland und Frankreich sich für europäische Lufttransportkapazitäten einsetzen sollten, in: Ulla Brunkhorst/Katrin Sold (Hrsg.), Frankreich-Themen 2008, Baden-Baden 2009 (mit Barbara Kunz).
- Des objectifs et des moyens. La France et l'Allemagne doivent promouvoir une capacité européenne de transport stratégique aérien, in: Claire Demesmay/Hans Stark (Hrsg.), Radioscopie de l'Allemagne 2009, les Etudes (mit Barbara Kunz).
- Assistenz bei der Polizeireform in der Demokratischen Republik Kongo in der ESVP-Ägide: Ist die Europäische Union eine treibende Kraft? (L'assistance à la réforme de police en République Démocratique du Congo sous l'égide de la PESD: l'Union européenne est-elle une force motrice?), Eyes on Europe magazine, Sonderheft zu EU Krisenmanagement in Zusammenarbeit mit Pôle Bernheim d'Etudes sur la Paix et la Citoyenneté (ULB), Dezember 2009-April 2010.

Oliver Meier

- German Nuclear Stance Stirs Debate, in: Arms Control Today 10/2009, S. 30-36.
- Obamas Nein zu den Raketen in Mitteleuropa, in: WeltTrends 69/2009, S. 5-7.**
- OPCW Chooses New Director-General, in: Arms Control Today 9/2009, S. 33-34 (mit Daniel Horner).



- Talks on Fuel Bank Stalled at IAEA, in: Arms Control Today 8/2009, S. 24-26 (mit Daniel Horner).
- Race is On for New Head of OPCW, in: Arms Control Today 7/2009, S. 31-32.
- Wozu brauchen wir Atomwaffen?, in: Tagesspiegel, 30. Juli 2009.
- Irans umstrittenes Atomprogramm, Bundeszentrale für politische Bildung (Internet „Dossier Iran“), 3. Juli 2009, unter: http://www.bpb.de/themen/NUWUM4,0,1-rans_umstrittenes_Atomprogramm.html.
- Securing collective defence without missile defence and tactical nuclear weapons – feasible and desirable?, in: Ian Davis (Hrsg.), A report of the Shadow NATO Summit – Options for NATO: Pressing the Re-Set Button on the Strategic Concept. A Two-Day Civil Society Shadow Conference to Coincide with NATO's 60th Anniversary Summit. 31 March – 1 April 2009. London/Brussels: BASIC, Bertelsmann Stiftung, ISIS Europe, NATO Watch, S. 34-38.
- Nichtverbreitung von Nuklearwaffen: Ist der Vertrag noch zu retten?, in: Jochen Hippler/Christiane Fröhlich/Margret Johannsen/Bruno Schoch/Andreas Heinemann-Grüder (Hrsg.): Friedensgutachten 2009. Berlin 2009, S. 201-213.**
- Steinmeier Calls for U.S. to Withdraw Nukes, in: Arms Control Today 4/2009, S. 34-36.
- Testing the Treaty's on-site inspection capabilities: The Integrated Field Exercise 08, in: CTBTO Spectrum 12/2009, S. 21-23 (mit Andreas Persbo).
- NATO, Arms Control and Nonproliferation: An Alliance Divided?, in: Arms Control Today 3/2009, S. 29-35.
- EU Nonproliferation Chief Sketches Transatlantic Agenda, in: Arms Control Today 3/2009, S. 30.
- Nukleare Nichtweiterverbreitung durch Zwang? Der Beitrag nicht-integrativer Rüstungskontrollansätze zur Atomwaffenkontrolle, in: Michael Staack (Hrsg.): Die Zukunft der nuklearen Ordnung. Bremen 2009, S. 63-93.
- BWC States Address Safety, Security Measures, in: Arms Control Today 1/2009, S. 29-30.
- States Approve OPCW Budget, Not Report, in: Arms Control Today 1/2009, S. 28.

Reinhard Mutz

- Zur Rolle nuklearer Waffen in den Berlin-Krisen 1948/49 und 1958-1961 – Lehren aus dem Kalten Krieg, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg/Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/Carl Friedrich von Weizsäcker-Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung an der Universität Hamburg (Hrsg.), „Kampf dem Atomtod!“. Die Protestbewegung 1957/58 in zeithistorischer und gegenwärtiger Perspektive – Hamburger Zeitspuren 6, Hamburg/München 2009, S. 57-69.
- Die NATO mit sechzig – reif für den Ruhestand, in: Wissenschaft und Frieden 2/2009, S. 5.
- What Kind of Security Order for Europe? Lectures from the Kosovo War, in: Current Concerns – Journal for the Promotion and Respect of Public International Law and Human Rights, Special Issue: Ten Years after the War against Yugoslavia, Mai 2009, S. 8.
- Reif für den Ruhestand! in: Wochenschau für politische Erziehung, Sozial- und Gemeinschaftskunde 3-4/2009, S. 163-164.
- Detlef Bald, Politik der Verantwortung: Das Beispiel Helmut Schmidt – Der Primat des Politischen über das Militärische 1965-1975, besprochen in: Sicherheit und Frieden (S+F) 2/2009, S. 124-125.
- Der Finger am Abzug – Ging es der NATO im Kosovo überhaupt um das erklärte Ziel einer „humanitären Intervention“? in: Der Freitag vom 12. März 2009, S. 1.
- Die NATO in der falschen Rolle – Vor zehn Jahren begannen die Luftangriffe gegen Serbien, in: Frankfurter Rundschau vom 24. März 2009, S. 8-9.
- Sechzig Jahre nach ihrer Gründung steht die Nato am Scheideweg: Die Mission ist erfüllt, doch jetzt warten schwierigere Aufgaben, in: Basler Zeitung vom 3. April 2009, S. 11.
- Sechzig Jahre NATO – Bündnis ohne Zukunft? in: Streitkräfte und Strategien (NDR-Info) vom 21. März 2009, unter: www.ndrinfo.de.

Jens Narten

- Peacebuilding is Interaction. Explaining the Outcomes of Postwar Democratic Transitions. Konferenzpapier auf dem 2009 APSA Annual Meeting in Toronto, 5. September 2009.

S+F Sicherheit und Frieden Security and Peace

Herausgeber:
Prof. Dr. Michael Broska
Dr. Walter E. Felchtinger
Dr. Volker Franke
Prof. Dr. Hans J. Giesemann
Prof. Dr. Heiner Häggli
Heinz-Dieter Jopp
Dr. Patricia Schneider

Themenschwerpunkt:
Klimawandel und Sicherheit
Climate Change and Security

The Securitization of Climate Change and the Power of Conceptions of Security
Michael Broska

Klimapriszonen durch Klima- und Energiesicherheit
Christoph Bals und Rika Schwarz

Klimawandel und Sicherheit im Nahen Osten
Hans Günter Brauch

Ökonomische Aspekte des Klimaschutzes
Stefan Bayer

Klimawandel und Wasserkrise der Zukunft
Dirk Messner

Weitere Beiträge von ...
Sebastian Bruns, Margret Johannsen, Martin Weitz und Julian Junk zu den Themen Maritime Sicherheit, Hamas und zu Simbabwe

3

2009

27. Jahrgang
ISSN 0192-294X

Nomos



- Assessing Kosovo's Postwar Democratization: Between External Imposition and Local Self-Government, in: Taiwan Journal of Democracy 1/2009, S. 127-162. **
- Dilemmas of Promoting "Local Ownership": the Case of Postwar Kosovo, in: Roland Paris/Timothy Sisk (eds), The Dilemmas of Statebuilding. Confronting the Contradictions of Postwar Peace Operations. London/New York, 2009, S. 252-283.*

Götz Neuneck

- Das iranische Nuklearprogramm: Sachstand und Perspektiven, in: Michael Staack (Hrsg.): Die Zukunft der nuklearen Ordnung, Bremen 2009, S. 152-175.
- Atomares Wettrüsten der Großmächte – kein abgeschlossenes Kapitel, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg/Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik/Carl-Friedrich von Weizsäcker Zentrum für Naturwissenschaft und Friedensforschung der Universität Hamburg (Hrsg.), „Kampf dem Atomtod“. Die Protestbewegung 1957/1958 in zeithistorischer und gegenwärtiger Perspektive, Hamburg/München 2009, S. 91-119.
- Die Zukunft der Konventionellen Rüstungskontrolle in Europa/The Future of Conventional Arms Control in Europe, Baden-Baden 2009 (Hrsg. mit Wolfgang Zellner und Hans-Joachim Schmidt).
- Konventionelle Rüstungskontrolle in Europa – Strukturelle Stabilität und neue Waffenentwicklungen, in: Wolfgang Zellner/Hans-Joachim Schmidt/Götz Neuneck (Hrsg.), Die Zukunft konventioneller Rüstungskontrolle in Europa. The Future of Conventional Arms Control in Europe, Baden-Baden 2009, S. 497-514.
- Conventional Arms Control in Europe – Structural Stability and New Weapons Developments, in: Wolfgang Zellner/Hans-Joachim Schmidt/Götz Neuneck (Hrsg.), Die Zukunft der Konventionellen Rüstungskontrolle in Europa/The Future of Conventional Arms Control in Europe, Baden-Baden 2009, S. 515-529.
- Die deutsche Pugwash-Geschichte und die Pugwash-Konferenzen – Ursprünge, Arbeitsweise und Erfolge – Das Ende des Kalten Krieges und die Herausforderungen der Zukunft, in: Stephan Albrecht/Hans-Joachim Bieber/Reiner Braun/Peter Croll/Henner Ehringhaus/Maria Finkh/Hartmut Graßl/Ernst-Ulrich von Weizsäcker (Hrsg.), Wissenschaft-Verantwortung-Frieden: 50 Jahre VDW, Berlin 2009, S. 377-392.
- Globalizing Nuclear Zero. Is a World without Nuclear Weapons Really Attainable?, in: Internationale Politik und Gesellschaft, 4/2009, S. 46-64.**
- Proceedings of the XVII International Amaldi Conference of Academies of Sciences and National Scientific Societies on Scientific Questions of Global Security, March 14-16, 2008, Hamburg 2009, 300 S. (Hrsg. mit Klaus Gottstein).
- High Energy Lasers: A Sensible Choice for Future Weapon Systems?, in: Klaus Gottstein/Götz Neuneck (Hrsg.), Proceedings of the XVII International Amaldi Conference of Academies of Sciences and National Scientific Societies on Scientific Questions of Global Security, March 14-16, 2008, Hamburg 2009, S. 219-235 (mit Jan Stupl).
- Knall auf Fall. The European. Online-Kommentar am 20. Dezember 2009, unter: <http://www.theeuropean.de/goetz-neuneck/atomwaffentechnik>.

Kathrin Peiffer

- Die Terrorlistenpraxis verliert vor Gericht – Das EuGH-Urteil und seine Folgen für die gezielten Sanktionen der VN, in: Humanitäres Völkerrecht – Informationsschriften HuV 1/2009, S. 5-14 (mit Patricia Schneider).

Sybille Reinke de Buitrago

- What Role Can Trust Play? Conflicts and Trust-Building in East Asia, in: Asian Politics & Policy 4/2009, S. 739-761. *
- The Human Factor: How Psychological-Cultural Aspects Shape German Security Policy, in: Robert Glawe (Hrsg.), Eine neue deutsche Sicherheitsarchitektur – Impulse für die nationale Strategiedebatte, Band 6 der Schriftenreihe Wissenschaft & Sicherheit, Berlin 2009, S. 83-94.





- The Impact of Psychological-Cultural Factors on Concepts of Fighting Terrorism, in: *Journal of Strategic Security* 1/2009, S. 59-79.*

Ute Runge

- OSCE Selected Bibliography 2007/2008, in: *Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg* (ed.), *OSCE Yearbook 2008*, Baden-Baden 2009, S. 411-425.
- Literaturlauswahl zur OSZE 2007/2008, in: *Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg* (Hrsg.), *OSZE-Jahrbuch 2008*, Baden-Baden 2009, S. 453-467.

Ursel Schlichting

- Vorwort, in: *Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg* (Hrsg.), *OSZE-Jahrbuch 2008*, Baden-Baden 2009, S. 15-20.
- Foreword, in: *Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg* (ed.), *OSCE Yearbook 2008*, Baden-Baden 2009, S. 15-20.
- Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, in: *Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels* (Hrsg.), *Europa von A bis Z*, Taschenbuch der europäischen Integration, Berlin 2009, S. 300-306 (mit Hans-Georg Ehrhart)

Patricia Schneider

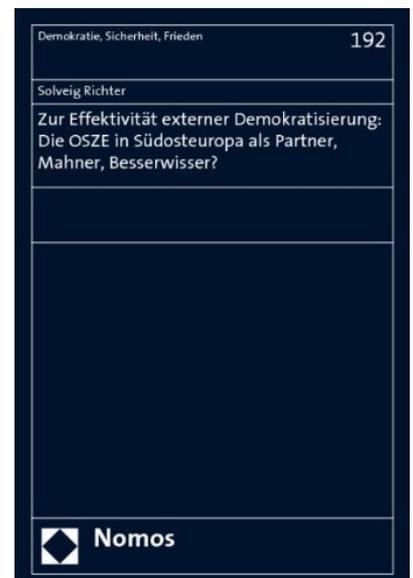
- Erfolgreich promovieren. Ein Ratgeber von Promovierten für Promovierende, 2. überarb. Auflage, Heidelberg u.a. 2009 (Hrsg. mit Steffen Stock/Elisabeth Peper/Eva Molitor).*
- Erfolgreich studieren. Vom Beginn bis zum Abschluss des Studiums. Springer Verlag, Band 1, Heidelberg u.a. 2009 (Hrsg. mit Steffen Stock/Elisabeth Peper/Eva Molitor).*
- Erfolg bei Studienarbeiten, Referaten und Prüfungen. Alles, was Studierende wissen sollten. Springer Verlag, Band 2, Heidelberg u.a. 2009 (Hrsg. mit Steffen Stock/Elisabeth Peper/Eva Molitor).*
- Die Terroristenpraxis verliert vor Gericht – Das EuGH-Urteil und seine Folgen für die gezielten Sanktionen der VN, in: *Humanitäres Völkerrecht – Informationsschriften HuV* 1/2009, S. 5-14 (mit Kathrin Peiffer).
- Terrorismusbekämpfung als Einsatzfeld für die Bundeswehr? Eine Pro-und-Kontra-Diskussion, in: *Hans J. Gießmann/Armin Wagner* (Hrsg.), *Armee im Einsatz. Grundlagen, Strategien und Ergebnisse einer Beteiligung der Bundeswehr*, Baden-Baden 2009, S. 260-273.
- Responsibility to Protect – eine Norm im Entstehen?, in: *Sicherheit und Frieden (S+F)* 1/2009, S. 54-59 (Tim J. Aristide Müller-Wolf).
- Entwicklung und Aussichten des Vergleichs- und Schiedsgerichtshofs innerhalb der OSZE, in: *Martin H.W. Möllers/Robert Chr. Van Ooyen* (Hrsg.), *Jahrbuch Öffentliche Sicherheit* 2008/2009, Frankfurt/M. 2009, S. 549-561 (mit Tim J. Aristide Müller-Wolf).
- Wie aus einem Guss! Zur Durchführung eines Buchprojekts mit sehr vielen Autoren, in: *Forschung & Lehre* 9/2009, S. 678f. (mit Steffen Stock/Elisabeth Peper/Eva Molitor).
- Gerd Hankel (Hrsg.), *Die Macht und das Recht: Beiträge zum Völkerrecht und Völkerstrafrecht am Beginn des 21. Jahrhunderts*, Hamburger Edition 2008, besprochen in: *Sicherheit und Frieden (S+F)* 4/2009, S. 291.
- Susanne Dyrchs, *Das hybride Khmer Rouge-Tribunal: Entstehung, Entwicklung und rechtliche Grundlagen*, 2008, besprochen in: *Sicherheit und Frieden (S+F)* 4/2009, S. 292.

Arne Seifert

- Zentralasien, Europa und die Balance der Gewichte, in: *Wissenschaft und Frieden* 4/2009, S. 11-14.
- Gaza und wir – Zur Politik der Bundesregierung, in: *Welttrends* 65/2009, S. 67-70.**

Kurt P. Tudyka

- Ist eine andere Welt möglich? Utopische Zwischenrufe – Multidisziplinäre Analysen und Reflexionen des utopischen Diskurses, Hamburg 2009 (Hrsg.).





- Utopische Globokratie, in: Kurt P. Tudyka (Hrsg.), *Ist eine andere Welt möglich? Utopische Zwischenrufe – Multidisziplinäre Analysen und Reflexionen des utopischen Diskurses*, Hamburg 2009, S. 105-122.

Eric van Um

- *Discussing Concepts of Terrorist Rationality: Implications for Counter-Terrorism Policy*, Economics of Security Working Paper 22, Berlin 2009**.

Armin Wagner

- *Armee im Einsatz. Grundlagen, Strategien und Ergebnisse einer Beteiligung der Bundeswehr*. Baden-Baden 2009 (Hrsg. mit Hans J. Gießmann)
- *Die Bundeswehr im Auslandseinsatz: Eine Standortbestimmung*, in: Hans J. Gießmann/Armin Wagner (Hrsg.), *Armee im Einsatz*, Baden-Baden 2009, S. 9-29 (mit Hans J. Gießmann).
- *Zwischen Kabul und Khartum. UN-Missionen mit begrenzter Beteiligung der Bundeswehr*, in: Hans J. Gießmann/Armin Wagner (Hrsg.), *Armee im Einsatz*, Baden-Baden 2009, S. 372-384.
- *Auslandseinsätze der Bundeswehr*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 48/2009, S. 3-9.
- *Zone d'opérations Allemagne de L'Est*, in: Jean-Paul Cahn/Ulrich Pfeil (Hrsg.): *Allemagne 1961-1974. De la construction du Mur à l'Ostpolitik*, Villeneuve d'Ascq 2009, S. 81-101.

Wolfgang Zellner

- *From Corfu to Athens. A fresh beginning for security co-operation in Europe?*, in: *OSCE Magazine* 3/2009, S. 14-15.
- *Can This Treaty Be Saved? Breaking the Stalemate on Conventional Forces in Europe*, in: *Arms Control Today* 7/2009, S. 12-18.
- *Co-operation with Central Asia – The Potential of the EU's Central Asia Strategy*, in: *Loccumer Protokolle*, Nr. 55, Rehburg-Loccum 2009 (Hrsg. mit Corinna Hauswedell und Anna Kreikemeyer).
- *Abrüstung Reloaded? Zur Lage der europäischen Sicherheitspolitik*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 9/2009, S. 89-97.
- *European Security between Old and New: Challenges on the Way Ahead*, in: *OSCE Office in Minsk/International Relations Faculty of the Belarus State University OSCE and Contemporary Challenges. The Trans-European Security Architecture: Models and Issues*, Minsk 2009, S. 6-18.
- *Die Zukunft konventioneller Rüstungskontrolle in Europa/The Future of Conventional Arms Control in Europe*, Baden-Baden 2009 (Hrsg. mit Hans-Joachim Schmidt und Götz Neuneck).
- *Konventionelle Rüstungskontrolle in Europa auf strategischer und subregionaler Ebene: Ist militärisches Gleichgewicht noch ein angemessenes Konzept?*, in: Wolfgang Zellner/Hans-Joachim Schmidt/Götz Neuneck (Hrsg.), *Die Zukunft konventioneller Rüstungskontrolle in Europe. The Future of Conventional Arms Control in Europe*, Baden-Baden 2009, S. 465-474.
- *Conventional Arms Control in Europe at the Strategic and Sub-regional Levels: The Balance of Military Capabilities – a Valid Concept?*, in: Wolfgang Zellner/Hans-Joachim Schmidt/Götz Neuneck (Hrsg.), *Die Zukunft konventioneller Rüstungskontrolle in Europe. The Future of Conventional Arms Control in Europe*, Baden-Baden 2009, S. 475-483.
- *Neue Chancen für konventionelle Rüstungskontrolle in Europa?*, in: Jochen Hippler/Christiane Fröhlich/Margret Johannsen/Bruno Schoch/Andreas Heinemann-Grüder (Hrsg.), *Friedensgutachten 2009*, Berlin 2009, S. 226-236 (mit Hans-Joachim Schmidt).**

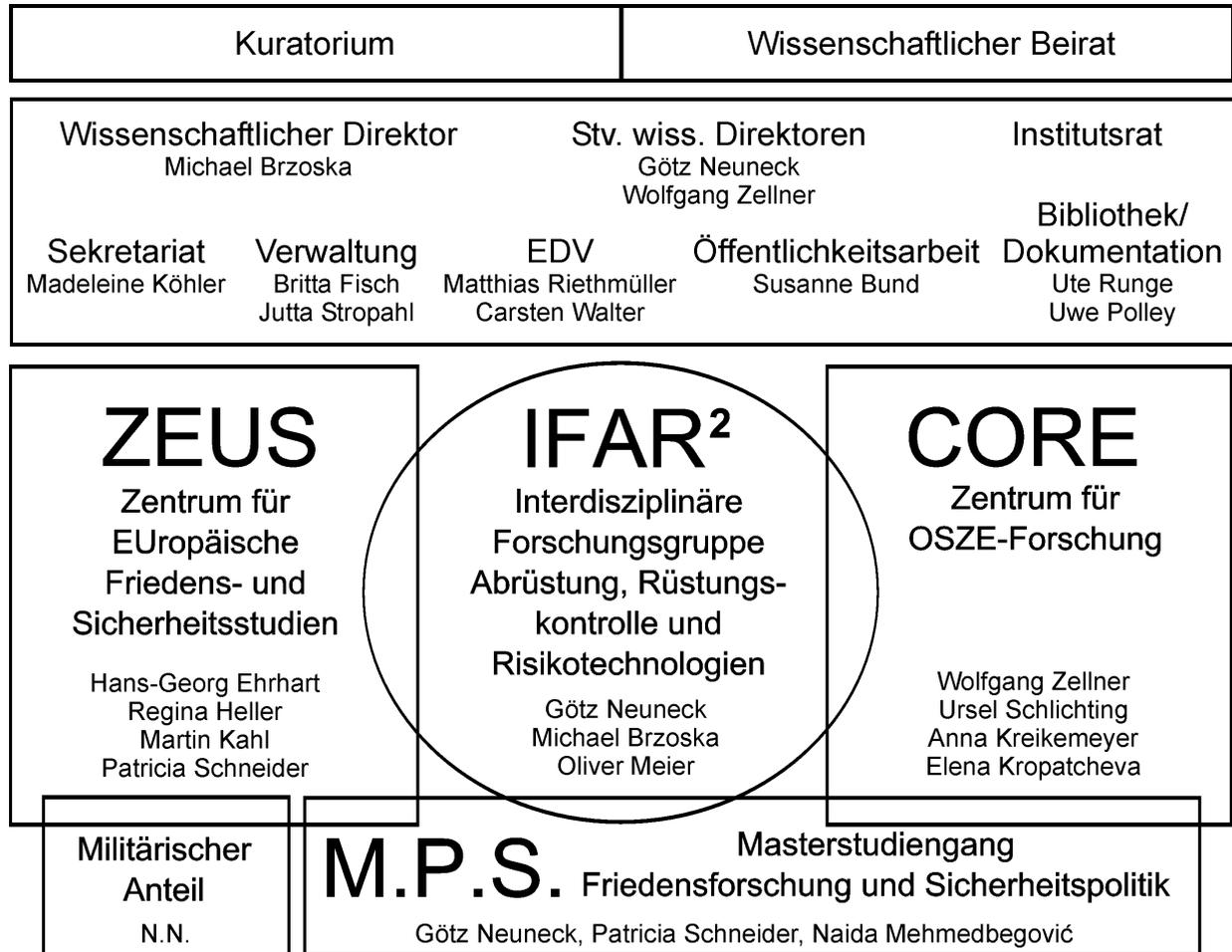


Statistischer Anhang
Statistical Annex



Organigramm / Organization Chart

Stand 31.12.2009 *



* Beschäftigte laut Stellenplan (einschließlich Teilzeit- und befristet Beschäftigte) ohne Drittmittel- und Honorarkräfte.



Vom Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) in den Jahren 2004 bis 2009 eingeworbene Drittmittel und Drittmittelgeber (in Euro)

Arbeitsbereiche	Geber	Drittmittel in Euro					
		2004	2005	2006	2007	2008	2009
Zentrum für Europäische Friedens- und Sicherheitspolitik (ZEUS)	Wissenschafts-gesteuerte Stiftungen	-	55.863	-	94.300	16.500	226.200
	DAAD	87.692	85.039	71.609		57.118	45.962
	Bundesministerien						
	Land/Länder	16.500	5.000	-	13.503	-	-
	EU	-		-	13.450	110.960	-
	Wirtschaft	-		1.160		-	-
	Forschungsstipendien	20.000	-	3.525	9.720	40.700	40.618
	Sonstige	5.932	7.500	52.058	50.000	18.900	6.000
Summe ZEUS		130.124	153.402	128.352	180.973	244.178	318.780
Zentrum für OSZE-Forschung (CORE)	Wissenschafts-gesteuerte Stiftungen	-		15000		-	-
	DAAD						41.590
	Bundesministerien	205.000	198.000	199.000	289.290	296.699,5	220.650
	Land/Länder	-		-		-	-
	EU	-		-		-	-
	Wirtschaft	-		-		-	-
	Forschungsstipendien	9.720	19.440	19.440	14.580	26.150	26.925
	Sonstige	31.595	52.769	28.623	92.954	127.958,5	71.742
Summe CORE		246.315	270.209	262.063	396.824	450.808	360.907
Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Rüstungskontrolle, Abrüstung u. Risikotechnologien (IFAR)	Wissenschafts-gesteuerte Stiftungen		140.000	59.600	69.500	147.400	-
	DAAD						
	Bundesministerien		10.150	-		15.000	8.750
	Land/Länder			-		35.000	28.600
	EU			-	2.800	-	-
	Wirtschaft			-		6.252	-
	Forschungsstipendien	2.000		-			-
	Sonstige		20.300	-	30.950		14.980
Summe IFAR		2.000	170.450	59.600	103.250	203.652	52.330
IFSH übergreifend	Wissenschafts-gesteuerte Stiftungen	-		-		-	423.300
	DAAD	87379					
	Bundesministerien	700.00	70.000	70.000	70.000	52.550	35.100
	Land/Länder	-		-		10.550	10.000
	EU	-		-		343.600	-
	Wirtschaft	-		-		-	-
	Forschungsstipendien	2.596		-		-	12.060
	Sonstige	-		35.800	28.200	54.550	45.500
Summe IFSH ü.		159.975	70.000	105.800	98.200	461.250	525.960
IFSH Gesamt	Wissenschafts-gesteuerte Stiftungen	0	195.863	74.600	163.800	163.900	649.500
	DAAD	175.071	85.039	71.609	0	57.118	87.552
	Bundesministerien	275.000	278.150	269.000	359.290	364.250	264.500
	Land/Länder	16.500	5.000	0	13.503	45.550	38.600
	EU	0	0	0	16.250	454.560	0
	Wirtschaft	0	0	1.160	0	6.252	0
	Forschungsstipendien	34.316	19.440	22.965	24.300	66.850	79.603
	Sonstige	37.527	80.569	116.481	202.104	201.409	138.222
Summe IFSH		538.414	664.061	555.815	779.247	1.359.888	1.257.977



Third party funds raised by the Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg (IFSH) in the years 2004 to 2009 (in Euro)

Research units	Donor	Third party Funds in Euro					
		2004	2005	2006	2007	2008	2009
Centre for European Peace and Security Studies (ZEUS)	Peer-reviewed funding	-	55.863	-	94.300	16.500	226.200
	DAAD/GAES	87.692	85.039	71.609		57.118	45.962
	Federal gov.						
	State institutions	16.500	5.000	-	13.503	-	-
	EU	-	-	-	13.450	110.960	-
	Private sector	-	-	1.160	-	-	-
	Scholarship grants	20.000	-	3.525	9.720	40.700	40.618
	Other	5.932	7.500	52.058	50.000	18.900	6.000
Total ZEUS		130.124	153.402	128.352	180.973	244.178	318.780
Centre for OSCE Research) (CORE)	Peer-reviewed funding	-		15000		-	-
	DAAD/GAES						41.590
	Federal gov.	205.000	198.000	199.000	289.290	296.699,5	220.650
	State institutions	-	-	-	-	-	-
	EU	-	-	-	-	-	-
	Private sector	-	-	-	-	-	-
	Scholarship grants	9.720	19.440	19.440	14.580	26.150	26.925
	Other	31.595	52.769	28.623	92.954	127.958,5	71.742
Total CORE		246.315	270.209	262.063	396.824	450.808	360.907
Interdisciplinary Research Group on Disarmament, Arms Control and Risk Technologies (IFAR)	Peer-reviewed funding		140.000	59.600	69.500	147.400	-
	DAAD/GAES						
	Federal gov.		10.150	-		15.000	8.750
	State institutions					35.000	28.600
	EU				2.800	-	-
	Private sector					6.252	-
	Scholarship grants	2.000					
	Other		20.300		30.950		14.980
Total IFAR		2.000	170.450	59.600	103.250	203.652	52.330
IFSH overall	Peer-reviewed funding	-				-	423.300
	DAAD/GAES	87379					
	Federal gov.	700.00	70.000	70.000	70.000	52.550	35.100
	State institutions	-				10.550	10.000
	EU	-				343.600	-
	Private sector	-				-	-
	Scholarship grants	2.596					12.060
	Other	-		35.800	28.200	54.550	45.500
Total IFSH overall		159.975	70.000	105.800	98.200	461.250	525.960
Total IFSH	Peer-reviewed funding	0	195.863	74.600	163.800	163.900	649.500
	DAAD/GAES	175.071	85.039	71.609	0	57.118	87.552
	Federal gov.	275.000	278.150	269.000	359.290	364.250	264.500
	State institutions	16.500	5.000	0	13.503	45.550	38.600
	EU	0	0	0	16.250	454.560	0
	Private sector	0	0	1.160	0	6.252	0
	Scholarship grants	34.316	19.440	22.965	24.300	66.850	79.603
	Other	37.527	80.569	116.481	202.104	201.409	138.222
Total IFSH		538.414	664.061	555.815	779.247	1.359.888	1.257.977



Öffentlichkeitsarbeit / Conference and Media Activities

Themen/Topic	Vorträge/ Lectures	Podiumsdisk./ Podium Disc.	Tagungen/ Conferences	Interviews	Gesamt/ Total
Aktuelle sicherheits- politische Fragen (hier auch Terroris- mus)/Current security policy questions (also terrorism)	16	15	36	59	126
Abrüstung/KRST Disarmament/Arms control	27	5	22	20	74
Europ. Sicherheit/ European security	17	2	10	12	41
OSZE/OSCE	10	-	1	-	11
Regionale Konflikte/ Regional conflicts	14	5	10	37	66
Friedensforschung (auch IFSH)/Peace research (also IFSH)	9	-	1	8	18
Friedenspädagogik/ Peace education	2	1	-	-	3
Sonstiges/Others	10	4	10	9	33
Gesamt/Total	105	32	90	145	372

Vom IFSH organisierte bzw. mitorganisierte Veranstaltungen 2009 (außerhalb von Lehrveranstaltungen, Studiengängen etc.)

Mehrtägige Konferenzen / wissenschaftliche Tagungen*	3
Eintägige Workshops / Seminare**	2
Podiumsdiskussionen / Öffentliche Vortragsveranstaltungen***	4
Gesamt	9

* Eine in Wien, zwei in Hamburg

** Einer in Berlin, einer in Hamburg

*** Alle in Hamburg



Veröffentlichungen / Publications

	CORE	ZEUS	IFAR	Übergreifend	Gesamt
Sammelbände / Anthologies	4	5	-	5	14
Monographien / Monographs	-	4		-	4
Broschüren / Graue Literatur / Booklets / Gray literature	5	8	1	6	20
Buchbeiträge / Articles in books	21	19	6	16	62
Zeitschriftenaufsätze / Articles in journals	11	15	11	8	45
Zeitungsbeiträge / Newspapers articles	-	-	1	3	4
Rezensionen / Book reviews	-	2	-	1	3
Online-Veröffentlichungen /Online publications	1	10	2	4	17
Sonstiges / others				2	2
Gesamt / Total	42	63	21	44	171

Referierte Veröffentlichungen 2009/Peer reviewed publications in 2009

	CORE	ZEUS	IFAR	Übergreifend	Gesamt
Bücher/Books		3* 1**		1* 1**	4* 2**
Buchbeiträge / Articles in books	1 * 1 **	3 **	1 **	2**	1 * 7 **
Zeitschriftenaufsätze / Articles in journals	2 **	6 * 1 **	2 **	1 * 1*	7 * 6 **
Gesamt / Total	4	14	3	6	27

* double blind

** sonstiges Begutachtungsverfahren



Vom IFSH herausgegebene bzw. mitherausgegebene und redaktionell betreute Publikationen 2009

Reihe	Anzahl
Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik	2
Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik	2
IFSH aktuell (IFSH news)	5
Aktuelle Stellungnahmen (online)	9
Schriftenreihe Demokratie, Sicherheit, Frieden	6 (davon 1 extern)
OSZE-Jahrbuch (OSCE Yearbook, Eschegodnik OBSE)	3
Zeitschrift: Sicherheit und Frieden (S+F)	4
Friedensgutachten	1
CORE Working Papers	1
Gesamt	33

Lehrveranstaltungen / Courses 2009

	Lehrende /Tutors*	Semesterwochenstunden / Number of semester hours	davon an der Universität Hamburg / im M.P.S./ of these at the University of Hamburg / in the M.P.S.
WS 2008/2009	17	34	28
SS 2009	8	16	12
WS 2009/2010	12	35	32

* Ein Teil der Lehrenden bietet in allen drei Semestern Lehrveranstaltungen an.
Some instructors offered courses in all three semesters.

Betreuung von Studierenden/Praktikanten Supervision of Students/Interns

2009	Promotionen PhD Thesis*	2009 abge- schlossen	Diplom-/Magis- terarbeiten Diploma/Master's Thesis	2009 abge- schlossen	Master- arbeiten** Master's Projects	2009 abge- schlossen	Praktikanten Interns
IFSH Gesamt/Total	24	3	3	1	20	25	33

* Manche Arbeiten haben zwei Betreuer/innen, hinzu kommen externe Promovierende. Praktikantinnen und Praktikanten werden teilweise von mehr als einer Person betreut.

** 25 M.P.S.-Studierende haben 2009 abgeschlossen, die Masterarbeiten wurden jedoch teilweise von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kooperationsinstitute betreut.
Ein E.MA-Studierender wurde am IFSH von zwei Personen betreut.



Projekte / Projects 2009*

	Forschungsprojekte	Kleinere Forschungs- oder Publikations- projekte	Nachwuchs-For- schungsprojekte	Beratungsprojekte
IFSH-über- greifend/ IFSH overall	2	2	-	2
CORE	4	4	6	4
ZEUS	8	6	10	2
IFAR	4	7	2	2
Gesamt / Total	18	19	18	10

* Projekte entsprechen dem IFSH-Forschungsplan (mit Aktualisierungen), unter:
http://www.ifsh.de/pdf/profil/Forschungsplan_2009.pdf